

VERHANDLUNGEN ODER VERHANDLUNGSGEREDE?

Die Menschheit erlebt eine verantwortungsvolle Zeit. Es geht um die Frage, wie sich die internationalen Beziehungen weiterentwickeln. In solchen Momenten ist es besonders dringend, Kontakte aufrechtzuerhalten. Die Weltöffentlichkeit verfolgt aufmerksam, wie Ost und West zu dem schwierigen Dialog stehen.

Bei den Gesprächen zwischen Andrej Gromyko und Alexander Haig am 26. Januar in Genf wurden dazu zwei Standpunkte deutlich. Daß sie notwendig und nützlich waren, wird von beiden Seiten anerkannt. Es ging um einen weiten Fragenkreis. Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch über die nukleare Rüstung in Europa kam man überein, daß die Delegationen der UdSSR und der USA die Diskussionen über konkrete Aspekte, zu denen es zwischen den Seiten prinzipielle Differenzen gibt, fortsetzen werden.

Mit welchen Intentionen kamen die Minister nach Genf? Andrej Gromyko erklärte in der DDR, die er nach seiner Begegnung mit Haig aufsuchte, sowjetischerseits sei bei den Verhandlungen mit dem US-Außenminister der friedliche Kurs sowohl für Europa wie im Weltmaßstab vertreten worden.

Welche Äußerungen kamen nach den Verhandlungen von Alexander Haig? Ihm zufolge war ihr Zweck nicht die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West, zwischen der UdSSR und den USA, sondern die amerikanische Seite betrachtete sie lediglich als Möglichkeit, ihren Standpunkt zu einzelnen Problemen darzulegen.

Das Hauptaugenmerk der sowjetischen Seite galt der Einstellung des Wettrüstens, vor allem des nuklearen, sowie der Friedensfestigung. Die Sowjetunion betonte ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Rüstungen. Haig dagegen wies der Festlegung konkreter Termine aus, zu denen die USA bereit sein würden, zu diesem höchst wichtigen Problem in Verhandlungen einzutreten. Hier sollte man daran erinnern, daß Sprecher der US-Regierung früher verlauten ließen, die SALT-Gespräche würden 1981 und dann 1982 wiederaufgenommen. Heute können sie keine Termine nennen. In Washington wird erklärt, ehe man sich darauf einließe, müßte die eigene Einstellung zur Reduzierung der strate-

gischen Rüstungen grundlegend geprüft sein. Man wartet also auf sich selber. Außerdem werden unterschiedliche Vorbedingungen gestellt.

Was soll das alles? Anscheinend wollen die USA weniger Verhandlungen führen als Verhandlungsgerede initiieren. Unter diesem Deckmantel hofft Washington Zeit zur Realisierung seiner gigantischen Militärprogramme zu gewinnen. Die gesamte Verantwortung für die Folgen dieser Politik wird die US-Administration tragen müssen.

Verhandlungsgerede gibt es auch in Wien, wo dieser Tage die jüngste Runde der Diskussionen über den beiderseitigen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa begann. Während die sozialistischen Länder alles nur Mögliche tun, um die Gespräche aus der Sackgasse zu bringen, werden diese vom Westen, der kein Interesse an einer Minderung der militärischen Konfrontation in Europa erkennen läßt, im Grunde blockiert.

Schließlich Madrid, wo das KSZE-Nachfolgetreffen wiederaufgenommen wird. Ein großer Teil des Schlußdokuments ist bereits koordiniert. Doch auch hier wollen die USA und einige ihrer Partner in zwecklosem Gerede weitermachen, durch „Verknüpfungen“ für Europa und die ganze Welt wichtiger Entscheidungen mit Ereignissen, die in keiner Beziehung zu dem Treffen stehen. Welche Beziehung kann es auch zwischen den inneren Angelegenheiten Polens und dem Madrider Forum geben? Andrej Gromyko unterstrich in Genf, die USA, wie jeder andere Staat, hätten nicht das Recht, sich in die von der polnischen Führung ergriffenen Maßnahmen einzumischen, die ausschließlich in ihre Kompetenz fallen. Die Sowjetunion hat nicht vor, die inneren Angelegenheiten Polens mit irgend jemandem, auch nicht mit den USA, zu diskutieren.

Statt konstruktive Verhandlungen zu führen, würden die imperialistischen Kreise der UdSSR und ihren Verbündeten gern diktieren, würden sie die beiderseits vorteilhaften Ost-West-Kontakte abbrechen, die Weltatmosphäre noch mehr vergiften und alles, was in den Entspannungsjahren an Wertvollem geschaffen wurde, zerstören. Dieser Kurs hat jedoch nichts mit internationalen Sicherheitsinteressen gemein. Die Antikriegsbewegung in unserer Welt zeigt, daß die Völker sich der von der imperialistischen Politik ausgehenden Bedrohung für Frieden und internationale Zusammenarbeit bewußt sind. Sie beobachten aufmerksam die Einstellung der Seiten zu den Verhandlungen und erkennen deutlich den Unterschied zwischen dem Wunsch nach aktivem und ersprießlichem Dialog und den Versuchen, diesen Dialog zu behindern und die Öffentlichkeit zu betrügen. Heute wird die Zukunft entschieden. Zeit zu Verhandlungsgerede — und das sollte man auch in Washington begreifen — läßt uns die Geschichte nicht.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 6 FEBRUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Verhandlungen oder Verhandlungsgerede!	1
A. Butenko — Sozialismus: Formen und Deformationen	5
A. Stepanow — Am seidenen Faden	7
I. Nikolajewa — VR Polen. Sejm-Tagung	8
Luis Corvalán: Wir sind mit dem sozialistischen Polen	9
J. Shilin — There's no Business like Show-Business	10
E. Kowaljow — Portugal. Auseinandersetzung naht	12
W. Schelepin — Unheilvolle Berechnung	13
W. Nisski — Baby Doc, Uncle Sam und Haïtis Volk	14
Notizen ♦ Glossen	16
J. Gudkow — USA. Reaganomik contra Amerikaner	18
Biographisches: Mauno Koivisto	21
L. Shegalow — Indien. Nach dem Feiertag	22
M. Raginski — Verhöhnung der Gefallenen	24
B. Antonow — Wohin die Fäden führen	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Dieses Plakat, das zur Kontinentkonferenz der Solidarität mit dem Volk Haïtis herausgegeben wurde, ist eine zornige Anklage gegen das USA-hörige Duvalier-Regime. Aber der blutige Terror und die Repressalien können den Kampf der Patrioten Haïtis für Freiheit und Demokratie nicht niederhalten.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 29. Januar wurde Michail Suslow auf dem Roten Platz in Moskau beige-
setzt. Auf der Trauerkundgebung sprachen Leonid Breshnew, Viktor Grischin, Akademiemitglied Pjotr Fedossejew, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, und Viktor Simnew, Vorsitzender des Kolchos „Putj Iljitscha“, Gebiet Uljanowsk. Beim ZK der KPdSU, beim Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und beim Ministerrat der UdSSR liefen zahlreiche Beileidstelegramme von Partei-, Staats-, Gewerkschafts-, Komsomol- und anderen Massenorganisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Lehranstalten, Truppenverbänden der UdSSR, einzelnen Sowjetbürgern, ferner von den leitenden Organen und Spitzenpolitikern der kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder ein.

Am 27. Januar wurde in Helsinki Mauno Koivisto feierlich in seine Funktion als Staatsoberhaupt eingesetzt. Leonid Breshnew gratulierte Mauno Koivisto zu seiner Wahl. In der Botschaft heißt es u. a.: „In unserem Land weiß man den friedlichen außenpolitischen Kurs Finnlands — die Paasikivi-Kekkonen-Linie — zu schätzen. Die konsequente Durchführung dieses Kurses hat Finnland breite Anerkennung und eine weltweite Achtung gebracht. Ich bringe die Überzeugung zum Ausdruck, daß die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Finnland, die eine Frucht gemeinsamer Anstrengungen der Völker und Staatsmänner unserer beiden Länder sind, zum Wohl des sowjetischen und des finnischen Volkes, im Interesse eines stabilen Friedens und der Welt-sicherheit eine weitere Entwicklung erfahren.“

Am 29. Januar trafen sich im ZK der KPdSU Konstantin Tschernenko, Boris Ponomarjow und Wadim Sagladin, Mitglied des ZK der KPdSU, 1. stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, mit einer Delegation der KP Griechenlands, der Harilaos Florakis, Generalsekretär des ZK der KPG, und Nikos Kaloudis, Mitglied des Politbüros des ZK der KPG, angehörten. Das Treffen zeigte die Einheit der Ansichten über Fragen der gegenwärtigen Weltlage. Beide Delegationen erachten es als wichtig und aktuell, zusammen mit allen Völkern der Region den Kampf für die Verwandlung des Balkan in eine kernwaffenfreie Zone und des Mittelmeers in ein Meer des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit ohne Kernwaffen zu verstärken.

Am 27. und 28. Januar weilte Andrej Gromyko zu einem Freundschaftsbesuch



Seit dem blutigen Sonntag in Nordirland sind 10 Jahre vergangen. Am 30. Januar 1972 richteten die britischen Strafrupps ein Blutbad in den Straßen von Derry an, bei dem 13 Menschen ermordet wurden. Inzwischen haben die britischen Machthaber Ulster in ein gigantisches Konzentrationslager verwandelt. Tausende Patrioten wurden durch Gefängnisse und unheilvolle „Verhörzentren“, wo man sie grausam folterte, geschleppt. Die Methoden des blutigen Sonntags haben mehr als 2000 Menschen das Leben gekostet. TASS-Foto: Belfast. Protestdemonstration gegen den Terror der britischen Okkupanten

in der DDR, wo er mit Erich Honecker einen Meinungsaustausch über die weitere Festigung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR sowie über einige aktuelle internationale, darunter europäische Fragen pflegte.

Am 30. Januar wurde in Wien ein außerordentlicher Parteitag der KPÖ abgehalten. Das Referat wurde vom KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri gehalten. Die Delegierten billigten einmütig den Entwurf eines neuen Parteiprogramms.

Vom 27. Januar bis zum 1. Februar tagte in Lima ein außerordentlicher Parteitag der Peruanischen KP. Er erörterte die Linie der Partei unter den Verhältnissen der heutigen inneren und internationalen Lage des Landes sowie Fragen der organisatorischen Stärkung der Partei. Jorge del Prado, Generalsekretär des ZK der PKP, erstattete den Bericht. Der Parteitag nahm ein neues Statut an und wählte die leitenden Organe der Partei.

Am 26. Januar fand in Warschau eine Tagung des Sejms statt. Sie billigte die Position und die Schlußfolgerungen Wojciech Jaruzelskis in seiner Rede und forderte die Bürger des Landes auf, all-

seitig die ergriffenen Maßnahmen zu unterstützen. Am 30. Januar wurde in Warschau ein Beschluß des Ministerrats über das Sparsamkeitsprogramm für 1982 veröffentlicht. Es sieht einen Personalabbau in der wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltung und eine Verringerung der nichtproduktiven Ausgaben vor. Ferner faßte der Ministerrat einen Beschluß über die ab 1. Februar gültige Veränderung der Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel, Brennstoffe und Elektroenergie und ein entsprechendes System von Preiskompensationen. Es wurden Angaben der Statistischen Zentralverwaltung der VR Polen veröffentlicht, die davon zeugen, daß sich die sozialökonomische Lage Polens in der Zeit der „Solidarność“-Umtriebe bedeutend verschlechtert hat. Im vergangenen Jahr ging das Nationaleinkommen in festen Preisen um 13% zurück (s. S. 8).

Am 30. Januar richtete das Außenministerium der SRV eine Note an das Außenministerium der VR China, worin es heißt: Nach der Aggression gegen Vietnam im Februar 1979 stelle die chinesische Seite bewaffnete Provokationen an der Grenze nicht ein und besetze noch immer Teile des vietname-

sischen Territoriums. Um die Spannungen zu mildern und die Lage in den Grenzgebieten zu normalisieren und so eine Grundlage für die spätere friedliche Regelung zwischen Vietnam und China zu schaffen, schlage die SRV-Regierung vor, alle bewaffneten Handlungen an der Grenze einzustellen und die chinesischerseits im März 1980 unterbrochenen vietnamesisch-chinesischen Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Am 28. Januar wurden in Wien die Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa wiederaufgenommen. Gemeinsam mit den Delegationen der DDR, der VR Polen und der CSSR hatte die sowjetische Delegation schon früher vorgeschlagen, mit dem Beginn der gegenwärtigen Runde an die Ausarbeitung des Wortlauts des Abkommens zu gehen und dazu eine Redaktionsgruppe einzusetzen.

Am 29. Januar trat in New York eine dringliche Sondertagung der UNO-Vollversammlung zusammen. Sie erörtert die Frage der Annexion der syrischen Golan-Höhen durch Israel. Die Tagung wurde vom Sicherheitsrat einberufen, nachdem Washington das Veto gegen die Resolution eingelegt hatte, die die Annexion syrischen Territoriums verurteilt und von allen UNO-Staaten verlangt, „die Anwendung konkreter und wirksamer Maßnahmen“ gegen Israel zu erwägen, d. h. jede Hilfe an den Aggressor und die Zusammenarbeit mit ihm in allen Bereichen zu verweigern.

Vom 29. Januar bis zum 1. Februar fand die Weltkonferenz „Der Wiener Dialog“ zu Abrüstungs- und Entspannungsproblemen statt. Anwesend waren etwa 350 Vertreter von Parteien, Massenorganisationen, Antikriegsbewegungen sowie Parlamentarier aus mehr als 50 Ländern.

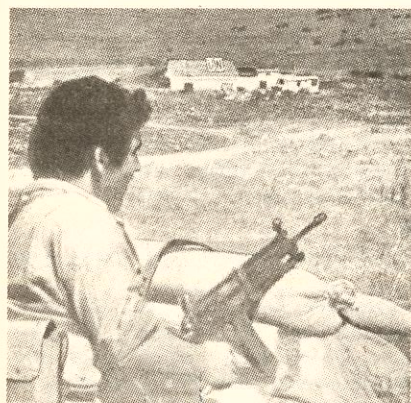
Am 26. Januar verlas USA-Präsident Reagan in einer gemeinsamen Sitzung beider Kongreßkammern die traditionelle Botschaft „Über die Lage der Nation“ (s. S. 18).

Am 29. Januar stattete der französische Ministerpräsident Pierre Mauroy einen einfägigen Besuch in Bonn ab. Seine Gespräche mit Helmut Schmidt zeigten, daß Frankreich und die Bundesrepublik sich an den sogenannten Sanktionen gegen das sozialistische Polen und die UdSSR nicht zu beteiligen wünschen.

Am 26. Januar fand in Kairo ein außerordentlicher Parteitag der in der ARÄ

herrschenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) statt. Er wählte Präsident Mubarak zum Parteivorsitzenden. Früher hatte diesen Posten Anwar Sadat bekleidet. Die NDP zählt über eine Million Mitglieder und hat fast alle Sitze im Parlament. Die Regierung setzt sich nur aus NDP-Mitgliedern zusammen.

Am 30. Januar trat ARÄ-Präsident Mubarak eine 10tägige Auslandsreise (Italien, Vatikan, Frankreich, USA, Großbritannien und BRD) an.



Israel hat rechtswidrig die zu Syrien gehörigen Golan-Höhen annektiert. Nunmehr bereitet Israel, wie die arabischen Presse besorgt schreibt, einen Überfall auf Syrien vor, da dieses Separatverhandlungen mit Tel Aviv ablehnt. Unser Bild: Israelischer Soldat auf den Golan-Höhen

Aus: „Christian Science Monitor“ (USA)

Am 27. und 28. Januar reiste USA-Außenminister Haig erneut nach Israel und Ägypten, um die ägyptische Führung dem amerikanisch-israelischen Modell der „palästinensischen Autonomie“ zustimmen zu lassen, das die Teilnehmer der Camp-David-Abmachung den palästinensischen Arabern am Westufer des Jordan und in Ghaza-Streifen aufzwingen. Aber wie die arabische Presse meldet, erreichte Haig sein Ziel nicht.

General Zia ul-Haq, Präsident von Pakistan, besuchte Rumänien, Jugoslawien, Italien und Frankreich, wo er Erklärungen zu internationalen Fragen abgab und mit den führenden Staatsmännern verhandelte.

Vom 29. Januar bis zum 1. Februar hielt sich der pakistanische Außenminister Agha Shahi zu einem offiziellen Besuch in Indien auf. Er verhandelte mit Außenminister Narasimha Rao und hatte am 31. Januar ein Gespräch mit Indira

Gandhi. Die Seiten erörterten die Frage eines Nichtangriffspaktes zwischen Indien und Pakistan.

Am 28. Januar wurde in Dublin der Rücktritt der irischen Regierung, die Auflösung des Parlaments und das Ausschreiben neuer Parlamentswahlen für den 18. Februar bekanntgegeben. Der Grund ist, daß die Opposition mit einer Mehrheit von einer Stimme das von der Regierung Fitzgerald vorgelegte Budget für das neue Finanzjahr ablehnte.

Im Militärtribunal von Istanbul geht der Prozeß gegen 52 Führer und Aktivisten des Bundes der Revolutionären Arbeitergewerkschaften weiter. Die Staatsanwaltschaft fordert die Todesstrafe. Die Öffentlichkeit vieler Länder verurteilt den Prozeß und auch sonst die Repressalien des Militärregimes gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei. Der Europarat (Konsultativorgan von 21 westeuropäischen Ländern) verurteilte auf seiner Sitzung in Strasbourg das Militärregime in der Türkei und forderte dazu auf, die Verstöße gegen die Menschenrechte in diesem Land zu untersuchen.

Die Patrioten von El Salvador verstärkten ihre Schläge gegen Truppen und Militärobjecte der reaktionären Junta. In der vorigen Woche griffen die Aufständischen einen großen Fliegerstützpunkt an, wobei 28 Kampfflugzeuge und Hubschrauber amerikanischer Produktion sowie Fla-Kanonen vernichtet bzw. stark beschädigt wurden. Verteidigungsminister García gab zu, daß diese Aktion der Nationalen Befreiungsfront „Faro de Martí“ den Kräften der Junta „erheblichen Schaden“ zufügte.

In Guatemala aktivierten die revolutionär-patriotischen Kräfte den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur General Lucas Garcías. Die Aufständischen haben zahlreiche Ortschaften besetzt und halten sie unter Kontrolle, sie führten 12 Angriffe auf Armeekasernen und Polizeireviere durch und besetzten 4 hauptstädtische Sender.

Am 28. Januar wurde der USA-Brigadegeneral James Dozier, den Terroristen aus den illegalen „Roten Brigaden“ am 17. Dezember v. J. entführt hatten, von Agenten des Sonderdienstes zur Bekämpfung des Terrorismus in Padua (Italien) befreit. Die Polizisten drangen überraschend in der Wohnung ein, wo die Extremisten Dozier versteckt hielten und verhörten. Fünf Terroristen wurden festgenommen.

NZ

POST

Wir sowjetischen Fischer müssen unseren Protest gegen die grobe Willkür gegenüber der VR Polen seitens der US-Regierung zum Ausdruck bringen, die es unseren polnischen Freunden untersagt, innerhalb der 200-Meilen-Zone vor der US-Küste zu fischen. Der sozialistische Aufbau in Polen läßt sich durch keinerlei Wirtschaftssanktionen aufhalten. Die polnischen Fischer aber werden auch an anderen Stellen ihr Gewerbe ausüben können, weil, wie Ihre Wochenschrift richtig bemerkt, das Weltmeer nicht Eigentum der USA ist.

J. KOWRYGIN,
Stellvertr. Leiter der
Fischfangexpeditionen
Magadanrybprom
Magadan, RSFSR

Ich teile die Ansicht Sergej Goljakows in seiner „Diskussion mit dem Leser“ (NZ 2/82). Ich möchte betonen, daß unsere bedeutendsten Schriftsteller und Schauspieler sowie andere namhafte Persönlichkeiten recht bescheiden leben, obwohl die Arbeit begabter Menschen in unserem Land sehr geschätzt wird. Viele von ihnen spenden von ihren Honoraren für Kindereinrichtungen oder für sportliche Zwecke, wie das z. B. Anatoli Karpow getan hat. Wenn jedoch einer unserer Prominenten mit Geld um sich schmisst, würde er natürlich sofort die Achtung seiner Kollegen und Verehrer verlieren.

W. TSCHISHIK
Charkow, Ukr. SSR

Wenn Ihnen jemand etwas von der heutigen französischen Lebensweise vorschwärmen sollte, führen sie mich als Beispiel an, da viele einfache Franzosen genauso leben wie ich. Und zwar in einer Dienstbotenmansarde, ohne die elementarsten Bequemlichkeiten. Für diesen 7-m²-Raum zahle ich 800 Franc, ohne die Gebühren für Gas und Strom. Die Steuern nehmen vielen von uns buchstäblich das Stück Brot, denn sie schlucken einen wesentlichen Teil unseres Lohns.

Pierre PACHIER
Paris, Frankreich

SOZIALISMUS: FORMEN UND DEFORMATIONEN

Dr. phil. habil. Anatoli BUTENKO

Kritiker am realen Sozialismus behaupten, die marxistisch-leninistische Theorie und die Politik der KPdSU hätten das Ziel, die Formen des Kampfes für den Sozialismus zu unifizieren und allen Völkern, die den sozialistischen Weg gehen, das „sowjetische Modell“ und fremde, die konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes mißachtende Schemata aufzuzwingen. Nichts Fälschlicheres als das. Dem wissenschaftlichen Kommunismus und der Politik der KPdSU so etwas zu unterstellen, bedeutet, vorsätzlich die Theorie und Praxis des realen Sozialismus zu falsifizieren und die Kommunisten der verschiedenen Länder künstlich einander gegenüberzustellen.

Dialektik von Allgemeinem und Spezifischem

Gesellschaftliche Entwicklung ist ein komplizierter, vielfältiger Prozeß, in jedem Lande charakterisiert ihn eine konkrete Wechselbeziehung objektiver und subjektiver, innerer und internationaler Umstände. Bestimmend für diesen Prozeß sind nicht nur die *allgemeinen* sozialökonomischen Verhältnisse, die sich von Land zu Land wiederholen und die allgemeinen Entwicklungsgesetze hervorbringen, sondern auch sehr spezifische Faktoren und konkrete Situationen in der Gruppierung der Klassenkräfte sowie individuelle Züge von Ländern und Völkern. Lenin schrieb, „daß die einzelnen Nationen den gleichen geschichtlichen Weg gehen, aber auf höchst mannigfaltigen Zickzackwegen, auf den mannigfaltigsten Pfaden“. Weder der Übergang zum Sozialismus noch der Sozialismus selbst heben diese Dialektik von Allgemeinem und Spezifischem auf, weil sich die natürliche Vielfalt der Bedingungen nicht beseitigen läßt. Deshalb ist der Weg jedes Landes zum Sozialismus eine organische Verbindung von Allgemeinem mit Besonderem: Darin verschmelzen die allen Ländern gemeinsamen Entwicklungsgesetze als Hauptinhalt des Prozesses mit besonderen Methoden und individuellen Zügen bei der Realisierung von Gesetzmäßigkeiten. Insgesamt ergibt das die konkrete Art der revolutionären Entwicklung in einem Lande.

Die sowjetischen Erfahrungen sind wichtig, aber nicht deshalb, weil all ihre Besonderheiten und ihre Spezifik, die auf die konkrete Si-

tuation zurückzuführen waren, in den anderen Ländern wiederholt werden müßten. Dieser Gedanke wird uns unbegründet zugeschrieben. In unserem Lande traten *erstmalig* die, wie die spätere historische Entwicklung zeigte, allen Ländern gemeinsamen Gesetzmäßigkeiten in Erscheinung (Vollbringung der sozialistischen Revolution, Behauptung der Macht der Arbeiterklasse, sozialistische Umgestaltung von Industrie und Landwirtschaft u. a.), die in spezifischer Form zweifellos auch in den anderen Ländern wirksam werden müssen. Lenin betonte: Da „das Wechselverhältnis der Hauptklassen“, die in Rußland bestanden, für alle kapitalistischen Länder charakteristisch sei, so entwickelten sich die Revolution und die revolutionären Umgestaltungen in Rußland gemäß der „allgemeinen Linie der Entwicklung der Weltgeschichte“. Deshalb seien bei weitem nicht alle, sondern nur einige Grundzüge der sowjetischen Entwicklung dafür bestimmend, „daß das, was bei uns geschehen ist ..., sich mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen wird“, daß „einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung“ haben. Hierbei wies Lenin aber auf folgendes hin: „Es wäre der größte Irrtum, diese Wahrheit zu übertreiben, sie nicht lediglich auf einige der Grundzüge unserer Revolution auszudehnen.“

Erfahrungen des Weltsozialismus

Die Entwicklung der sozialistischen Länder hat, wie auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU hervorgehoben wurde, die Richtigkeit eines solchen dialektischen, leninistischen Herangehens an Allgemeines und Spezifisches bekräftigt. Betrachten wir eine allgemeine Gesetzmäßigkeit wie die Vollbringung der sozialistischen Revolution. Im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den Parteitag hieß es: „In keinem einzigen der heute bestehenden sozialistischen Länder waren ja die Formen, Methoden und Wege der sozialistischen Revolution eine mechanische Wiederholung fremder Erfahrungen. Ob die DDR oder Polen, Ungarn oder Kuba, die Mongolei oder Jugoslawien, kurz,

alle sozialistischen Länder vollbrachten die Revolution auf ihre eigene Art und Weise, in Formen, die vom Verhältnis der Klassenkräfte im jeweiligen Lande, von der nationalen Spezifik und der äußeren Konstellation diktiert waren.“ Unterschiedlich waren auch die Formen der Durchsetzung der neuen Macht: Es gab dabei sowohl den bewaffneten Kampf als auch den friedlichen Übergang zum neuen Gesellschaftssystem. In einigen Fällen kamen die werktätigen Klassen sofort an die Macht, in anderen verlief dieser Prozeß langwierig. In den einen Ländern mußte sich die Revolution gegen die ausländische Intervention verteidigen, in anderen kam es zu keiner Einmischung von außen. Die Schaffung und Festigung der Grundlagen des Sozialismus, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft hatten und haben ebenfalls ihre individuellen Züge je nach Land. Nur Leute, die reale Fakten ignorieren, können also von einer „Uniformität“ reden und die kommunistischen Länder je nachdem einander entgegensetzen, ob ihre konkreten Wege zur Umgestaltung der Gesellschaft Anerkennung finden oder nicht.

Der Sieg der sozialistischen Revolutionen in europäischen und asiatischen Ländern sowie auf Kuba hat die revolutionäre Bewegung um vielfältige Erfahrungen bereichert. Hierzu gehören die Schaffung breiter demokratischer Bündnisse, die Verbindung des Kampfes für die Demokratie mit dem Kampf für den Sozialismus, der Bewegung für nationale Befreiung mit der sozialistischen Revolution. Bei der Behauptung der Macht der Werktätigen fanden friedliche parlamentarische, bewaffnete und außerparlamentarische Kampfmethoden Anwendung. Die neuen Staatsformen der Macht der Arbeiterklasse wurden unter den Bedingungen des Ein- oder eines Mehrparteiensystems aufgebaut. Unterschiedliche Formen, die Werktätigen an die Verwaltung von Betrieb, Gesellschaft und Staat heranzuziehen, haben sich bewährt. Es bestehen reiche Erfahrungen bei der Zusammenarbeit der Kommunisten mit verbündeten Parteien, bei der Gestaltung der Beziehungen der kommunistischen Partei, des sozialistischen Staates mit Massenorganisationen. Die multinationalen sozialistischen Staaten haben die Nationalitätenfrage demokratisch, auf dem Wege der Föderation gelöst.

Und die Erfahrungen im wirtschaftlichen Bereich? Die ungarischen Kommunisten z. B. führten die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft ohne Senkung der Produktion durch, was eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Aufschwung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Betriebe war. Die spätere Schaffung eines leistungsfähigen Agrar-Industrie-Komplexes machte es möglich, den Nahrungsmittelbedarf des Landes zu decken und sogar nicht wenig zu exportieren. Angesichts der in der Welt zunehmenden Schwierigkeiten mit Energie und Rohstoffen rationalisieren die Werktätigen der DDR die Produktion und erreichen eine wesentliche Einsparung von Energie, Roh- und Werkstoffen. In einigen Bruderländern wird die staatliche Produktion erfolgreich mit Privatinitiative kombiniert, die auf persönlicher Arbeit in Dienstleistungssphäre und Handel beruht. Mit Recht konstatierte der XXVI. Parteitag der KPdSU, daß die Bruderländer in den Jahren des sozialistischen Aufbaus mannigfache Erfahrungen bei der Organisation der Produktion, der Leitung und bei der Lösung volkswirtschaftlicher Probleme gesammelt haben, und forderte dazu auf, diese Erfahrungen aufmerksamer zu studieren und weitgehender zu nutzen.

Jedes Land der sozialistischen Gemeinschaft leistet seinen Beitrag zur gemeinsamen Schatzkammer der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus. Dieser Beitrag ist Resultat objektiver Faktoren, subjektiver Momente, der Suche und Auswahl optimaler Methoden zur Errichtung und Vervollkommen der neuen Gesellschaft. So sind die DDR und die CSSR ein Beispiel des Übergangs wirtschaftlich entwickelter Länder zum Sozialismus. Die Mongolei, ein früher rückständiges feudales Land, durchlief in den Jahren der revolutionären Umgestaltungen den Weg nichtkapitalistischer Entwicklung. Neue Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus unter Umgehung des Stadiums der Herrschaft des Kapitalismus werden in Vietnam und Laos gesammelt.

Die objektiven Entwicklungsgesetze des sozialistischen Weltsystems realisieren sich nicht von allein, sondern brechen sich Bahn, indem sie entgegenwirkende Tendenzen überwinden. Unerläßliche Voraussetzung für den erfolgreichen sozialistischen Aufbau und den Zusammenschluß der sozialistischen Ländergemeinschaft ist dabei die wissenschaftlich fundierte Politik der Regierungsparteien, die Überein-

stimmung zwischen ihrer Tätigkeit und den Forderungen des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus.

Mit dem wissenschaftlichen Sozialismus unvereinbar

Wie die historische Praxis zeigt, bestehen die herrschenden Parteien leider nicht immer die Prüfung durch die Macht. So verstand es die KP Chinas, als sie auf die natürlichen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus stieß, nicht, dem Druck der patriarchalischen und nationalistischen Mentalität, der bäuerlichen Gleichmacherei und kleinbürgerlichen Ungeduld standzuhalten, und sah sich im Maoismus befangen. In China kam es zu tiefen Deformationen des Sozialismus, zu permanenten Krisen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, zu einer militärbürokratischen Entartung der Macht. Es kam sogar zum hemmungslosen Antisowjetismus und zum Aggressionskrieg gegen das sozialistische Vietnam.

Die traurige Erfahrung der maoistischen Machtform verdeutlicht, daß bei der Betrachtung der Dialektik von Allgemeinem und Spezifischem im realen Sozialismus Formen des Sozialismus nicht mit seiner Deformation verwechselt werden dürfen.

Was verstehen wir unter Formen des Sozialismus, oder, wie Lenin schrieb, unter „Formen der sozialistischen Ordnung“? Die gesellschaftliche Organisation, wie sie sich auf der Basis der für alle Länder gültigen Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien herausbildet. Sie umfaßt die Merkmale der Organisation der materiellen Produktion, die spezifische Struktur der gesellschaftlichen, vor allem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse, Besonderheiten der Leitung der Volkswirtschaft, Methoden des Wirtschaftsaufbaus, Formen der politischen Organisation, Züge der gesellschaftlichen Psychologie, der Lebensweise und Kultur.

Von grundsätzlich anderer Natur sind die Entstellungen, die Deformationen des Sozialismus, die Ende der 50er Jahre in Ungarn, in den 60er Jahren in der Tschechoslowakei und in den allerletzten Jahren in Polen entstanden. In den Dokumenten der Bruderparteien erhielten sie die entsprechende marxistisch-leninistische Einschätzung. So stellte das 6. ZK-Plenum der PVAP (1980) die Aufgabe, Garantien zu finden, um „in Zukunft eine Deformation der sozialen und wirtschaftlichen Politik, die Entstehung von Krisen zu verhindern“.

Deformation des Sozialismus ist

eine ihm wesensfremde Erscheinung und kann nur als Ergebnis einer Verformung der eigentlichen sozialistischen Prinzipien entstehen, wenn in der Praxis die Grundlagen des Sozialismus und die sozialistischen Mechanismen der gesellschaftlichen Entwicklung durch andere Grundlagen und Mechanismen ersetzt werden: wenn z. B. das Eigentum des ganzen Volkes an Produktionsmitteln durch Gruppeneigentum, die Planmäßigkeit durch Spontaneität und der demokratische Zentralismus durch einen bürokratischen Zentralismus oder den anarchistischen Dezentralismus ersetzt wird. Eine offensichtliche Deformation ist es, wenn die gegenseitigen Beziehungen der Leitenden und der Geleiteten, d. h. die Beziehungen von oben nach unten und von unten nach oben, auf die Beziehungen des Kommandierens von oben reduziert werden. Unvereinbar mit dem wissenschaftlichen Sozialismus sind Versuche, die Macht der Werktätigen selbst durch die Tätigkeit nur des Staatsapparates, im Namen der Werktätigen, aber nicht in ihrem Interesse zu ersetzen. Jede Deformation des Sozialismus ist ein soziales Übel und fügt der Sache des Sozialismus enormen Schaden zu.

Eine harte Lehre

Die traurigen Erfahrungen des maoistischen China führen das vor Augen. Wie die gegenwärtige chinesische Führung zugibt, wurden während der „Kulturrevolution“ über 10 Millionen Personen vernichtet, und insgesamt waren beinahe 200 Millionen Repressalien ausgesetzt. Die chinesischen Führer nennen diese Zeit jetzt „die grausamste feudal-faschistische Diktatur“. Aber in jenen Jahren kleidete sich die Deformation in „ultrarevolutionäre“ Phrasen. Die maoistischen Ideologen stellten die damaligen Praktiken als Verkörperung des Marxismus-Leninismus dar und brachten ihn so in Mißkredit.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU wurde konstatiert: „Die Erfahrungen der sozialökonomischen Entwicklung der VR China in den beiden letzten Jahrzehnten sind eine bittere Lehre, die aufzeigt, wozu eine Entstellung der Prinzipien des Sozialismus, seines Wesens sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik führen kann.“

Als Folge solcher Deformationen gehen die Vorzüge des Sozialismus verloren. Wenn die Deformationen nicht rechtzeitig beseitigt werden, stört das in dem einen oder anderen Grade die gesellschaftliche Entwicklung. Die Realisierung der Ideale und die Sicherung der Le-

bensinteressen der Werktätigen werden behindert und gebremst.

Um also eine Deformation des Sozialismus aufzudecken und zu beseitigen, genügt es noch nicht, sie zu sehen und zu erkennen. Es müssen sich Kräfte in der herrschenden Partei selbst finden, die fähig sind, die Massen richtig zu orientieren, zu organisieren und mit ihrer Hilfe den Widerstand jener zu brechen, die die sozialistischen Prinzipien entstellen. Bei der heutigen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus fällt das nicht immer leicht. Unsere Klassenfeinde haben ein sehr feines Gespür für jeden Mißgriff der herrschenden Parteien der sozialistischen Länder und nutzen jeden davon zu ihren antisozialistischen Zwecken. Mehr noch, die Feinde des Sozialismus außerhalb des Landes finden gewöhnlich sehr rasch eine gemeinsame Sprache mit konterrevolutionären Elementen innerhalb des Landes und versuchen meist auch die Opportunisten in der herrschenden Partei für sich zu gewinnen.

Das kann die Massen desorientieren, erschwert ihnen manchmal den Weg zur richtigen Position. Das seinerseits verlangsamt und kompliziert die Lösung der akuten Fragen.

Was die Geschichte lehrt

Das Leben zeigt: Sobald die herrschende Partei oder ihre Führung die Tuchfühlung mit den Massen einbüßen, die eigenen Fehler nicht bemerken und voluntaristisch handeln, entsteht Unzufriedenheit unter den Werktätigen. Sie merken die Fehlerhaftigkeit der Politik und die Abkehr von den Prinzipien des Sozialismus, weil gegen die soziale Gerechtigkeit verstoßen wird. Die Klassengegner bemühen sich sofort, diese Unzufriedenheit — nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen konkrete Fehler in seinem Aufbau! — im eigenen Interesse zu benutzen und gegen die Grundlagen des Sozialismus selbst auszuweichen. Dann bricht eine politische Krise mit all ihren für die Geschichte des Sozialismus im betreffenden Land gefährlichen Folgen aus. Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU wurde gesagt: „Dort ..., wo zur Wühlätigkeit des Imperialismus noch Fehler und Mißgriffe in der Innenpolitik hinzukommen, wird der Boden für eine Aktivierung sozialismusfeindlicher Elemente bereitet. Dies ist im mit uns brüderlich verbundenen Polen geschehen, wo die Gegner des Sozialismus mit Schützenhilfe äußerer Kräfte Anarchie stiften, um die Entwicklung in eine konterrevolutionäre Bahn zu lenken.“

Wie die polnischen Kommunisten betonten, wurden die Grundlagen der sozialistischen Ordnung im Lande gefährdet. In der gegenwärtigen Situation, nach Verhängung des Ausnahmezustands, setzen sie ihre Kräfte ein, um die Krise zu überwinden, und sind bestrebt, die Autorität und Kampffähigkeit der KP zu erhöhen sowie die Verbindungen mit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu festigen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, wie Lenin in einer Krisensituation vorging. Bei der Beurteilung der Ereignisse von 1921 in Sowjetrußland schrieb er, daß es beim Übergang vom Bürgerkrieg zum friedlichen Aufbau unter den Verhältnissen der noch geltenden Politik des „Kriegskommunismus“ „zu einer großen — ich glaube, der größten — inneren politischen Krise Sowjetrußlands“ kam, „die dazu führte, daß nicht nur ein sehr großer Teil der Bauern unzufrieden war, sondern auch ein großer Teil der Arbeiter“. Lenin ging vor allem den tieferen Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund: Bei den Wirtschaftsmaßnahmen wurden die Interessen der Bauernmassen, die realen Bedingungen für den Wiederaufbau der damals zerrütteten Wirtschaft ungenügend berücksichtigt. Die innere und äußere Konterrevolution ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen. Eine ihrer hinterlistigen Attacken war die konterrevolutionäre Meuterei in Kronstadt.

Lenin, die ganze Partei formulierten sofort ein wissenschaftlich begründetes Programm der Überwindung der Krise, und zwar durch den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik. Das entschlossene Zugaben, vor allem aber die konsequente Beseitigung der begangenen Fehler, die Mobilisierung der gesamten Partei zur Verwirklichung der NÖP gingen mit einer kompromißlosen Niederhaltung der konterrevolutionären Kräfte einher.

Bei der Untersuchung von Allgemeinem und Spezifischem in der heutigen Entwicklung des realen Sozialismus kommt es also darauf an, genau zu unterscheiden zwischen jenen Entwicklungsbesonderheiten, die durch die richtige Anwendung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten auf die konkreten Verhältnisse des jeweiligen Landes bedingt sind, und „Zickzacklinien“, Rückschlägen und „besonderen Kursen“, die von subjektiven Fehlern im sozialistischen Aufbau, vom Aufgeben der allgemeinen Prinzipien des Sozialismus, der marxistisch-leninistischen Lehre herrühren.

NZ

KOMMENTAR

AM SEIDENEN FADEN

Die in Sudan Anfang Januar entstandenen Spannungen verstärken sich noch immer. Die Unzufriedenheit mit der volksfeindlichen Politik des Regimes Nimeri haben praktisch alle Schichten der sudanesischen Öffentlichkeit erfaßt. Ausgelöst wurden die Massendemonstrationen von der Studentenschaft. Unmittelbarer Anlaß war der Druck des Internationalen Währungsfonds, der eine wesentliche Preisanhebung für Massenbedarfsgüter verlangte. Den Studenten schlossen sich bald Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Bauern in allen Landesregionen an. Die Behörden antworteten darauf mit Repressalien, die sich bis zu Erschießungen von Demonstranten ausweiteten. Die von allen demokratischen oppositionellen Kräften unterstützten Proteste jedoch ließen sich damit nicht abwürgen.

Inzwischen gärt es auch in der Armee und im Staatsapparat. Die libanesische „Al-Safir“ schreibt, die Differenzen zwischen dem Präsidenten und seinen Beratern hätten sich vertieft. Am 25. Januar löste Nimeri die Führungsorgane der Sudanesischen Sozialistischen Union (SSU), der einzigen legalen Partei im Lande, auf. Wie die arabische Presse meldet, wurde der erste Vizepräsident, Verteidigungsminister und Oberkommandierende der Streitkräfte, General Halil, der auch SSU-Generalsekretär war, aller Posten enthoben und verhaftet. Vorher war die Volksversammlung aufgelöst und danach eine Wahlfarce veranstaltet worden. Die Regierung wurde umgebildet, wobei die gesamte zivile und militärische Macht in die Hände Nimeris geriet. Es kam zu massierten Säuberungen in der Armee. Eine große Gruppe hoher Offiziere wurde a. D. gestellt. Truppenverlegungen im Sudan sind untersagt. Die Bewachung staatlicher Einrichtungen wurde allein Einheiten der Nationalgarde und dem Sicherheitsdienst übertragen.

Da das Regime keinen Halt im Inneren des Landes sieht, sucht es ihn außerhalb. Der britische „Daily Telegraph“ berichtete von einem überraschenden geheimen Treffen zwischen Nimeri und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak. Im Januar wurde in Khartum ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Peking unterzeichnet. Die wesentlichste Hoffnung setzt das Regime jedoch in die USA; wie weit aber Washington gehen will, um seinen buchstäblich am seidenen Faden hängenden Klienten zu retten, diese Frage bleibt vorerst offen.

A. STEPANOW

SEJM-TAGUNG

Zwei Tage dauerte die Sitzung des Sejm (des Parlaments) der VR Polen. Die polnische und die internationale Presse konzentrierte sich auf die Rede des Vorsitzenden des Militärrats für nationale Rettung, Wojciech Jaruzelski. Er charakterisierte die Lage im Lande, berichtete über die Aussichten und beantwortete Fragen, die heute die polnische Gesellschaft bewegen.

Zunächst erinnerte der Vorsitzende des Militärrats daran, wie akut die Notwendigkeit der Verkündung des Ausnahmezustands war. Der Staatsrat beschloß ihn im letzten Moment, als Polen am Rande des Abgrunds stand. Jaruzelski unterstrich, daß die Extremisten aus der „Solidarność“ ihr Hauptziel im Sturz des sozialistischen Staatssystems sahen, und erklärte:

„Ich klage diese Kräfte des Strebens nach Konfrontation, des Strebens nach Paralisierung der Macht, der Verbreitung des Hasses, der ständigen Gesetzesverletzung, des Streikterrorismus, der Zerstörung der Wirtschaft und der Bedrohung der Bündnisse und der Sicherheit des Landes an. Ich klage diese Kräfte des Mißbrauchs des Vertrauens von Millionen ehrlicher Menschen, die immer tiefer in den Strudel gezogen wurden, an.“

Das Wichtigste, was nach dem 13. Dezember erreicht wurde, ist die Ruhe. Die Anarchie wurde liquidiert, die Kriminalität sank zweifellos. Die Volkswirtschaft kommt — dort, wo es keine Zulieferungsschwierigkeiten gibt — allmählich wieder in den normalen Rhythmus.

Die Rede erläuterte die Position der polnischen Führung zur Frage der Beendigung des Ausnahmezustands. Einzelne Elemente des Ausnahmezustands, die die Bürgerrechte einschränken und für das ganze Volk beschwerlich sind, werden in dem Maße, wie es die Lage erlaubt, stufenweise abgeschwächt oder ganz aufgehoben. Wenn es zu keinen illegalen Aktionen kommt, wenn keine unvorhergesehenen Umstände eintreten, dann werden diese Einschränkungen Ende Februar abgeschafft oder zumindest bedeutend abgeschwächt. Anders, hieß es, muß man an das Problem vom Standpunkt der Bedürfnisse der Volkswirtschaft, ihrer Gesundung und Regulierung sowie des Kampfes gegen Kriminalität und Verletzungen der öffentlichen Disziplin herangehen. Auf diesem Gebiet können und müssen zweifellos die entsprechenden Elemente des Ausnahmezustandes für längere Zeit erhalten bleiben.

„Polen ist weiterhin ein Land, das vielen Gefahren ausgesetzt ist“, erklärte Wojciech Jaruzelski. „In Programmen subversiver Rundfunksender, in illegalen Flugblättern sind Aufrufe zu Verschwörungen, sogar zu terroristischen Akten enthalten. Angestiftet vom Ausland drohen staatsfeindliche Kräfte mit Aktionen. Möge es aber in dieser Frage keine Unklarheiten geben. Einzige Folge dieser Aktionen wäre die Fortsetzung und Verschärfung des Ausnahmezustands. Mit dem Zusammenbruch der Macht sollte man nicht rechnen.“

Von der Sejmbühne wurde jenen Antwort erteilt, die gegen Polen einen psychologischen Angriff, eine propagandistische Aggression unternehmen, die zu Drohungen, zum Boykott und zu sogenannten Sanktionen greifen. Das Haupt der polnischen Regierung, sagte Jaruzelski, forderte nicht die Befreiung der in Handschellen geketteten gewerkschaftlichen Führer der Fluglotsen aus US-Gefängnissen. Die polnische Regierung gab keine Erklärung zur Einhaltung der Menschenrechte in Nordirland ab. Der polnische Sejm diskutierte nicht, ob die Berufsverbote in der BRD mit der Deklaration der Menschenrechte zu vereinbaren sind. Polen achtet die Prinzipien der Nichteinmischung. Es hat das Recht, Gleiches zu erwarten. Es wurde unterstrichen, daß die Vorschriften einiger Länder, wer mit wem in Polen Verhandlungen führen soll, einfach ein unernstes, anachronistisches Verhalten darstellen.

Jaruzelski wies die Behauptungen, wonach die Verhängung des Ausnahmezustandes Polen von außen aufgezungen wurde, zurück. Die Wahrheit ist, unterstrich er, daß dieser Beschluß unser eigener war, daß er auf der Grundlage eigener Einschätzungen gefällt wird mit eigenen Kräften verwirklicht wird.

In dieser Situation wird besonders deutlich sichtbar, welche hohe Bedeutung die Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft für Polen hat. Darüber sprachen der Vorsitzende des Militärrats sowie Sejmaggeordnete. Wojciech Jaruzelski sagte:

„Unser Platz — nicht nur geographisch — ist in der sozialistischen Staatengemeinschaft, im Warschauer Vertrag, unter gleichen und freundschaftlich gesinnten Völkern. Sie alle erwiesen uns in diesen für Polen schwierigen Tagen internationalistische Wirtschaftshilfe. Sie erwiesen uns Vertrauen und

glauben daran, daß wir mit eigenen Kräften die dem Sozialismus in unserem Lande drohende Gefahr abwenden können. Wir sind ihnen dafür aufrichtig dankbar.“

Auch mehrere andere aktuelle Probleme wurden erörtert. Über die sozialistische Demokratie sprechend, unterstrich Jaruzelski, daß nicht der Sozialismus, sondern zuwenig Sozialismus Polen Entfäuschung brachte. Die Position der polnischen Führung ist: Die sozialistische Demokratie müssen Werte bereichern, die dem sittlichen und gesellschaftlichen Wesen des Sozialismus entsprechen.

Lebhaftes Interesse ruft im Lande die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung hervor. Jaruzelski sagte, es gebe im Moment keine fertigen Lösungen, und hob die verbreitete Meinung hervor, daß die politische Einheit der Gewerkschaften auf der Basis der Verfassung und der Grundlagen der Außenpolitik des Staates notwendig sei.

Der Großteil seiner Rede war dem Programm zur Umstrukturierung der Wirtschaft und der Reform ihres Leitungssystems gewidmet. Dabei hob er drei Fragen heraus. Die wichtigste ist die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die zweite Frage ist die Verbesserung der Wohnbedingungen. In den nächsten drei Jahren sollen mindestens zwei Millionen Polen in neue Wohnungen einziehen können. Die dritte Frage ist die Wiedergewinnung der ökonomischen Souveränität. Wie auf der Tagung unterstrichen wurde, kann das Land nicht endlos auf Pump leben. Möglichkeiten zur Bewältigung dieser komplizierten Aufgabe sieht die polnische Führung in der Steigerung des Exports, in der verstärkten Orientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen Polens auf die RGW-Länder.

Der Sejm nahm einen Beschluß an, in dem er die Position des Vorsitzenden des Militärrats für nationale Rettung, Wojciech Jaruzelski, billigte und die Bürger des Landes aufrief, allseitig die getroffenen Maßnahmen zu unterstützen. Die Tagung bestätigte die Dekrete des Staatsrats der VR Polen über den Ausnahmezustand und nahm die „Charta des Lehrers“ an. Wie die polnische Presse betont, verlief die Sejmtagung in einer Atmosphäre der Einheit.

I. NIKOLAJEWA
„NEUE ZEIT“ 6-82

WIR SIND MIT DEM SOZIALISTISCHEN POLEN

Luis CORVALÁN, Generalsekretär der KP Chiles

Gewisse Anführer der polnischen Konterrevolution beschlossen Anfang Dezember auf ihren Zusammenkünften in Radom und Gdańsk, daß die Stunde gekommen sei. Wałęsa sagte: „Die Konfrontation ist unvermeidlich, und es wird eine Konfrontation geben.“ Der stellvertretende Vorsitzende der Warschauer „Solidarność“ warnte ihn: „Wenn du auch nur einen Schritt zurückweichst, reiße ich dir persönlich den Kopf ab.“ Palka aus Łódź schlug vor, „organisierte Arbeitertrupps mit Schutzhelmen und Gummiknüppeln“ aufzustellen. Bujak aus Warschau wollte sofort einen „sozialen und Wirtschaftsrat“, der eine Art provisorische Regierung werden sollte. In diesen Tagen auch wurde dazu aufgerufen, Kommunisten physisch zu vernichten. Der Leiter der Szczeciner „Solidarność“ Jurzik sagte: „Die Zeit der Spielerei ist zu Ende. Für manche Leute müssen Galgen errichtet werden, an denen man sie aufhängt. Ich glaube, es wäre nicht schlecht, schon jetzt ein paar Galgen aufzustellen.“

Das alles erinnert uns Chilenen an Ereignisse in unserem eigenen Land. Unter der Regierung Präsident Allendes wurde kurz vor dem faschistischen Umsturz das gleiche, nur mit anderen Worten gesagt. Auf Santiagos Straßen erschienen Inschriften: „Es kommt die Stunde Djakartas“, womit auf das Blutbad in Indonesien 1965 angespielt wurde. Ein extremreaktionärer Abgeordneter der Oligarchie erklärte: „Gute Marxisten sind tote Marxisten.“ In Chile konnte die Konterrevolution siegen. Santiago wurde zu einem Djakarta. In der Hauptstadt und dem ganzen Land wurden am Putschtag und danach Tausende Marxisten und viele Tausende Nichtmarxisten ermordet, darunter Gläubige und Geistliche, wie z. B. der spanische Pater Juan Alsina.

Volk und Regierung Polens fanden, dank der Treue und dem Patriotismus der Armee, die Kraft, einen Weg, die Pläne der inneren und äußeren Feinde des Sozialismus zu durchkreuzen und die Unabhängigkeit ihres Landes zu bewahren.

Wir chilenischen Kommunisten, die wir am eigenen Leibe erfahren mußten, was eine siegreiche Konterrevolution mit sich bringt, sind höchst erfreut über die jetzige Wende in Polen. Die Maßnahmen der polnischen Regierung zur nationalen Rettung ermöglichen es, die heranreifende Katastrophe zu vermeiden und führen zur weiteren Stärkung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie in diesem Land sowie zur Ausmerzungen erfolgter Fehler.

Der US-Präsident hat verärgert darauf reagiert. Er schlug Lärm über das, was er die „Verletzung der elementaren Rechte des polnischen Volkes“ nennt, und forderte in scharfer Form die Freilassung der Führer der „Solidarność“, der KSS-KOR und anderer Verschwörer. Von all dem sprach Mr. Reagan am 17. Dezember. Kurz vorher hatte sein UN-Vertreter gegen eine Resolution gestimmt, die das faschisti-

sche Pinochet-Regime verurteilte, und das in einem Augenblick, da in Chile die Repressalien verstärkt werden und neue Morde geschehen, da die katholische Kirche neue Fälle von Folterungen bekanntmacht, darunter an zwei Mitgliedern der chilenischen Menschenrechtskommission.

Wir sehen keinerlei Widerspruch oder Inkonsistenz im Verhalten Mr. Reagans. Die Unterstützung Pinochets und die Empörung über die Maßnahmen der von General Jaruzelski geführten Regierung gehören zum gleichen Kurs. In beiden Fällen schützt Reagan die Interessen des Imperialismus, nicht aber der Völker Polens und Chiles.

Es sei daran erinnert, daß die Konterrevolution in unserem Lande aus Washington gelenkt wurde und unter dem Banner des „Schutzes von Freiheit und Demokratie“ und nicht unter dem des Faschismus aufmarschierte. Der Staatsstreich ertränkte die Freiheiten des Volkes in einem Meer von Blut und merzte alle Spuren von Demokratie aus. Die verfassungsmäßige, demokratische Ordnung wurde durch faschistische Willkür ersetzt. Auch in Chile wählten Gewerkschaftsführer den Weg der Konterrevolution. Die meisten privaten Eigentümer von ein oder zwei Lastwagen, Taxibesitzer, Kleinhändler und ein Teil der Arbeiter des Kupferbergwerks „El Teniente“ riefen den Streik gegen die Regierung Präsident Salvador Allendes aus. Ihre Teilnahme änderte nichts am faschistischen Charakter der Verschwörung. Hinzugefügt werden muß, daß die gleichen Fuhrunternehmer, Taxifahrer, Händler und Bergleute, die selbst die Diktatur Pinochets zu spüren bekamen, jetzt begriffen haben, daß sie vor 9 Jahren betrogen wurden oder sich geirrt hatten, und deshalb heute ebenfalls gegen die Tyrannei kämpfen.

Der CIA waren keine Dollars für diese sogenannten Streiks zu schade. Die regierungsfeindliche Presse erhielt großzügige Finanzunterstützung. Als Diplomaten und Touristen getarnt, kamen rund 2000 CIA-Agenten ins Land. In Polen lagen die Dinge genauso. Tag für Tag werden dort neue Beweise für die direkte Einmischung des Imperialismus aufgedeckt.

Unter der Volksregierung in Chile herrschte die irrije Vorstellung, daß die Freiheit unteilbar und über den Klassen stehend sei. Sogar Anhänger des Sozialismus hielten es für möglich, den Kampf für die vollständige Umgestaltung der bestehenden Ordnung zu führen und dabei das Recht auf die Nutzung aller politischen Freiheiten nicht nur der demokratischen Opposition, sondern auch den Faschisten zuzuerkennen. Das wurde stolz als Eigenart der chilenischen Revolution hingestellt. Es wurde eine tragische Lehre. Die Freiheit für alle verkehrte sich ins Wüten der Konterrevolution und nach dem 11. September 1973 in die faschistische Versklavung des Volkes.

Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist etwas Großartiges und ist natürlich nicht frei von verschiedenartigen Schwierigkeiten, und kann es auch nicht sein. Die Fehler der polnischen Führung haben dazu geführt, daß die Unzufriedenheit umfassenden Charakter annahm. Diese Unzufriedenheit machte sich der Klassenfeind zunutze, der, offen gesagt, Erfolge erzielte, bevor General Jaruzelski die Führung von Partei und Regierung übernahm. Mehrmals wurde der Versuch gemacht, politische Lösungen auf der unerschütterlichen Grundlage zu finden, daß Polen ein sozialistisches Land und Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft ist. Anfangs erkannten die Führer der „Solidarność“ verbal diese Voraussetzung an, machten jedoch in der Tat jedesmal den guten Willen der Behörden zunichte und trieben das Land ins wirtschaftliche und politische Chaos. So entstand eine Lage, in der, wie der polnische Regierungschef sagte, die Geduld des Volkes erschöpft war und man den Abenteurern die Hände binden mußte, ehe sie das Land in den Abgrund eines brudermörderischen Blutvergießens stürzen konnten.

Die Maßnahmen in Polen zur Normalisierung in Produktion und Staatswesen paßten nicht in die Rechnung der amerikanischen Imperialisten. Sie hatten davon geträumt, daß die Lage in diesem Land — ebenso wie in Chile 1973 — immer schlechter wird und zum Zusammenbruch des sozialistischen Staates sowie zum militärischen Konflikt in Europa führt. Letztlich hatten sie darauf gehofft, daß das polnische Volk nicht aus eigener Kraft den Sozialismus schützen könne. Aber sie hatten sich verrechnet, und daher ihre hysterische Wut. Reagan hat Maßnahmen zur Einstellung der Lebensmittellieferungen an Polen ergriffen. Ihm gefällt es nicht, daß dieses sozialistische Land einen komplizierten Augenblick in seiner Geschichte überwindet. Offenbar berücksichtigt der US-Präsident nicht, daß die Zeiten bereits vorüber sind, in denen die Welt von Tun und Lassen der USA abhing. Er vergißt, was Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU sagte: „Wir werden das sozialistische Polen nicht im Stich lassen, dem brüderlich mit uns verbundenen Polen beistehen!“ Er kennt nicht die Gefühle und die Kraft der Solidarität der Völker der DDR, der ČSSR, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens, wenn man nur jene Länder erwähnen will, die zum Warschauer Vertrag gehören. Alle seine antisowjetischen Auslassungen und Drohungen können den Lauf der Dinge in Polen nicht ändern, sondern verdeutlichen lediglich seine aggressive Kriegslüsterheit, die eine Gefahr für ganz Europa, für die ganze Welt bedeutet.

Wir chilenischen Kommunisten möchten die von uns bereits geäußerte Ansicht bekräftigen, daß man sich, wenn sich in einzelnen Ländern und in der Welt überhaupt nicht alles nur in schwarz oder weiß unterteilen läßt, im Klassenkampf auf nationaler und internationaler Ebene auf die eine oder die andere Seite der Barrikade stellen muß. Wir sind auf der Seite des sozialistischen Polen.

THERE'S NO BUSINESS LIKE SHOW-BUSINESS

Juri SHILIN

Der politische Kurs auf Anheizung der internationalen Spannungen hat sowohl seinen politischen Stil als auch, wenn man so will, seine politische Manier. Übles Getue findet teilweise höchst extravaganten Ausdruck.

Die letzte Januardekade wurde von einer beispiellosen TV-Show unter der Bezeichnung „Polen muß Polen bleiben“ gekrönt. Kurz von diesem Spektakel brachte Radio Kanada in einer russischsprachigen Sendung den Artikel eines Montrealer Blatts, in dem es hieß, der einstige Hollywood-Darsteller Ronald Reagan wisse sehr gut, wie eine Show gemacht wird, und das Einbeziehen des Fernsehens in die Politik könne, so die Zeitung, in der Zukunft größeren Einfluß haben als Steuerkürzungen oder die Militäropolitik.

Das Phänomen „psychologischer Krieg“ ist nicht neu. Bevor dieser Begriff im internationalen Wortschatz auftauchte, gab es schon den des „Nervenkrieges“. Diese beiden Termini vergleichen zu wollen, hieße jedoch eine interkontinentale ballistische Rakete mit Mehrfachsprengköpfen beispielsweise einem Maschinengewehr gegenüberstellen.

Fernsehdiplomatie ist natürlich ein neues Wort in der diplomatischen Geschichte. Es dürfte jedoch kein Konservatismus sein, jedes neue Wort an alten Wahrheiten zu messen. Beispielsweise an der: In der Politik muß man wie beim Schachspiel wenigstens zwei Züge im voraus berechnen. Besser noch mehr. Eine wirksame Show und eine wirksame Politik sind denn doch nicht ein und dasselbe.

Natürlich bleibt Polen Polen. Was aber wird aus dem in der Jahrhundertelangen Geschichte entwickelten diplomatischen Stil in Europa. Das ist hier die Frage, sagte schon Hamlet. Auch die Antwort wollen wir Shakespeare entlehnen: „Etwas ist faul im Staate Dänemark.“

Der politische Stil des einstigen US-Präsidenten Carter zeichnete sich bekanntlich durch neue Neurasthenie aus. Die heutige Rhetorik der US-Offiziellen wurde von dem bekannten Politiker George Kennan kürzlich als „intellektueller Primitivismus und Zynismus“ bezeichnet. Das ist hart, aber er sitzt ja vor Ort.

Will man ohne solche harten Bezeichnungen und ohne Emotionen auskommen und die Dinge kühl und nüchtern betrachten, darf man feststellen, daß hier tatsächlich zum ersten Mal politische Hysterie in weltweitem Ausmaß geplant, programmiert und organisiert worden ist.

Drehbuch und Regie der antipolnischen Show stammten, wie die „Stimme Amerikas“ in Richtung Moskau verkündete, von der Internationalen Kommunikationsagentur der USA. Das ist eine interessante Nachricht. Finanziert wurde das Fernsehtheater aus dem US-Haushalt. Natürlich, muß man sagen. Das „Mitleid“ mit Polen wurde auf höchster Ebene zum Ausdruck gebracht, und auf das gleiche Niveau hob man die Verleumdungen des heutigen Polen. Der ganze Ramsch sollte über Fernsehsatelliten in die Wohnungen der TV-Konsumenten in verschiedenen Ländern geschüttet werden. Es wäre halb so schlimm, wenn man das alles nur auf das (moralische) Konto der US-Administration setzen könnte. Die Idee war aber, in diese Ein-Mann-Show auch noch ein paar europäische (und nicht europäische) Mächte einzubeziehen. Und das ist nun schon ganz übel. Eine solche lärmende und vielstimmige Diplomatie könnte sich schlimmer als jede Geheimdiplomatie auswirken. Die großen „westlichen Demokraten“ beugten sich den Sitten des „wilden Westens“.

Es handelt sich nicht nur um Heuchelei. Da hat Europa seine eigenen Traditionen. Doch auch von der Heuchelei muß gesprochen werden.

Die TV-Diplomatie, deren Anfang die antipolnische Show machte, ließ Schauspielerei und Heuchelei miteinander verschmelzen.

Woher kommt nur bei den USA und bei ihren Verbündeten diese Besorgnis um die „Verbesserung des Sozialismus“ in Polen, noch dazu begleitet von nicht nur aufdringlichen Ratschlägen, sondern geradezu klaren Anweisungen, was dazu getan und welcher Kurs gehalten werden müßte?

Wenn man schon ans Renovieren gehen will, sollte man damit nicht besser im eigenen Haus anfangen? Aber das ist es gerade, daß hier

nicht das Renovieren die Hauptsorge ist, sondern der mißlungene Versuch, den Sozialismus auf polnischem Boden zu demontieren.

Nehmen wir für eine Minute an, einer der Show-Master sei tatsächlich aufrichtig um die Dinge in Polen besorgt. Dann darf man sich wohl die Frage erlauben:

Warum sollten die USA und andere NATO-Staaten — wenn ihnen die Bürgerrechte schon so nahe gehen — nicht an einer Fernsehshow teilnehmen, die der Verhaftung von Führern der US-Gewerkschaft der Fluglotsen gilt, denen auch noch Handfesseln angelegt wurden, als wollten sie Widerstand gegen die Staatsgewalt leisten?

Warum sollten sie nicht unter dem Motto „El Salvador muß aufhören, ein Blutbad zu sein“ auftreten, wo doch in diesem Land nicht nur Patrioten, die den bewaffneten Kampf gegen die Tyrannei führen, umgebracht, sondern ganze Dörfer ausgerottet, wo Greise, Frauen und Kinder mit dem Segen der USA, nach Instruktionen der USA und bei US-amerikanischer Finanzierung der Junta erschossen werden. (Reagan meint, die Junta mache Fortschritte bei der Gewährleistung der „Menschenrechte“.)

Warum sollten der irlandstämmige Reagan oder die konzertierten NATO-Mächte sich nicht dafür stark machen, daß die britische Regierung das Kriegerrecht in Ulster aufhebt und die militärischen Massenrepressalien gegen die katholische Bevölkerung einstellt; warum reichte ihnen der Atem nicht, als dort — trotz der Empörung der gesamten Weltöffentlichkeit —, politische Häftlinge, die in den Hungerstreik getreten waren, ihren Tod fanden; warum sollte man vom NATO-Partner nicht fordern, die von Hunderten bezeugten Folterungen in den Haftanstalten Großbritanniens einzustellen?

Warum sollte Madame Thatcher nicht in einem flammenden Fernsehauftritt an ganz Europa dagegen auftreten, daß die mit Großbritannien verbündete Regierung der Türkei 52 Gewerkschaftsfunktionäre aburteilt, was ihnen den Tod bringen kann.

Warum sollte der italienische Ministerpräsident nicht das Fernsehen und begabte italienische Schauspieler einschalten, um auf die BRD-Regierung einzuwirken, damit sie ihr Berufsverbot aufhebt, das es Menschen unmöglich macht, Schullehrer oder Universitätsdozent zu sein oder einen anderen „Beamtenposten“ einzunehmen, nicht weil sie irgend etwas gesetzwidriges getan

hätten, sondern weil sie Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, also ihrer Überzeugung wegen?

Warum sollten die NATO-Länder mit Hilfe von TV-Programmen nicht das Gesetz abschaffen, das das Recht auf militärische Intervention in der BRD vorsieht, falls dort eine Situation entsteht, die deren staatliche Struktur oder die Zugehörigkeit zur NATO bedroht?

Warum enthielten sich offizielle Persönlichkeiten der NATO-Länder so schamhaft ihrer Empörung über das Regime der „schwarzen Obri- sten“ in Griechenland, ehe es von den inneren Kräften dieses Landes hinweggefegt wurde?

Diese „Warum“ ließen sich fortsetzen. Aber wozu. Klar ist doch: Die Beteiligung an der antipolnischen Show rührt nicht daher, daß das liberale Saiten in den Verfechtern der „Menschenrechte“ angeschlagen wurden, sondern daß sie rein politische Ziele verfolgt. Die Marschrichtung kam von Washington, und die Regierungen einiger Länder nahmen möglicherweise gern den gleichen Tritt an, die anderer vermutlich mit einer Mischung von Scham und Erleichterung, denn der „atlantischen Solidarität“ war ja nur die Aufrichtigkeit zu opfern. So beschloß man, die Reputation in der Hoffnung einzubüßen, die Welt werde schon begreifen, daß man doch besser sei, als der angeknackste Ruf vermuten lasse.

Wenn hohe Moralkategorien, die Sorge um die Rechte und Freiheiten der Menschen in einigen Fällen das Herz zum Überlaufen bringen, in anderen Fällen aber tief in ihm verborgen werden, handelt es sich um doppeltes Spiel. Politische Heuchelei ist dann kein Schimpfwort, sondern lediglich Definition des politischen Instrumentariums. Arge Ziele rechtfertigen durchaus arge Mittel, erfordern aber eine gute Tarnung.

Jetzt die politische Frage, ob diese Ziele erreicht wurden? Es ist durchaus möglich, daß die allgemeine Desinformation über die wahre Lage in Polen von den aufgesetzten Emotionen hoher Autoritäten unter musikalischer und vokalistischer Begleitung sehr populärer, in politischer Hinsicht jedoch wenig begeisternder Leute des westlichen Showbusiness untermauert wird. Aber es gibt beachtliche Beweise dafür, daß die Methoden zur Manipulierung der öffentlichen Meinung selbst bei Propagandakoryphäen und bei Berufspolitikern durchaus antikommunistischer Orientierung Unwillen oder Ironie ausgelöst haben. Und auch der „kleine Mann“ fand kein Gefallen daran.

Hier die Beweise:

Die US-TV-Gesellschaft ABC stellt fest: Die politische Show „Polen muß Polen bleiben“ — die anspruchsvollste aller Fernsehinszenierungen der US-Regierung — sei ein Sprößling von Showbusiness und Politik. Kritiker in Westeuropa nannten das Spektakel „geschmacklos und vulgär“. Die Idee zu dieser Sendung hatte Reagan-Intimus Charles Wick, Direktor der Kommunikationsagentur. Die Superschaffe wurde in 6 Sprachen synchronisiert. Anstatt aber den Westen zu einen, spaltete ihn der Washingtoner Test. Obwohl Margaret Thatcher und Helmut Schmidt in der Show auftreten, verhielten sich das britische und das bundesdeutsche Fernsehen so skeptisch dazu, daß sie einer Live-Übertragung aus den USA entsagten.

Viele Europäer behaupten, das sei ein weiterer Beweis dafür, wie wenig die Washingtoner Administration Außenpolitik und Showbusiness auseinanderhalten kann.

NBC erklärt: „Zum erstenmal wurde die amerikanische Außenpolitik in eine Fernsehbuffonade verwandelt. Die TV-Show wird kostenlos jedem Land überlassen, das sie zeigen will, jedoch keine einzige westeuropäische Fernsehgesellschaft wollte sie direkt aus den USA übertragen. Ein Oppositionspolitiker in Großbritannien bezeichnete die Show als triviale Hollywoodmache. Die meisten Fernsehgesellschaften strahlten eigene Sendungen zu Polen aus.“

CBS meldet, namhafte Hollywood-Regisseure hätten verschiedene Sujets gedreht. Sie seien auf dem Kapitol gewesen, wo sie Auftritte des Sprechers des Repräsentantenhauses O'Neill, des Führers der republikanischen Mehrheit im Senat Baker gefilmt und eine Erklärung des russischen Emigranten Rostropowitsch auf Band genommen hätten. Ins Programm eingebaut wurden Ansprachen politischer Repräsentanten wie Reagan, Thatcher, Mitterrand und Schmidt sowie einiger Regierungschefs anderer verbündeter Länder. Clou des Films sei die Verknüpfung von Showbusiness und diplomatischem Geschäft, was bisher beispiellos dastehe. Das Programm kostete den amerikanischen Steuerzahler eine halbe Million Dollar.

Die britische „Times“ äußert: „Das Programm schafft Unruhe in Westeuropa. Eine ganze Reihe seiner „Einstellungen“ hat die Europäer zu einem erstaunten Heben der Brauen veranlaßt. Wirkt die Beteiligung des Komikers Bob Hope an dem Programm nicht als politisch unverantwortlich, wenn man

dessen Rolle als Chefpropagandist der US-Politik während des Vietnamkriegs bedenkt? Und hat nicht die Grand Jury der USA Verbindungen Frank Sinatras zur amerikanischen Mafia untersucht? Das unabhängige britische Fernsehnetz ATV hat bereits die Ausstrahlung des Programms abgelehnt, die BBC aber wollte es erst einmal sehen und danach die Entscheidung fällen.“

Man kann also sagen, das Spektakel ist ins Wasser gefallen, was aber nicht bedeutet, es habe keine Spuren hinterlassen und rege nicht zu einigen Überlegungen an.

Es besteht die Ansicht, Westeuropa müsse Amerika gute Worte geben, um sich in politischen Angelegenheiten in bezug auf die sozialistischen Länder die Hände freizuhalten.

Vielleicht stimmt das. Jedenfalls ist die Situation der atlantischen Partner der USA nicht beneidenswert.

Zunächst — 15 Monate lang — die unausgesetzten Warnungen vor einer „ausländischen Einmischung“ in Polen. Dann — gleich nach dem 13. Dezember 1981 — knappe, aber durchaus eindeutige Erklärungen, daß die von den polnischen Behörden ergriffenen Maßnahmen eine innere Angelegenheit seien (in diesem Sinne äußerten sich Staatsmänner Großbritanniens und der BRD). Danach aber eine geradezu überschäumende — individuelle und kollektive — Einmischungsorgie — rücksichtslos, grob, zynisch. So schießt die „vorausschauende Politik“ Kobolz, wenn sie von der unvorausschaubaren Politik angetrieben wird.

Der offizielle Westen verliert immer mehr die Fähigkeit, die Probleme unserer Zeit ruhig und nüchtern zu betrachten, einer Zeit, die, da wir in der nuklearen Epoche leben, tatsächlich besorgniserregend und kompliziert ist.

Die Krise des politischen Stils ist Ausdruck der außenpolitischen Krise, der Sackgasse, in die sich der Westen mit der „Politik der Stärke“ und mit den Versuchen, die Geschichte zu „übertölpeln“, hineinmanövriert. Es ist die kleinliche, eigene, aber ins Auge fallende Krise des Kapitalismus.

Warum sollte man es den Repräsentanten der „freien Welt“ nicht gestatten, sich ihre Köpfe völlig frei an der Wand einzuschlagen? Im Unterschied zu TV-Shows erfordert die rauhe Prosa des internationalen Lebens, die die Schicksale von Millionen Menschen berührt, nicht Rhetoriker sondern Politiker, und zwar solche, bei denen der Verstand über den Unverstand siegt. ■

AUSEINANDERSETZUNG NAHT

Eduard KOWALJOW

Praktisch alle Beobachter sind der Meinung, daß das Jahr 1982 für Portugal politisch, wirtschaftlich und in sozialer Hinsicht schwierig sein wird. Es gibt mehr als genug Gründe für düstere Voraussagen. Das vergangene Jahr brachte eine beispiellose Inflation (über 25%) und ungewöhnlich hohe Preise für Nahrungsmittel und Massenbedarfsgüter mit sich. Die Preise für Dienstleistungen, für das Erdöl und Erdölprodukte, die Gas- und Stromgebühren schnellten empor. Infolgedessen sinkt der Lebensstandard der Bevölkerung, besonders der werktätigen Schichten. Die Behörden und die Unternehmer stemmen sich gegen Lohnerhöhungen und ziehen die Verhandlungen über neue Tarifverträge in die Länge.

Vor kurzem sagte Alvaro Cunhal, Generalsekretär der Portugiesischen KP, auf einer Massenkundgebung: Die regierende reaktionäre Allianz sei der größte Feind des Volkes, des demokratischen Regimes und der nationalen Unabhängigkeit. Mit Recht erlegte er die volle Verantwortung für die Verschärfung der nationalen Probleme, die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der einfachen Portugiesen und die verstärkte Abhängigkeit des Landes vom internationalen Imperialismus, vor allem von den USA, den rechten Parteien auf. Diesen Standpunkt teilen heute immer weitere Kreise der Öffentlichkeit.

Die Opposition der demokratischen Kräfte, aller werktätigen Massen zum herrschenden Block nimmt zu. Allein in den ersten 10 Tagen des neuen Jahres streikten rd. 900 000 Arbeiter und Angestellte. Am 12. Februar wird auf Initiative des Allgemeinen Bundes der portugiesischen Werktätigen (Nationaler Intersindical) ein Landesstreik stattfinden, der der Regierung zeigen soll, wie sehr sie die Unterstützung der Bevölkerung eingebüßt hat. Dieser Vertrauensschwund gegenüber dem Block der bürgerlichen Parteien beschleunigt sich fortwährend. Die Kommunisten und Vertreter anderer Fortschrittskräfte verlangen direkt den Rücktritt der Regierung Balsemão und vorfristige Wahlen. Selbst Mario Soares, Generalsekretär der Sozialistischen Partei (PS), der bis vor kurzem mit der herrschenden „Demokratischen Allianz“ (AD) pak-tierte, hat vor wenigen Tagen zu-

gegeben, daß „Parlamentswahlen früher stattfinden werden“, als er annahm.

Der rechte Block hat viele Schwierigkeiten. Kaum waren die Löcher in der Koalition gestopft worden, die zum Rücktritt der ersten Regierung Balsemão geführt hatten, als sich die Gegensätze auch in der Sozialdemokratischen Partei (PSD) und im Bündnis der Rechten schon wieder zuspitzten. Die zweite Regierung Balsemão und die AD selbst haben den Parteitag der Sozialdemokraten im vorigen Dezember nur mit Mühe und Not überlebt. Wie die portugiesische Presse schrieb, wurde der faule Kompromiß um Balsemão fünf Minuten vor zwölf erzielt: Ein anderer Mann, der für alle Gruppierungen in der PSD akzeptabel gewesen wäre, fand sich einfach nicht. Aber der Kompromiß mußte bezahlt werden: Die Positionen des Regierungschefs und seiner Anhänger wurden schwächer, das Kräfteverhältnis veränderte sich noch mehr zugunsten der offen reaktionären, proamerikanischen Elemente.

Die Lage in der AD kann sich jedoch jederzeit wieder zuspitzen. Unter ihren Teilnehmern besteht keine einheitliche Meinung darüber, wie das Land die tiefe Wirtschaftskrise überwinden könnte. Keine Einheit gibt es ferner in der Frage der Beziehungen der AD zu den Sozialisten und zum Präsidenten Eanes, der im Dezember 1980 entgegen dem Willen der bürgerlichen Parteien gewählt wurde. Es ist auch wenig möglich, daß alle AD-Teilnehmer ein gemeinsames Herangehen an die Wahlbündnisse bei den örtlichen Wahlen Ende d. J. ausarbeiten.

Die unvermeidliche Komplizierung der politischen und wirtschaftlichen Lage in den nächsten Monaten wird zweifellos die AD-Regierung noch mehr schwächen. Praktisch verfügt sie über keine halbwegs wirksamen Mittel mehr, um die dahinschwindende Unterstützung in der Bevölkerung zu erhalten. Wie die Lissabonner Wochenschrift „Jornal“ schreibt, bleibe der rechte Block nur deshalb an der Macht, weil keine reale politische Alternative zu ihm bestehe, was vor allem auf Differenzen unter den Linkskräften zurückgehe.

Um die sich auseinanderentwickelnde Koalition zusammenzuhalten, tun die AD-Führer so, als

hätte das Land keine wichtigeren Sorgen als eine (selbstverständlich zu ihren Bedingungen vorzunehmende) Revision der Verfassung. Die Rechten verweisen auf deren „Mangel“, die sie vor allem in der legislativen Verankerung der revolutionären und demokratischen Errungenschaften vom 25. April 1974 sehen, und erklären die heutige Notlage Portugals mit der Aufrechterhaltung „dem westlichen Modell wesensfremder“ Verfassungsbestimmungen, die die großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen nach der Aprilrevolution fixieren.

Viele Beobachter sehen in diesem AD-Manöver einen Versuch, die Massen von den dringenden Problemen des Landes abzulenken und den Eindruck zu erwecken, als wollten gewisse hinter den Kulissen wirkende Kräfte die im Grundgesetz vorgesehene Revision der Verfassung verhindern. Um den Staatschef als Verbündeten der linken Opposition hinzustellen, beschuldigt die AD die Linken sowie die Militärs — General Eanes und einige seiner Berater —, gegen die Verfassungsrevision aufzutreten.

Den Ausfällen gegen Eanes und die Gruppe fortschrittlicher Militärs sekundiert ein Teil der PS, nämlich ihre Führung unter Kontrolle Soares'. Wie einige Beobachter behaupten, will sich dieser als Gegenleistung für die Zugeständnisse an die AD in der wichtigen Frage der Ernennungen auf die höchsten Kommandoposten der Unterstützung des rechten Zentrums versichern, falls seine Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen aufgestellt werden sollte. Würde der Präsident des Rechtes beraubt, die höchsten Kommandeure zu ernennen, so käme das nach Meinung vieler in Portugal einem verfassungswidrigen Umsturz gleich: Dann könnte der herrschende bürgerliche Block sich die Streitkräfte unterordnen.

Welche Ränke um die Vollmachten des Präsidenten auch geschmiedet werden, wissen die meisten Portugiesen trotzdem: Das akuteste Problem ist die Wirtschaftskrise. Ihre Überwindung würde es erlauben, die politische Lage zu stabilisieren und die demokratische Ordnung zu garantieren. Die von den Rechten aufgezwungene Diskussion über das „wirtschaftliche Modell“, die das Ziel verfolgt, die alten, vorrevolutionären Zustände wiederherzustellen, ist im Grunde gegenstandslos. Sie findet keine Unterstützung bei der Bevölkerung, die, wie Präsident Eanes vor kurzem erklärte, sowohl gegen eine Rückkehr zum „System des kapitalisti-

schen Liberalismus“ als auch gegen eine übermäßige Konzentration der ökonomischen Hebel in den Händen des Staates aufzubrechen. Der Schluß ist klar: Es gilt, alle Kräfte zum Wiederaufbau der Wirtschaft einzusetzen und dazu die inneren Ressourcen und die Beziehungen zur Außenwelt, darunter zu den Entwicklungsstaaten und den sozialistischen Ländern, zu nutzen.

Die fortschrittlichen Kräfte sehen eine unaufschiebbare Aufgabe auch darin, die rechte bürgerliche AD der Macht zu entheben. Eine Alternative zur AD ist notwendig, denn die Debatten über eine Verfassungsrevision werden im Frühjahr in einer Situation verlaufen, in der eine starke Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage nicht ausgeschlossen ist, und das könnte in eine politische Sackgasse führen. Präsident Eanes und die ihn unterstützenden Kreise sehen das ein und fordern dazu auf, die Herausbildung einer entsprechenden politischen Alternative nicht zu stören und den Zusammenschluß der Fortschrittskräfte zu einer neuen Mehrheit zu fördern, trotz der Versuche der PS-Führer, ein Bündnis aller linken Parteien zu verhindern.

Der Vorschlag der Kommunisten, das Parlament aufzulösen und neue Wahlen abzuhalten, findet in letzter Zeit eine immer größere Unterstützung. Auch die Erkenntnis, daß ein baldiger gesamtnationaler Dialog zur Lösung der akutesten Probleme nützlich ist, bricht sich Bahn. Dafür setzen sich die Portugiesische KP und andere fortschrittliche Kreise, einschließlich der Militärs aus der Umgebung des Präsidenten, ein. Unter den Sozialisten gibt es auch Politiker, die verstehen, wie wichtig es ist, die PS zu einer Organisation auszubauen, die fähig wäre, die Erfüllung nicht nur rein parteigebundener, sondern auch gesamtnationaler Aufgaben zu übernehmen.

Von außerordentlich großer Bedeutung ist, daß Militärs ebenfalls dafür sind, die heutige Krise in der Zusammenarbeit aller Linkskräfte und unter Nutzung aller von der Verfassung gebotenen Möglichkeiten zu überwinden. Das erklärte das Mitglied des Revolutionsrates Melo Antunes, der in einem Interview für „Témoignage Chrétien“ (Paris) auf die von der Verfassung vorgesehene Möglichkeit hinwies, das Parlament aufzulösen, eine von den Parteien unabhängige Regierung zu ernennen und vorfristige Wahlen durchzuführen. In den nächsten Monaten wird sich die politische Situation in Portugal wohl klären.

NZ

STANDPUNKT

UNHEILVOLLE BERECHNUNG

„Würden Überlebende eines Atomschlags die Toten beneiden? Experten sagen ‚Nein!‘.“ Diese Frage incl. Antwort ist Überschrift einer von 15 „satzfertigen Zeitungskolumnen“, die gegenwärtig die US-Bundesbehörde für Notstandsmanagement an Redaktionen verschickt, teilt die „Los Angeles Times“ mit. Die neue Propagandakampagne zeige nach den Worten der Zeitung die „Neigung — zumindest innerhalb der Administration —, einen nuklearen Konflikt als etwas Geringeres als einen endgültigen Holocaust anzusehen.“

Nicht zufällig beschloß man in Washington, es sei an der Zeit, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Denn, wie der bekannte US-Politiker George Kennan in der „New York Review of Books“ vom 21. Januar 1982 feststellte, werden sich die Menschen immer mehr des wahren Horrors eines Kernkriegs bewußt und sind immer entschlossener, nicht zuzulassen, daß ihre Kinder sterben oder daß ihre Zivilisation zerstört wird. Diese Beunruhigung dämpfen und diese Entschlossenheit mindern sollen offenbar die Auslassungen solcher Politiker wie William Chipman, der in der erwähnten Bundesbehörde die Abteilung für Zivilverteidigung leitet. Er beruft sich auf ein „Diagramm der Opfer“, das zeige, daß die „meisten Menschen durchkommen“.

Das erinnert irgendwie an die menschenverachtenden Reden, die vor mehr als zwei Jahrzehnten am anderen Ende der Welt erklangen. Wenn bei einem Krieg die Hälfte der Menschheit umkommt, ist das bedeutungslos — erklärte Mao in Peking. Es sei nicht schrecklich, sagte er, wenn auch nur ein Drittel der Erdbevölkerung übrig bleibe, und wenn es zu einem Atomkrieg komme, sei das nicht so schlecht.

Was wirklich passiert, wenn er ausbricht, ist bereits oft geschildert worden, und es gibt wissenschaftlich begründete Prognosen. Hier sei die der internationalen Konferenz „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“, die im vergangenen Frühjahr in Airlie bei Washington stattfand, zitiert: Bei einer thermonuklearen Explosion mit einer Sprengkraft von einer Megatonne würden 200 000 bis annähernd 500 000 Menschen sofort tot sein, weitere 400 000 bis 600 000 würden unterschiedlich schwere Schäden davontragen, abhängig von der Art des Angriffs. Viele von ihnen würden nicht überleben. Das passiert bei einer Bombe. In den Arsenalen der Welt, so warnen die Wissenschaftler, gibt es aber Zehntausende Kernwaffeneinheiten. Man braucht also nur zu rechnen. Der amerikanische Arzt Howard Hiatt schlußfolgerte: Auf den Ruinen der menschlichen Zivilisation werden die Lebenden die Toten beneiden. Fachleute sagen also „Ja“ auf die Frage der US-Bundesbehörde.

All das ist zweifellos auch den Inspiratoren der jetzigen Propagandakampagne in den USA bekannt. Selbst hoffen sie wohl kaum, Millionen Amerikaner mit „Sonderempfehlungen zur Anwendung von Schnürevorhängen“ oder dem Einbau von „Imbißstuben im Keller“ zu retten. Sie rechnen eher mit etwas anderem: damit, daß es gelingt, den Atomkrieg auf die Alte Welt zu „begrenzen“ und hinter dem großen Teich auszuharren, solange die Europäer wegen der Weltmachtansprüche Washingtons sterben.

Wieder bekannte Töne. Denn auch Mao glaubte, als er über die „Vorteile“ eines Atomkriegs sprach, daß er die Rolle des Affen in der chinesischen Legende spielen wird, der vom Berge aus den Kampf zweier Tiger auf Leben und Tod verfolgt. Der Krieg scheint für dessen Anstifter nicht schrecklich zu sein, solange andere möglichst weit weg von den eigenen Grenzen kämpfen und sterben. Aber darauf heute wie vor zwei Jahrzehnten zu hoffen, ist gefährlicher Wahnsinn.

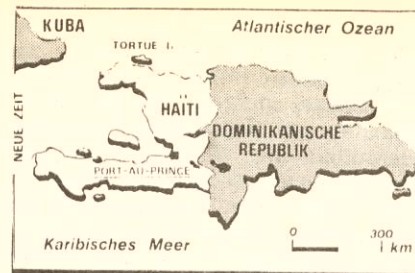
Im vergangenen Herbst kam für alle hörbar aus Moskau die Antwort auf die Beschuldigung Ronald Reagans, die sowjetischen Führer würden in Gesprächen „unter sich“ den Sieg in einem Atomkrieg für möglich halten: Einen Kernwaffenkrieg in der Hoffnung zu beginnen, aus ihm als Sieger hervorzugehen, kann nur jemand, der Selbstmord verüben will.

Um Schlimmeres zu verhindern, muß man für die Festigung des Vertrauens und für den Abbau der Rüstungen arbeiten. Die US-Führer aber probieren anstelle dessen Varianten durch, wie man „den atomaren Angriff überlebt“ und lassen neue Raketen, Neutronensprengköpfe, chemische binäre Granaten vom Band rollen. Was man auch sagen möge: Damit sind die Menschen nicht zu beruhigen.

W. SCHELEPIN

BABY DOC, UNCLE SAM UND HAITIS VOLK

Wadim NISSKI



Westliche Presseagenturen meldeten, am 10. Januar sei auf der Insel Tortue unweit Haitis eine kleine Gruppe bewaffneter Leute gelandet. Nach ein paar Tagen hieß es, Soldaten aus Port-au-Prince hätten zusammen mit den Tortue-Polizisten die Gruppe zerschlagen, deren drei Mitglieder festgenommen und hingerichtet oder im Geplänkel getötet wurden.

Kurz zuvor berichtete das französische Fernsehen über ein Attentat auf Duvalier: Nachdem er Ende Dezember leicht verwundet war, soll sich sein Gesundheitszustand verschlechtert haben. Aus Port-au-Prince erfolgte sofort ein Dementi: Der Präsident habe sich lediglich beim Sport den Fuß vertreten.

Ob wirklich versucht wurde, Duvalier zu beseitigen, steht nicht fest. Die westliche Presse schrieb jedoch wiederholt über die Möglichkeit einer Verschwörung gegen den Diktator. Laut „Washington Post“ wurden Ende Oktober v. J. über Haiti aus Flugzeugen Flugblätter zerstreut, die einen baldigen Sturz des Diktators verkündeten. Darin wurde der Polizei und den Streitkräften nahegelegt, sie sollten eine diesbezügliche Aktion, die von außen erfolgen wird, unterstützen. Dann erfuhr man, Autor dieser Flugblätter sei Bernard Sansaricq, der Gründer der früher wenig bekannten Volkspartei von Haiti. Die westliche Presse schrieb, in Emigrantenkreisen wüßte man von Sansaricq, daß er in den 60er Jahren, nachdem einige seiner Verwandten von Duvalier-Leuten umgebracht wurden, aus Haiti nach den USA geflohen war und in den US-Streitkräften diene.

Sansaricq sagte zwei Tage vor der Landung der bewaffneten Gruppe auf Tortue einem Journalisten von der „Miami Herald“, daß er eine Operation zum Sturz Jean-Claude Duvaliers durchführen werde und daß er sich auch mit dem politischen US-Berater auf den Bahamas getroffen habe. Die „Humanité“ schrieb damals, der US-Berater habe Sansaricq ausdrücklich erklärt, daß die USA keinen Staats-

streich in den Ländern des Karibikraums unterstützen würden.

Mehrere Kommentatoren gaben damals sofort ihrer Überraschung Ausdruck, daß die USA es erlaubt haben, auf ihrem Territorium eine Expedition gegen einen ihrer ergebensten Verbündeten vorzubereiten, da der vom Kongreß 1794 verabschiedete Neutrality Act die Benutzung des US-Territoriums als Stützpunkt für Kriegshandlungen gegen einen beliebigen Staat verbietet, der mit den USA in Frieden lebt. (Hier muß der Vorbehalt gemacht werden, daß sich dieses Gesetz praktisch auf fortschrittliche Regimes nicht erstreckt.) Es stellte sich heraus, daß die Teilnehmer der Tortue-Landung in den Vereinigten Staaten gedrillt wurden, und zwar in den Lagern der kubanischen Konterrevolutionäre und der einstigen Somoza-Gardisten.

In Journalistenkreisen meint man in diesem Zusammenhang, die USA seien des „Baby Doc“ schon überdrüssig, der sich in jeder Hinsicht kompromittiert hat, und würden an seiner Stelle gerne irgendeine Militärjunta sehen.

Die US-Administration, die um die unmöglichen Lebensverhältnisse des Volks von Haiti weiß, befürchtet seit langem einen mächtigen Volksaufstand. Die USA unterzeichneten schon 1980 Abkommen mit Duvalier, denen zufolge im Falle innenpolitischer Konflikte erlaubt ist, auf Haiti fremde Streitkräfte einzuführen, besser nichtamerikanische. Ein Punkt dieser Abkommen, den Haitis demokratische Opposition veröffentlichte, lautet: „Den heutigen Schwierigkeiten bei der Einmischung amerikanischer Streitkräfte in Lateinamerika, unter anderem auf Haiti, wo jeden Augenblick ein politischer und militärischer Spannungsherd entstehen kann, Rechnung tragend, schlagen die Regierung von Haiti und die amerikanische Regierung der Regierung und den Streitkräften der Dominikanischen Republik vor — falls auf Haiti eine reale Partisanenfront entstehen sollte —, die Hauptstoßkraft im Kampf gegen die haitischen Partisanen zu werden.“

Darauf wurden in der Dominikanischen Republik längs der Grenze zu Haiti Militärlager eingerichtet und Militärübungen durchgeführt.

Die UNO zählt Haiti zu den unterentwickeltesten Ländern der Welt. Es ist die ärmste Republik der westlichen Hemisphäre. UNO-Angaben zufolge sind dort in den letzten fünf Jahren rund 500 000 Menschen Hungers gestorben. Von je 1000 geborenen Kindern sterben 150.

Dafür sitzt der lebenslängliche Präsident Haitis — Baby Doc — mit seiner Sippe im Überfluß, wobei der unerhörte Reichtum in der Hauptsache Unterschlagungen zu verdanken ist. Selbst Mitarbeiter der Weltbank, die dem Regime Kredite bereitstellt, waren wie vor den Kopf geschlagen, als sie feststellten, daß 1975 von 95 Millionen Dollar Staatseinnahmen nur 45 Millionen in den Staatssäckel gelangten, über die restlichen 50 Millionen verfügte der „Präsident auf Lebenszeit“.

1980 verschwanden aus Haitis Nationalbank 21 Millionen Dollar: die US-Hilfe an die Republik Haiti. Baby Doc kaufte sich dafür einige Landgüter auf Haiti und in den USA, mehrere Villen in Monte Carlo, Frankreich und Kanada. Dutzende Millionen Dollars landeten auf seinen Kontos in amerikanischen und Schweizer Banken.

Zudem gingen fünf Millionen bei Babys Hochzeit drauf, und seine Mutter Simone Duvalier — „Madame Doc“ — hat sich auch beileibe nicht zu beklagen. So erzählten in Moskau weilende mexikanische Journalisten, vor etwa drei Monaten sei bekannt geworden, daß sich die Papa-Doc-Witwe vorgenommen hatte, in Cuernavaca, einem mexikanischen Kurort, einen ganzen Wohnungskomplex neben der früheren Residenz des Schahs von Iran zu kaufen.

Natürlich läßt das offizielle Washington der Duvalierdynastie nicht umsonst Gelder zufließen. Es weiß deren pathologischen Antikommunismus und Haitis strategisch günstige Lage hochzuschätzen. Das Pentagon will auf Haiti den Hafen Môle St. Nicolas, der 50 Meilen von Kuba

entfernt ist, bekommen und die Tortue-Inseln kaufen oder für 100 Jahre pachten. Dort könnte es einen Marinestützpunkt einrichten, um ihn dann gegen Kuba, Grenada, Nikaragua und alle möglichen nationalen Befreiungsbewegungen im Karibikraum zu benutzen.

In den 25 Jahren Duvalier-Herrschaft wurden 40 000 Haitier hingerichtet, 3000 sind spurlos verschwunden. Tausende unschuldige Menschen schmachten in Gefängnissen, wo sie mittelalterlichen Foltern ausgesetzt sind. 1979 wurden in der Festung Fort Dimanche, die bei den Haitiern Schaudern erweckt, 200 politische Häftlinge ermordet, darunter 19 Arbeiter aus dem Peligre-Kraftwerk, die sich darüber beschwert hatten, daß man ihnen keine Löhne zahlte.

Ein Emigrant aus Haiti erzählte mir: „Wenn einer auf Haiti zur Arbeit geht oder sich abends schlafen legt, kann er keine Gewißheit haben, daß er wieder nach Hause kommt bzw. in seinem Bett erwacht. Das politische Leben ist wie ein Roulette: Es rotiert und kann jeden Augenblick Ihre Nummer aufzeigen, obwohl Sie darauf gar nicht gesetzt haben.“

Jeder halbwegs unzufriedene Mensch wird als Kommunist abgestempelt. Und das im April 1969 in Kraft getretene Gesetz sieht für die Verbreitung der „Ideen des Kommunismus oder des Anarchismus“ die „Übergabe an das ständig wirkende Tribunal und Todesstrafe“ vor. Es wird präzisiert, daß es um eine mündliche, schriftliche, gedruckte Verbreitung dieser Ideen, um öffentliche oder private Äußerungen, um Zeichnungen, Vorlesungen, um Geschäfts- oder private Korrespondenz etc. geht. „Alle, die sich gegen das Regime äußern, sowie Personen, die an den aufgezählten Verbrechen Schuldigen Hilfe erweisen oder sie verstecken, werden zum Tode verurteilt: Priester, Prediger, Missionare, Lehrer, Besitzer von Bücherläden, Druckereien, Bühnenunternehmen...“

Mit einem Wort, es wurde keiner vergessen, außer ... den Säuglingen.

Drakonische Maßnahmen entlarven die Diktatur. Sie stößt immer auf den Widerstand des Volkes, und das kann nicht anders sein. Der Freiheitsdrang des haitischen Volkes wurde im langjährigen antikolonialistischen Kampf geprägt. Kolumbus entdeckte Haiti im Jahre 1492. Die spanischen Eroberer brauchten 50 Jahre, um die dortigen Indianerstämme auszurotten. Dann brachten sie 50 000 schwarze Sklaven aus Afrika nach Haiti. 1791 brach in-

folge unmenschlicher Ausbeutung ein Aufstand gegen die französischen Kolonialherren aus, die sich indessen die Insel unter den Nagel gerissen hatten. Damit nahm die Sklavenherrschaft auf Haiti ein Ende, und beim Anbruch des 19. Jahrhunderts bekam Haiti seine erste Verfassung. 1802 schickte Napoleon 18 000 Soldaten dorthin, um „Ordnung herzustellen“. Ein neuer Aufstand fegte Napoleons Armee von der Insel. Am 1. Januar 1804 wurde endlich die unabhängige Republik Haiti ausgerufen.

Im Jahre 1915 wurde das Land von der US-Marineinfanterie besetzt. Jeder Protest der Bevölkerung wurde grausam unterdrückt. 1957 wurde François Duvalier an die Macht gebracht, das verruchteste Regime in Haitis Geschichte. Washington mästete Duvaliers Diktatur und half ihr dabei, eigene Streitkräfte zu schaffen. Aus den engstirnigsten Soldaten wurde dann das Korps der „Tonton-Macoutes“ — Duvaliers Leibgarde — gebildet. Das grausame Regime verursachte eine Massenauswanderung: 1,5 Millionen von den 5 Millionen Haitianern leben im Ausland.

Im Dezember 1980 wurde bekannt, daß sich die Gegner des Regimes auf Haiti in der Nationalpatriotischen Bewegung vereinigen. Emigranten bildeten im Ausland ebenfalls oppositionelle Gruppen und Parteien.

Im September v. J. fand in Panama eine Kontinentale lateinamerikanische Konferenz der Solidarität mit dem Volk Haitis statt, an der ich als Vertreter des Sowjetischen Komitees zum Schutz des Friedens teilnahm. Mehr als 40 Parteien und Gruppierungen, die zum Duvalier-Regime in Opposition stehen, erörterten die unaufschiebbaren Aufgaben des Kampfes für die Befreiung Haitis vom Duvalier-Regime, das seinem Volke gegenüber eine Genozidpolitik betreibt. Die Notwendigkeit wurde hervorgehoben, die Bemühungen aller politischen Organisationen und der Bürger Haitis sowie aller patriotischen Kräfte auf Haiti und im Ausland für den Sturz der Diktatur zu konsolidieren.

Auf der Konferenz habe ich mich mit dem angesehenen Vertreter der Öffentlichkeit, Gérard Pierre Charles, bekannt gemacht, einem Schriftsteller und Historiker, Professor an einer Universität Mexikos. Er sagte:

„Für uns haitische Auswanderer bedeutet das Treffen in Panama ein Treffen der Haitianer miteinander. Viele von uns haben einander nie gesehen, weil wir zu verschiedenen Emigranten-Generationen gehören und verschiedene politische und ideologische Standpunkte vertreten. Wir verkehren miteinander, drücken die Hände und lächeln einander zu. Wir sind in verschiedenen Ländern zerstreut, haben aber ein gemeinsames Ziel, den Kampf gegen das Regime Duvalier, für die Würde unserer Heimat. Gemeinsam können wir vieles erreichen.“



Florida [USA]. Abrechnung mit friedlichen Demonstranten, Flüchtlingen aus Haiti.

Foto: TASS

Und er wandte sich weiter an die Konferenzteilnehmer: „Es ist enorm wichtig, daß wir die Reihen jener auffüllen, die den Kampf in Lateinamerika führen. Wir blieben zu lange isoliert von Lateinamerika. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf.“

Die Delegierten nahmen eine Deklaration an, die einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung einzelner Oppositionsbewegungen zum Sturz der verhaßten Diktatur bedeutet. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Vereinigten Partei der haitischen Kommunisten zu, der die Diktatur die schwersten Schläge versetzt. Aber die Partei lebt und kämpft Schulter an Schulter mit allen Patrioten und Demokraten Haitis, die entschlossen sind, die schwarze Seite ihrer Geschichte umzublühen.

TRAURIGES JUBILÄUM

Zehn Jahre sind es jetzt her, seit die Ministerpräsidenten der Bundesländer den „Radikalenerlaß“ verabschiedeten. In den vergangenen Jahren wurden mehr als 2 Millionen Personen auf „Verfassungstreue“ geprüft. 5000 Beamte wurden entlassen. In erster Linie trifft das Berufsverbot natürlich Kommunisten.

Ein Beispiel: Der Postangestellte Hans Peter wurde entlassen, weil er der DKP angehört. Das Stuttgarter Arbeitsamt billigte ihm Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 9,84 DM pro Woche zu (siehe Faksimile). Ein Sprecher der Post erklärte darüber hinaus, Peter schulde noch mehr als 2000 DM, die ihm fälschlich ausbezahlt wurden.

Der Fall Peter ist nur einer von Tausenden. Die Praxis der Berufsverbote löst heftigen Pro-

test im Land aus, auf den die Regierung sehr eigenartig reagiert. Bundesinnenminister Baum bietet ein „Sonderbeamtengesetz“ an, nach dem, allem Anschein nach, vor allem Kommunisten verfolgt werden sollen.

Zu „Verfassungsfeinden“ werden künftig vermutlich auch alle gerechnet werden, die immer aktiver für den Frieden eintreten.

L. SMIRNOWA

Abdruck aus: „UZ“ (BRD)

VIELSAGENDES SCHWEIGEN

Ein US-Sprecher erklärte, das Weiße Haus werde Japan künftig nicht über das Verbringen von Atomwaffen in das Land unterrichten. Die „Tokyo Shimbun“ bezeichnete diesen Entschluß als „beispiellos“. Das stimmt, denn er verletzt gröblich die „drei nichtnuklearen Prinzipien“ Japans, Atomwaffen nicht einzuführen, nicht herzustellen und nicht zu besitzen. In Washington aber küm-

mert man
teressen an
Diese A-
tion löste
den Japa
wollten ei
ehemalige
Reischaue
gen des z
kio beste
US-Regier
japanische
wenn der
kernwaffe
flogen we
waffen a

NICHT ZUM LETZTEN MAL

Der einstige US-Armist Calvin Sweet reichte eine gerichtliche Klage gegen das Pentagon ein und forderte eine materielle Wiedergutmachung für die gesundheitlichen Schäden, die er während seines Armeedienstes erlitten hat. Man hatte ihn 1957 zusammen mit anderen uniformierten Soldaten als „Versuchskaninchen“ bei Experimenten mit LSD im Laboratorium für chemische Kriegführung in Edgewood (US-Staat Maryland) behandelt.

Außer in Edgewood wurden Menschenversuche auf US-Stützpunkten in Westeuropa und im Pazifik vorgenommen. Mit Hilfe von LSD wollten

die Geheimdienste „vervollkommen“ rationale Hoffnungen auf losere Soldaten.

AP zufolge habe der zugegebenermaßen an Rauschgifttests ist. Das Gericht, doch die Wiedergutmachung, weil die Klage gereicht wurde, wie ein Justizspruch des Obersten Gerichtes der USA von 1950 die gegenüber Leuten schaffen.

Washington wurde gezwungen, Angaben mit LSD und heftigsschädlichen Armee zu publizieren, „testete“ eigenst. fielen einige Dutzend Opfer. Manche derer starben. Das te es mit der Behauptung, „Freiwillige“ (allerdings herausgefunden) keine Ahnung davon, ihnen gereicht war.

Das Pentagon fuhr beschluß offenbar, könnten ja sonst „Kaninchen“ wiederlangen. Aber die Testpersonen hätten noch gebraucht.

gegenüber dem Vorjahr fast auf das 150fache.

Ein großer Teil der Abschlüsse werden von der offiziellen Statistik nicht registriert. Wenn aber der Export Süls nach Hongkong auf das 1,5fache steigt, erklärt sich das „aus dem zunehmenden China-Export, obwohl das nicht publik gemacht wird“, bemerkt „Asian Wall Street Journal“. Der Warenaustausch zwischen der VR China und Südkorea erreicht nach Angaben des Journals 300 Mio Dollar.

Mit geschämig niedergeschlagenen Augen treibt Peking Handel mit RSA-Rassisten und dem Diktator von Süls.

L. MICHAILOW

GESCHÄMIG

Auf geheimnisvolle Weise gelangt angereichertes Uran in die RSA, das dort dringend für Pretorias Nuklearprogramme gebraucht wird, melden ausländische Massenmedien. Um die Lieferquelle zu verbergen, kommt das Uran über eine schweizerische Firma, die als Makler agiert.

Nicht weniger rätselhaft ist auch, daß Südkorea in Hongkong eine große Menge wertvoller Rohstoffe und Kohle kauft.

Beide Dinge fanden eine einfache Erklärung.

Die „Washington Post“ berich-

tete, nach Ansicht von Experten werde das Uran für Pretoria in China gefördert. Der von Süls in Hongkong erworbene Rohstoff ist, der japanischen Presse zufolge, ebenfalls chinesischer Herkunft.

In Peking wurde mehrmals offiziell erklärt, man „handle nicht mit der RSA und Südkorea“. Inzwischen aber floriert der chinesisch-südkoreanische Handel über Drittländer und über Hongkong. Süls betrachtet China schon lange als Rohstoffquelle und Absatzmarkt seiner Industrieerzeugnisse. Nach Pekings Annäherung an Tokio und Washington erweiterte sich auch der chinesisch-südkoreanische Handel. 1979 stieg er

cht sehr um die In-
länder.
Reagan-Administra-
und Empörung bei
s. Die Amerikaner
Dinge „erläutern“. Der
tschafter in Japan
gemäß den Bedingun-
Washington und To-
Abkommens sei die
cht verpflichtet, ihre
egen zu informieren,
um ihres Landes von
kten Maschinen über-
er Schiffe mit Kern-
die Häfen anließen.

Außerdem gäbe es ein Geheimabkom-
men zu dieser Frage. Reischauers Äuße-
rungen regten die Japaner zu der unan-
genehmen Überlegung an, daß Tokio die
Existenz einer solchen Übereinkunft
doch stets verschwiegen habe. Die Re-
gierung hatte ihrem Volk versprochen,
keine Verletzung der „drei nicht-
nuklearen Prinzipien“ zuzulassen, aber
geschwiegen, als der Atomtod auf den
japanischen Inseln Einzug hielt. Auch
jetzt wird die Washingtoner Erklärung
von ihr nicht dementiert. Und Schweigen
ist bekanntlich ein Zeichen des
Einverständnisses.

I. IWANOW



ANGST, GELD UND...

Bis Sie diese Notiz zu Ende gelesen haben, hat es in Frankreich weitere fünf Verbrechen gegeben, denn dort werden alle 12 Sekunden Gesetzesübertretungen registriert.

Alfred Hitchcock macht mit Horrorfilmen Geld. „Eure Ängste sind mein Leben“, sagte er. „Sie sind mein Geschäft, mein Brot, wie der Durchfall bei Kindern das Brot der Kinderärzte ist.“ Ein bekannter Kaufmann aus Marseille verfolgt ein ähnliches Prinzip. Seine Schutzanlagen gegen Diebe, seine Signalsysteme und Waffen werden ihm von den Käufern aus der Hand gerissen.

Die Franzosen sind heute eine der meistbewaffneten Nationen in der Welt. Auf 53 Millionen Einwohner entfallen rund 30 Millionen Schusswaffen in Privatbesitz. In jedem Jahr kommen Hunderttausende Pistolen und Karabiner hinzu. Patronen werden wie Nüsse verkauft: 350 Millionen Stück im Jahr.

Die Furcht vor möglichen Raubüberfällen führte auch zu gesteigerter Nachfrage nach der „Parallel-Polizei“. Über 300 Privatfirmen beschäftigen sich mit dem Anheuern von Wachpersonal für Industrielle, Finanz- und Kaufleute.

Die Zahl solcher Agenturen nimmt ständig zu, ebenso wie die von ihnen geleisteten Dienste. Die Preistabelle weist aus: rassistische Pogrome, Druck auf Gewerkschaftsfunktionäre, Zerstören von Streikposten, Provokationen bei Arbeiterkundgebungen, politische Schnüffelei und andere Verletzungen bestehender Gesetze und Normen. Diese Verbrechen werden von der französischen Statistik jedoch nicht erfaßt.

L. MAKAREWITSCH

Aufnahme einer Kontrollkamera bei einem Bankraub

Foto aus: „Paris Match“ (Frankreich)

LETSCHIN

MILITÄRISCH AUSGERICHTET

Im Vorstand praktisch aller großen Industriege-
sellschaften Großbritan-
niens gibt es Leute, denen
die Uniform besser als Zi-
vilkleidung paßt. Die Zeit-
schrift „Labour Research“
schreibt, allein zwischen
1975 und 1980 seien 225
höhere Offiziere der briti-
schen Armee in verschie-
dene Firmen eingetreten,
wo sie ein warmes Plätz-
chen als Direktoren, Ma-
nager und Berater erhiel-
ten.

Die Generale a. D. be-
kommen ihre hohen Ge-
hälter natürlich nicht we-
gen ihrer Wirtschaftskenn-
nisse. Ihre einstigen Kon-
takte werden gebraucht.
Wenn es um die Vertei-
lung der Militäraufträge
geht, ist es gut, seinen
Mann im Verteidigungs-
ministerium zu haben.

Das nämlich hat sich zum
Auftraggeber Nr. 1 für die
führenden Industriezweige
entwickelt. Es erwirbt fast
ein Fünftel der im Land
hergestellten Elektronik,
ein Drittel der Erzeugnis-
se der Schiffbauindustrie,

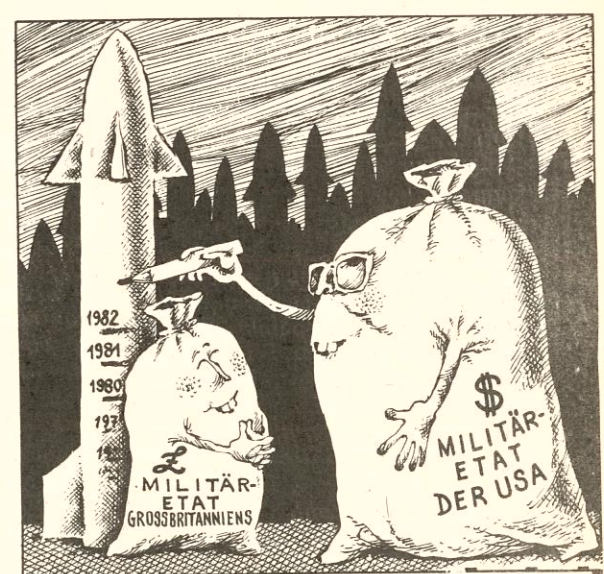
die Hälfte der Luft- und
Raumfahrttechnik.

Unter den gutgehend-
sten Betrieben des mili-
tär-Industrie-Komplexes
sind British Aerospace
Corp., General Electric,
Plessey Co., Rolls-Royce
und Westland Aircraft. In
den letzten 10 Jahren hat
jede dieser Firmen vom
Verteidigungsministeri-
um Aufträge in Höhe von 100
Mio Pfund Sterling erhal-
ten.

Doch die geschäftstüch-
tigen Generale holen nicht
nur Militäraufträge heraus.
Die erwähnte britische
Zeitschrift bemerkt, sie be-
wegten sich als Kontakt-
leute zwischen Konzernen
und Regierung und legten
ihre Wünsche der Kon-
zernchefs nahe.

Diesen „Wünschen“
dürfte die konservative
Regierung vermutlich ent-
gegenkommen, wenn sie
für das kommende Finanz-
jahr den Rekord-Vertei-
digungshaushalt von über
14 Md. Pfund Sterling
plant.

I. MONITSCHEW



REAGANOMIK CONTRA AMERIKANER

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Wie in vielen Ländern der nördlichen Hemisphäre, herrscht in Amerika frostiges Wetter. Von Atlanta im Süden bis Chicago im Norden schlagen die Tiefsttemperaturen die Rekorde des letzten Jahrhunderts. Sehr starke, manchmal orkanartige Winde machen eine Kälte von 30 Grad unerträglich. Bald in dem einen, bald in einem anderen Gebiet des Landes schließen Schulen und Fabriken, die Straßen liegen menschenleer da, die Chausseen scheinen für immer unter Schneewehen begraben. Zahlreiche Städte sind in einer Notlage, weil Stromversorgung und Verkehr lahmgelegt sind.

Die Kälte draußen macht die Wohnungen kalt. In New York allein werden täglich 10 000 Beschwerden über den Mangel von Heizung und Wasserversorgung eingereicht. Im Unterschied zu den früheren Jahren sehen sich nicht nur die ärmsten Viertel in Harlem und South Bronx in einer Notlage, sondern auch die „schönen“ Viertel von Brooklyn, Queens und Manhattan. Es gibt bereits über 150 Todesopfer in den ungeheizten Wohnungen, hauptsächlich alte Leute und Kleinkinder. Über Washington ist ein Passagierflugzeug wegen Vereisung von Rumpf und Tragflächen abgestürzt; 78 Personen fanden den Tod im eisbedeckten Potomac, nur eine Meile vom Weißen Haus entfernt.

Was die Versprechungen wert sind

Aber man wird an den heutigen Winter nicht nur wegen seiner ungewöhnlichen Strenge zurückdenken. Eine viel größere Angst löst der Sturz der wirtschaftlichen Kennziffern aus; sie zeugen davon, daß das Land, das sich nur mit Mühe und Not von der Rezession von Mitte 1980 erholt hat, erneut in eine Wirtschaftskrise hineinschlittert. Immer mehr Besorgnis rufen das Abenteuerium und der militante Antisowjetismus des Weißen Hauses hervor, das in der Außenpolitik nicht auf Vereinbarungen, sondern auf Gewalt setzt. Die Ergebnisse des vergangenen Jahres zusammenfassend, bemerkte James Reston, daß die Reagan-Administration „keine wirklich praktische Strategie für die Behandlung der komplizierten und gefährlichen Weltprobleme hat. Sie streitet sich mit ihren Gegnern und ihren Verbündeten, weil sie glaubt, sie könnte die Welt inner- und außerhalb des Landes nach eigenem Gutdünken ummodellern.“

Wohl deshalb erlebte der republikanische Präsident am Ende des ersten Jahres seines Amtierens den tiefsten Sturz der Popularität im Vergleich zu seinen Vorgängern seit Trumans Zeiten. Während der Wahlkampagne verstand Reagan die an die Wähler gewandte Frage „Denken Sie, daß Ihre Lage heute besser als vor einem Jahr ist?“ mit großem Vorteil für sich zu nutzen. Vor kurzem wurde diese Frage den Amerikanern erneut gestellt. Über 60% der Befragten verneinten sie. Jim Wright, der Sprecher der Mehrheit im Repräsentantenhaus, stellt fest: „Es kommt zu einem Erwachen, zu einer anwachsenden allgemeinen Unzufriedenheit.“ Bei derselben Befragung äußerten übrigens 67% der Teilnehmer die Überzeugung, daß sich die USA um eine Vereinbarung mit der UdSSR über die Rüstungskontrolle bemühen müssen. Lediglich 25% halten es für notwendig, das nukleare Potential zu erhöhen, und dies trotz der groß angelegten, systematischen Kampagne der Einschüchterung mit der „sowjetischen Bedrohung“.

Bei der Begründung seines Programms einer „wirtschaftlichen Genesung“ sagte Reagan, daß eine Senkung der Steuern und der Ausgaben in den nichtmilitärischen Haushaltsposten „das Land einen absolut anderen Kurs einschlagen lassen wird: einen Kurs zur Verringerung der Inflation, zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Gewährleistung einer schöneren Zukunft für alle unsere Bürger“. Die „Politik des Optimismus“, wie diese Versprechungen genannt werden, hat große Hoffnungen erweckt. Um so bitterer ist jetzt die Enttäuschung.

Reagan versuchte, den krassen Abbau der Sozialausgaben zu rechtfertigen, und gab einige Versprechungen. Erstens die inflationsbedingte Preiserhöhung aufzuhalten. Im Kongreß sagte er: „Jetzt wissen wir, daß die Inflation aus den Haushaltsdefiziten resultiert.“ Die Kürzung der Ausgaben sollte diesem Übel steuern und die finanzielle Stabilität herbeiführen. Die von der Administration vorgelegten Ziffern demonstrierten eine sukzessive Kürzung des Defizits bis zu seiner völligen Überwindung. Ende September erinnerte der Präsident in seiner Botschaft an die Nation an folgendes: „Als ich den Plan unserer wirtschaftlichen Genesung dem Kongreß vorlegte, sagte ich, daß wir eine unablässige Kürzung des Defizits anstreben werden, um bis 1984 seinen Ausgleich zu erreichen.“

Das Zurtückkommen auf das eigene Versprechen war nicht zufällig, neue Kürzungen des Haushalts, zusätzlich zu den vom Kongreß schon bestätigten, mußten vorgenommen werden. Diesmal wurde ihnen zugestimmt. Aber einen Monat später gab der Präsident öffentlich sein Versprechen auf, die Haushaltsdefizite zu verringern. Laut Regierungsschätzungen werden sie sich in den nächsten drei Jahren entsprechend auf 109, 152 und 162 Md. Dollar — beispiellose Zahlen in der USA-Geschichte — belaufen. Und was ist mit der Bekämpfung der Inflation? Eine solche Frage wird nicht mehr gestellt, weil es eine Antwort darauf nicht gibt. Wie William Niskanen, Mitglied der Gruppe der Wirtschaftsberater des Weißen Hauses, in Widerlegung des Präsidenten selbst sagte, „besteht zwischen Defiziten und Inflation kein direkter oder indirekter Zusammenhang“.

„Große Krise“?

Reagan versprach ferner, das Land aus dem Sumpf des wirtschaftlichen Versackens herauszuziehen, da auf den vorausgehenden Produktionsrückgang keine nennenswerte Belebung folgte. Schon im November behauptete er, um die zunehmende Empörung der Amerikaner zu dämpfen: „Unser Plan der wirtschaftlichen Genesung ist zuverlässig.“ Optimistische Zahlen (4- bis 5prozentiges Produktionswachstum) und das Mittel zur Erreichung dieses Ziels (höhere Investitionen dank niedrigeren Steuern) wurden genannt. Das wurde schon im Frühjahr versprochen als Gegenleistung für die Zustimmung der Gesetzgeber zu neuen Steuern. Die vom Kongreß bestätigte niedrigere Besteuerung sollte in 5 Jahren 750 Md. Dollar einsparen helfen. Die Höhe dieser Summe sprach für sich. Der Präsident versicherte: „Unser Steuervorschlag wird, wenn angenommen, einen sofortigen Impuls auf das Wirtschaftsleben der Nation ausüben, wo selbst eine geringfügige Verbesserung einschneidende Resultate zeitigen kann.“

Ein alarmierendes Signal ertönte im August, als die überhöhten Leihzinsen zum Rückgang im Automobil- und im Wohnungsbau führten. Im Dezember trat die wirtschaftliche Rezession in ihren fünften Monat und erfaßte die Produktion von Stahl, Eisen, Chemieprodukten, Elektromaschinen usw. Gegenwärtig

liegen alle Produktionskapazitäten etwa zu einem Drittel brach, das Bruttosozialprodukt verringerte sich im vierten Quartal 1981 um 5,2%, und nichts spricht für die Annahme, daß die zweite Wirtschaftszession der letzten andert-halb Jahre sich ihrem Ende nähert. Im Gegenteil, die Notwendigkeit, die Riesenlöcher im Bundeshaushalt durch neue Anleihen beim Leihkapital zu stopfen, treibt die Zinsen weiter in die Höhe, was den Umfang von Privatinvestitionen, die die Konjunktur beleben könnten, einschränkt. Leonard Silk, der Wirtschaftskommentator der „New-York Times“, fragt: „Kann heute eine erneute Große Krise wie die der 30er Jahre ausbrechen?“

Drittens schließlich versprach Reagan, die Lage mit der Beschäftigung zu verbessern und, wie er sich ausdrückte, „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ zu geben. Nach den jüngsten Angaben (Dezember 1981) beträgt die Arbeitslosigkeit 8,9%. Das ist der höchste Stand der letzten 43 Jahre. Das sind 9,5 Millionen Menschen. Rechnet man die 1,2 Millionen Arbeiter hinzu, die jede Hoffnung auf Einstellung aufgegeben haben und sich auf dem Arbeitsamt nicht registrieren lassen, so beläuft sich die Arbeitslosigkeit auf mindestens 10,7 Millionen.

Am schlimmsten ist sie unter den nationalen Minderheiten. So erreicht sie unter den Negern 17%, unter den jugendlichen Negern sogar über 50%. Je weiter die Rezession fortschreitet, desto häufiger werden nicht nur „Blaukragen“, sondern auch „Weißkragen“ — Techniker, Verwaltungs- und sonstige Angestellte, hochqualifizierte Arbeiter — entlassen. In Williamsburg (Brooklyn) sind 35–40% der arbeitsfähigen Bevölkerung offiziell als beschäftigungslos registriert, in Wahrheit sind es, wie ein Vertreter des dortigen Arbeitsamts meint, 78%. Donald Tarnoski, ein arbeitsloser Kranführer aus Woodhaven (Michigan), sagt: „Ich glaube, ich habe es bei mindestens 100 Stellen versucht. Aber es ist nicht so, daß ich und noch zwei oder drei andere da waren. Es waren außer mir jedesmal noch mindestens 300 andere, wohin man auch ging.“

Nun steht außer jedem Zweifel, daß das Programm der „wirtschaftlichen Genesung“ nicht etwa eine Sammlung zufälliger Maßnahmen ist, die einfach den Aufenthalt der Republikaner an der Macht markieren sollten. Vielmehr handelt es sich um eine durchdachte Langzeitoperation zur Überprüfung der Prioritäten und zur Umverteilung der staatlichen Einkünfte.

Es geht um eine Revision der Verpflichtungen, die Washington erstmalig unter Franklin D. Roosevelt während der Großen Krise übernahm, als die Arbeitslosigkeit katastrophale Ausmaße annahm und das Land an den Rand einer sozialen Explosion brachte. F. D. Roosevelts New-Deal-Kurs bestand darin,

daß die Regierung ein Programm der Hilfe für die Armen in Form von Zahlungen, der Sozialfürsorge, des Arbeitslosengeldes usw. verkündete, um jenen unter die Arme zu greifen, die von der Krise schwer mitgenommen waren. In den 30er Jahren wurde auch für die Reichen etwas getan: staatliche Subventionen und Anleihen, Steuersenkungen, Subventionen für den Ausrüstungsverschleiß und vieles andere, was dem Big Business über die schweren Zeiten hinweghalf. Seitdem hat sich dieses doppelte System durchgesetzt.

Bolívar trägt nur Reiche

In der Wirtschaftslage der USA sind tiefgehende Veränderungen eingetreten. Auf den Weltmärkten müssen sie immer wieder Konkurrenten Platz machen, und dies in so entscheidenden Zweigen wie dem Automobilbau, der Produktion von Stahl, Computern, Funk- und Elektronikausrüstungen. Die Produktion tritt seit Jahren auf der Stelle, auf wirtschaftliche Rezessionen folgt kein Aufschwung. Die chronischen und fortwährend wachsenden Haushaltsdefizite und die schwindelerregenden Staatsschulden (1981: eine Billion Dollar) drohen mit Währungskalamitäten. Indessen drängen die Militaristen das Land zu einer neuen Runde im Wettrüsten, was kolossale unproduktive Ausgaben bedeutet. All das ließ die Wahl ahnen: Wie in der bekannten Novelle O'Henrys kann Bolívar nicht zwei Personen auf einmal tragen.

Die Republikaner erklärten, sie wüßten, wie der vielgesichtigen Krise auf den Leib zu rücken sei. Das Rezept wurde geschickt durch klingende Phrasen und neue Versprechungen aufgewertet. Diesmal forderte niemand Opfer und verwies nicht auf bevorstehende Entbehrungen. Man brauche nur das Budget auszugleichen, und die Inflation werde verschwinden; man brauche nur die Steuern zu senken, und die vom Tribut an die Regierung befreiten Monopole würden nicht nur die Wirtschaft ankurbeln, sondern auch für allgemeines Wohlergehen sorgen. Man brauchte nur Geduld zu haben, bis diese Ideen zum Gesetz erhoben und verwirklicht werden.

Das war die Grundlage der Politik, die als „auf Angebot beruhende Wirtschaftstheorie“ bekannt ist. Ein Farmer aus Minnesota formulierte ihren Sinn kurz und klar: „Das ist die Theorie davon, daß, wenn man die Pferde füttert, auch für Spatzen was abfällt.“

Die Amerikaner haben sich nun ein ganzes Jahr geduldet und müssen ihre Geduld bezahlen. Während der Wahlkampagne sagten die Gegner der Republikaner, daß es keine Wunder gebe, daß man nicht zugleich Steuern senken, Militärausgaben erhöhen und das Budget ausgleichen könne. Selbstverständlich

hat das Wunder nicht stattgefunden. Doch gebrauchte man das Märchen von einem ausgeglichenen Budget, um mit dem Abbau der einen Hälfte des Regierungsprogramms zu beginnen, nämlich der Hälfte, die Hilfe für Unvermögende vorsieht. Die Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten der Regierung als Folge des wirtschaftlichen Rückgangs und der beispiellos hohen Militärausgaben läßt Platz nur für eine Hälfte. Wie die „Newsweek“ schreibt, wurde die „Richtung verändert, in der sich die Innenpolitik der Regierung seit 1933 bewegte. Nach fast 50 Jahren erweiterter Bereitstellungen aus dem Bundeshaushalt zur Abschwächung der Schläge, die die wirtschaftliche Wirklichkeit den Armen, Alten und den unprivilegierten Bevölkerungsschichten versetzt, baut Washington sowohl die Zahl der Menschen ab, die Hilfe aus den Bundessozialprogrammen beanspruchen würden, als auch die Höhe dieser Hilfe.“

Der Abbau

Der Rotstift wütet im Haushalt seit Beginn des Finanzjahres 1981/82 am 1. Oktober. Insgesamt wurden die Bewilligungen um 35 Md. gekürzt. Das betrifft etwa 250 Programme: das gesamte System der Hilfe, das in Jahrzehnten als Ergebnis des langen und qualvollen Kampfes der entrechteten Bevölkerungsschichten geschaffen wurde. Hier nur einige der Neuheiten, die über das Wesen der republikanischen Innenpolitik Aufschluß geben:

— Das Programm der Berufsausbildung für nationale Minderheiten und unqualifizierte Arbeiter wie auch das Programm der Sommerausbildung für die Jugend werden abgeschafft.

— Das Arbeitslosengeld wird nicht mehr für 39 Wochen ausbezahlt (dies war erlaubt, wenn die Arbeitslosigkeit im Lande über 4,5% lag), sondern für 26 Wochen; gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitsvermittlungstellen verringert worden, die Zahl ihrer Mitarbeiter wird sich verringern; das Budget des Arbeitsministeriums wurde um 30% gekürzt. (All das billigte der Kongreß in einer Zeit, als die Arbeitslosigkeit steil anstieg und nur 40% von den 9,5 Millionen registrierten Arbeitslosen die Unterstützung erhielten.)

— 875 000 Familien erhalten keine Nahrungsmittelhilfe mehr; für 5 Millionen Menschen wurde sie stark gekürzt.

— Die Bewilligungen für medizinische Hilfe an Unvermögende, alte Leute und Invaliden (insgesamt 29 Millionen) wurden gekürzt.

— Die Mietzuschläge wurden für 2,4 Mio Familien gesenkt, die finanzielle Hilfe beim Bau von Wohnungen für Minderbemittelte wurde beinahe auf die Hälfte reduziert.

(Die Bedeutung dieses Schrittes wird klar, wenn man bedenkt, daß die Mieten in den letzten Jahren besonders in Großstädten enorm

emporschnellen. In Washington z. B. kostet eine Zwei-Zimmer-Wohnung bereits 800 Dollar und in Manhattan mindestens 1000 Dollar im Monat. In Baltimore zahlt Barbara Sands, Mutter einer kinderreichen Familie, „nur“ 117 von 379 Dollar im Monat für eine Wohnung im ärmsten Viertel. Bisher kam die Regierung für die Differenz auf. Es ist nicht auszudenken, wie sich die Kürzung der Regierungszuschläge auf diese Familie auswirken wird. Ein Vertreter der New-Yorker Behörden sagte: „Die Menschen fühlen, daß sie bald überhaupt keine Bleibe haben werden.“ Er malt dabei ein keineswegs zu düsteres Bild.)

— Heizzulagen für unvermögende Familien werden gekürzt, was die Mieten noch erhöht. (Statistiken besagen: Im diesjährigen strengen Winter werden 1,5 Millionen Familien weder Heizung noch Licht haben.)

— Aufwendungen für die staatlichen Schulen wurden gekürzt, was vor allem die Entlassung von Lehrern (55 000 in diesem Jahr) bewirken wird. Die Zuwendungen für die Schulspeisung wurden um 1,5 Md. Dollar gesenkt. Schon kostet ein Schulfrühstück 1—1,5 Dollar am Tag, was vielen, besonders kinderreichen Familien unerschwinglich ist. (Vergleichsweise: Die Zuwendungen des Bundeshaushalts für 5 Kantinen des Pentagon betrugen im vorigen Jahr 1,44 Md. Dollar.) Wegen der 20prozentigen Kürzung der Subventionen werden viele Kindergärten und -krippen geschlossen.

Zugleich werden Ämter aufgelöst, die zur Verwirklichung der föderalen Programme bestanden. Bezeichnenderweise ging als erste die Verwaltung für gesellschaftliche Dienstleistungen ein, die 1973 das Amt für wirtschaftliche Möglichkeiten ablöste, welches für das gesamte Programm der Hilfe im Rahmen der „großen Gesellschaft“ zuständig war. Die Kürzung der Bewilligungen verurteilt das Amt für Betriebssicherheit zur Untätigkeit, desgleichen die Kommission, die den Verbraucher vor minderwertigen oder einfach gesundheitsschädigenden Erzeugnissen zu schützen hatte. Man könnte noch viele andere Stellen nennen.

„Uns fremde Leute“

Die Presse zitierte vor kurzem einen ungenannten Mitarbeiter des Weißen Hauses, der sagte: „Unsere Strategie ist einfach. Wir bauen all diese inneren Programme ab, weil es nicht unsere Leute sind, die das betrifft, und weil der Präsident, zumindest heute, nichts von einer Kürzung der Militärausgaben hören will.“ Nach amtlichen Angaben leben 30 Millionen Amerikaner unter der Armutsgrenze. Im Jahre 1980 stieg diese Zahl um 3 Millionen, das war die erste sprunghafte Er-

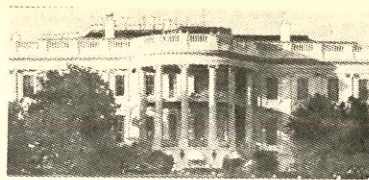
höhung nach der Krise von 1974/75.

Neben dem Abbau der direkten Bewilligungen für konkrete Programme wurde um 25% die finanzielle Hilfe an Großstädte und an die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten verringert, was die breiten Bevölkerungsschichten noch mehr schädigt. Für New York z. B. betragen diese Kürzungen eine Milliarde Dollar, eine gewaltige Summe für die Stadt, die 1975 Bankrott machte. Der Hinweis mag genügen, daß sie sofort 5 Md. Dollar braucht, nur um den völlig zerrütteten öffentlichen Verkehr in Ordnung zu bringen. Weitere 40 Md. sind notwendig, um die Kläranlagen, die Wasserversorgung, die Straßen und Brücken instand zu setzen bzw. zu bauen.

Zwei von je drei Großstädten kürzen die Ausgaben für öffentliche Zwecke und setzen zugleich die lokalen Steuern herauf. Der öffentliche Verkehr wird immer teurer: In Chicago stiegen die Kosten einer Busfahrt im vorigen Jahr von 60 auf 90 Cent, in New York von 60 auf 75 Cent. In diesen Tagen wird in der New-Yorker Subway eine Kampagne gegen Fahrgäste entfaltet, die nachgemachte U-Bahn-Marken einwerfen. Ein Fernsehreporter überraschte eine Frau in der U-Bahn mit der Frage: „Würden Sie eine nachgemachte Marke benutzen?“ Die Antwort war nicht wenig überraschend: „Selbstverständlich, wenn sich die Gelegenheit bieten würde. Die Fahrpreise sind ja grausam. Um die Arbeitsstelle zu erreichen, muß man ja praktisch eine zweite Arbeit haben.“

Mitte Januar besuchte Reagan New York, wo er seine Erwägungen über die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit äußerte. So sagte er, wenn jede Kirche im Lande 10 arme Familien unterhalte, könnte die Regierung überhaupt auf alle Sozialprogramme verzichten. Wohltätigkeit statt Arbeit? Aber selbst dieser Plan, der an einen Hohn grenzt, ist haltlos, schon deshalb, weil die Kirchen im laufenden Jahr ihre Hilfe an die Armen ebenfalls wegen Geldmangel auf die Hälfte kürzen. Ein Sprecher des Landeskirchenrates sagt: „Wir sind außerstande, ohne Teilnahme der Regierung dem Hunger ein Ende zu setzen.“ Selbstverständlich entdeckt er da kein Amerika.

In Reagans Botschaft „Über die



Lyndon B. Johnson
1964-69
\$42.0 bil.
Surpluses 1
Deficits 5

Richard M. Nixon
1970-74
\$68.7 bil.
Surpluses 0
Deficits 5

Gerald R. Ford
1975-76
\$124.5 bil.
Surpluses 0
Deficits 2

Jimmy Carter
1977-80
\$181.0 bil.
Surpluses 0
Deficits 4

Ronald W. R.
1981-
\$481.3
Surpluses
Deficits

And if the administration's preliminary estimates stay firm...

Ein Defizit des Bundeshaushalts von 481,3 Md. Dollar droht den USA-Bürgern nach den vier Jahren der Reagan-Administration. Diese Ziffer übertrifft bei weitem alle bisherigen „Rekorde“ der USA-Präsidenten in diesem Bereich.

Aus: „U.S. News & World Report“ (USA)

Lage der Nation“ vom 26. Januar erfuhr das Thema der weiteren Schwächung der Verantwortung der Bundesregierung seine weitere Entwicklung. Die Botschaft galt derselben Idee der „wirtschaftlichen Genesung“ à la Reagan. Mit einer einzigen Abänderung: Diesmal mußte der Präsident seine Politik nicht preisen, sondern in Schutz nehmen. Er gab die schwere Wirtschaftslage im Lande zu und versprach keine baldige Lösung der akutesten Probleme. Unverändert blieb das Rezept selbst. Außerdem gab der Präsident eine neue Kürzung der Sozialausgaben (um 63 Md. Dollar) und weitere Entlassungen von Staatsangestellten (75 000 Personen) bekannt.

Aber im Mittelpunkt der Botschaft stand der Vorschlag, das Programm der Nahrungsmittelhilfe und der Hilfe für kinderreiche Familien den Regierungen der Bundesstaaten zu delegieren. Dieser Vorschlag setzt die Programme selbst aufs Spiel, da die Behörden der Bundesstaaten einen akuten Geldmangel erleben, nicht zuletzt deshalb, weil die Hilfe des Bundeschatzamt unlängst um 11 Md. Dollar reduziert wurde. Das führt zur Zersplitterung der ohnehin äußerst beschränkten Mittel, was sich auf die Programme verheerend auswirken muß. Dafür hätte die Bundesregierung keine Verantwortung mehr, und dafür könnte schon

„NEUE ZEIT“ 6-82

allein die Idee der Hilfe für die unermögenden Amerikaner als abgetan gelten. Und das war doch auch der Zweck der Übung.

Vor diesem Hintergrund springt die Großzügigkeit Washingtons gegenüber Monopolen geradezu ins Auge. Ein Inserat aus „Wall Street Journal“: „Wenn Ihre Firma beabsichtigt, die Steuern für 1981 zu entrichten, so kennen Sie die neuen Gesetze nicht.“ Das ist nicht einmal übertrieben. Laut Berechnungen sicherte die Körperschaftssteuer Mitte der 50er Jahre 30% der Regierungseinkünfte aus der Besteuerung; bis 1986 wird dieser Anteil auf 7% sinken.

Zwei Amerikas

Es wurde schon gesagt, daß die Versprechungen, die Wirtschaft durch neue Investitionen in Gang zu setzen, haltlos waren. Das Big Business plant eine Verringerung der Investitionen 1982. Dafür wird im Lande eifrig fusioniert, die einen Gesellschaften verschlingen die anderen. Im vorigen Jahr wurden für den Aufkauf von 2000 großen Firmen rund 80 Md. Dollar aufgewendet. Im Jahre 1979 kontrollierten 3% der Gesellschaften 80% des gesamten Industriekapitals. Zweifelloso sind diese Angaben heute veraltet.

Und was ist mit den Antitrust-Gesetzen? Vor kurzem gab die Regierung die langjährigen Prozesse gegen solche Giganten wie die International Business Machines und die American Telephone and Telegraph auf. Vor wenigen Tagen wurde der Prozeß gegen acht Erdölkonzerne, die gegen die Gesetze verstießen, eingestellt. All das garantiert, daß die durch die gesenkten Steuern beschleunigte Monopolisierung weitergehen wird. Schon gab die Mobil Oil ihre Absicht bekannt, 15–25% der Aktien der U.S. Steel zu kaufen, und die Coca-Cola will sich die Columbia Pictures, eine gigantische Filmgesellschaft einverleiben. Flüssige Mittel werden nicht zur Erweiterung der Produktion, auch nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet, wie Reagan versprochen, sondern für den Erwerb schon bestehender Unternehmen.

Mehr noch, alles läßt darauf schließen, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf ganz bewußte Handlungen der Administration zurückzuführen ist. Davon zeugen die Massenentlassungen staatlicher Angestellter, die bisher gegen die Arbeitslosigkeit gefeit schienen, und der Abbau der Beschäftigungsprogramme. Dazu trägt auch die Verlegung von Kapital aus dem zivilen in den militärischen Sektor bei. Es wurde berechnet, daß jede Steigerung der Militärausgaben um 1 Md. Dollar das Land um 10 000 Arbeitsplätze bringt.

Der Feuilletonautor Russel Baker bemerkte einmal: „Offensichtlich ist „NEUE ZEIT“ 6-82

Arbeitslosigkeit eine Ehrenform des Dienstes an unserer Nation.“ Heute wirkt das nicht mehr als Übertreibung. Wie Larry Speakes, Pressesekretär des Weißen Hauses, erklärte, ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit „der Preis, den man für die Senkung der Inflation zahlen muß“. Der Verzicht der Regierung auf die sozialen Verpflichtungen und die damit zusammenhängenden Aufwendungen sind der Preis für das Florieren der Monopole angesichts der abflauenden Wirtschaft. Der Weg dazu ist, die Finanzen der Bundesbehörden aus dem öffentlichen Sektor in den militärischen und in die Hände der Finanzmagnaten zu übergeben. Es ist kennzeichnend: 70% der Kürzungen der Bewilligungen aus dem Bundeshaushalt fielen auf einen nur 14prozentigen Anteil des Haushalts. Die Steuerpolitik des Haushalts wird nicht vom wirtschaftlichen Standpunkt, sondern vom Klassenstandpunkt gehandhabt, nicht zur Belebung der Geschäftsaktivität, sondern zur Vertiefung der sozialen Ungleichheit. Nicht von ungefähr wurde der 1. Oktober, an dem die „neuen Anfänge“ der Reaganomik in Gang gesetzt wurden, ein „Tag der Schmach“ genannt. Kein Wunder, daß eine von der Zeitschrift „U.S. News & World Report“ unter den Leitern der größten Konzerne angestellte Befragung dem Präsidenten die höchste Zensur für seine Tätigkeit im vergangenen Jahr einbrachte. Vicki Williams, die in einer Gesellschaft der elektronischen Industrie beschäftigt ist, hat ihre eigene Meinung dazu: „Reagan scheint uns zu sagen: Die USA sind

ein versinkendes Schiff, aber wenn wir uns ein Herz fassen und ein paar Menschen über Bord werfen, können wir die Last erleichtern; dann wird das Staatsschiff vielleicht wohlbehalten die Küste erreichen.“

Die Reaganomik ist eine großangelegte Operation. In ihrem Rahmen wird das Nationaleinkommen von den zwei Dritteln der Bevölkerung, die auf den unteren Stufen der sozialen Leiter steht, zugunsten der 10% auf den oberen Stufen umverteilt. Diese Zahlen haben wir von Henry Reuss, Vorsitzender des Vereinigten Wirtschaftsausschusses des Kongresses, dem man wohl kaum eine Vorliebe für die werktätigen Amerikaner nachsagen kann. Der Krieg gegen Armut hat sich als Krieg gegen die Armen erwiesen.

Die Kluft zwischen beiden Amerikas wird immer weiter. Wie sehr, zeigen z. B. die Preise in den Geschäften der Fifth Avenue. Dort kann man eine Taschenuhr für 160 000 Dollar oder eine Armbanduhr für 20 400 Dollar, einen Zahnstocher aus Platin für 138 Dollar, eine Papierklammer aus reinem Gold für 185 erstehen. Das Weiße Haus kaufte im September ein chinesisches Service für 209 508 Dollar, 1000 Dollar je Teil.

Zwei Monate später teilten die Zeitungen mit, daß in einer staatlichen Schule von Brooklyn Kinder, die kein Geld für das Schulfrühstück haben, Überreste des Frühstücks jener Kinder erhalten, die vorläufig das Geld haben.

Nein, zwei Amerikas ist kein bloßes Wort. Vielmehr der harte Alltag. New York

BIOGRAPHISCHES



PRÄSIDENT DER REPUBLIK FINNLAND MAUNO KOIVISTO

In den 50er Jahren war er Direktor der Verwaltung für Hafenarbeiten in Turku, Lehrer und Inspektor in der Kommunalverwaltung.

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (SPFi) seit 1947. Hatte nie Parteiposten inne.

Ab 1958 arbeitete Koivisto im Finanzbereich, war geschäftsführender Direktor der Helsingfors Arbeiterparkasse, seit 1968 Generaldirektor der Bank von Finnland. Gehört zur Leitung mehrerer großer Genossenschafts-, Finanz- und Sozialeinrichtungen.

In den 60er und 70er Jahren war er zweimal Finanzminister, von 1968

bis 1970 und von Mai 1979 bis September 1981 Ministerpräsident. Im September 1981 wurde er wegen der Krankheit Urho Kekkonens amtierender Präsident der Republik.

Weilte mehrere Male in der UdSSR, zum letzten Mal im Juli 1980 als Ehrengast der Olympischen Spiele.

Im November 1981 wurde Koivisto auf der Sitzung des Rats der SPFi einstimmig als Präsidenten kandidat der SPFi aufgestellt.

Am 26. Januar wählte das Wahlmännerkollegium Mauno Koivisto zum Präsidenten der Republik Finnland, und am 22. Januar trat er sein Amt offiziell an.

NACH DEM FEIERTAG

Von unserem Sonderberichterstatte
Leonid SHEGALOW

Wenn es in Delhi zu tagen beginnt, wird als erstes das Tor Indiens sichtbar — ein imposantes Bauwerk.

Zu einem bestimmten Zeitpunkt scheint dann die Sonne durch den Bogen, und man hat den Eindruck, ihre Strahlen eilten über die drei Kilometer lange Raj-Path-Allee auf den Präsidentenpalast Rashtrapati Bhavan, das Symbol des indischen Staatswesens, zu. Dieser Palast wurde Residenz des Präsidenten am 26. Januar 1950, als das im August 1947 unabhängig gewordene Land sich zur Republik erklärte.

Ergebnis der Jahre

Natürlich verlief die Vorwärtswicklung der Republik nicht so schnell, wie die Sonnenstrahlen morgens über die Hauptstraße Neu-Delhis eilen. Es gab auch diese Tage. Aber der junge unabhängige Staat kann, nachdem er sich an die Realisierung demokratischer Umgestaltungen im Innern machte und auf der internationalen Ebene sich dem antiimperialistischen Kampf anschloß, mit vollem Grund stolz auf die Ergebnisse dieses Kurses sein.

Nach dem Umfang der Industrieproduktion gehört Indien heute zu den zehn führenden Staaten der Erde. Einen gewichtigen Beitrag dazu leisteten die Betriebe des staatlichen Sektors, deren Produktionsumfang allein im Finanzjahr 1980/81 um 10% wuchs. Industriewaren haben einen immer größeren Anteil am Export Indiens. Im letzten Jahrzehnt stieg dieser Export wertmäßig fast auf das Siebenfache. Muß man Wichtigkeit dieses qualitativen Wandels angesichts der Tatsache betonen, daß einige Entwicklungsländer, die sich auf den Rohstoffexport konzentrierten, zu Paupers der kapitalistischen Weltwirtschaft wurden? Mehr noch, Indien leistet selbst anderen Ländern Hilfe bei der Errichtung von Industriebetrieben und bei der Erlernung der modernen Technologie, nimmt es doch nach der UdSSR und den USA den dritten Platz nach der

Zahl der Ingenieure und Techniker ein. Es ist auch völlig gesetzmäßig, daß Anfang dieses Jahres eine indische wissenschaftliche Expedition zur Antarktis mit dem Ziel reiste, sich an der friedlichen Erforschung des „weißen Kontinents“ zu beteiligen. Indien wurde vollberechtigtes Mitglied des „kosmischen Klubs“, seine Sputniks kreisen im All.

Die Inder erfreuen auch einige rein irdische Angelegenheiten. Das Land wurde praktisch zum landwirtschaftlichen Selbstversorger. Die Getreideernte lag z. B. in den letzten Jahren bei durchschnittlich 130 Mio t. Auch in dieser Hinsicht ließ sich Indien nicht in die Lage eines Opfers der Nahrungsmittelkrise bringen, in die viele Länder der dritten Welt gerieten.

Um die in vieler Hinsicht noch unberührten wirtschaftlichen Reserven besser zu erschließen, rief die Plankommission 1982 zum „Jahr der Produktivität“ aus. Gleichzeitig stellte die Regierung Indira Gandhis Mitte Januar ein sozialökonomisches Programm mit 20 Punkten auf. Es zielt vor allem auf die Erleichterung der Lage der minderbemittelten Schichten.

Indien stand an der Quelle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Die in dieser einflußreichen politischen Strömung der Gegenwart verankerte antiimperialistische Richtung charakterisiert auch heute seine Außenpolitik. Das sichert Delhi eine hohe Autorität bei den Kämpfen gegen Kolonialismus und alle Formen der Rassendiskriminierung, für gleichberechtigte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer zu den kapitalistischen Industriestaaten. In konstruktivem Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sowie gemeinsam mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften tritt die 700 Mio Einwohner zählende asiatische Macht aktiv für die Lösung derartiger Kardinalprobleme der Gegenwart ein wie Abrüstung, Verhinderung von Kriegen, Beseitigung „heißer Punkte“ auf der Erde und Ausweitung der Entspannung auf alle Regionen der Welt.



Das unbestreitbare internationale Prestige der Republik Indien und ihre Errungenschaften beim nationalen Aufbau sind das Resultat der Realisierung der vom ersten Ministerpräsidenten des unabhängigen Indiens, Jawaharlal Nehru, ausgearbeiteten Innen- und Außenpolitik.

Sie liegt auch dem Kurs des Indischen Nationalkongresses (I) zugrunde. Diese Partei kehrte nach einer dreijährigen Pause im Januar 1980 an die Macht zurück. In den letzten zwei Jahren gelang es in gewissem Maße, die zu Beginn des Jahrzehnts galoppierende Inflation zu zügeln, die Produktion in einigen Schlüsselzweigen der Industrie zu steigern und, was die Hauptsache ist, einen Vorlauf für die Zukunft zu schaffen. In dieser Zeit wuchs die internationale Rolle Indiens als friedliebender Staat noch mehr.

Diese positiven Veränderungen der letzten Jahre wie auch den allgemeinen Fortschritt des Landes in den früheren Jahren der INC-(I)-Regierung verbindet man nicht zuletzt mit der persönlichen Tätigkeit der Ministerpräsidentin und Parteiführerin Indira Gandhi. Laut einer im Januar von der Zeitschrift „India today“ veröffentlichten Meinungsumfrage „bleibt die Popularität Indira Gandhis unbestreitbar“. Das bezeugt das Vertrauen der meisten Inder zur Außenpolitik der von Indira Gandhi geführten Regierung, bezeugt die Hoffnungen, die von ihrem Kabinett zur Lösung der außerordentlich komplizierten Probleme des Landes unternommenen Anstrengungen mögen Ergebnisse zeitigen.

Leider gibt es viele Probleme: ein gewisses Wachstum der Lebens-

haltungskosten, die weiterhin bestehende Arbeitslosigkeit, die Aktionen von Separatisten in einigen Staaten, blutige Zusammenstöße durch Überbleibsel des Kastenwesens und ethnisch-religiöser Konflikte, Fälle von Korruption im Staatsapparat.

Die Ungelöstheit einiger sozial-ökonomischer Probleme schafft eine gewisse Spannung in der indischen Gesellschaft. Jetzt verschärft sie sich noch durch die für die nächsten Monate geplanten Teilwahlen zum Oberhaus des Parlaments, die Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen einiger Staaten und schließlich die bevorstehenden Neuwahlen des Präsidenten.

Die rechten bürgerlichen Parteien wollen einen einheitlichen Oppositionsblock bilden. Ihre Vertreter spekulieren auf die objektiven Schwierigkeiten und auf die breit bekannt gewordenen Kasten- und ethnisch-religiösen Zusammenstöße hier und dort. Wie aber indische Journalisten im Gespräch betonen, blühen Kastenhaß und lokale Streitigkeiten besonders zu der Zeit auf, als jene Kräfte regierten, die jetzt in einer einheitlichen Front auftreten wollen. Die rechte Opposition macht sich jedoch derzeit überhaupt keine Gedanken über die während der eigenen Regierungszeit gesammelten Erfahrungen. Nach einem Ausdruck der Wochenzeitschrift „Mainstream“ treibt sie nur eine Idee — „Indira Gandhi zu stürzen“.

Diese Zeitschrift stellt folgende Fragen: Kann man die Verhöhnung der „Unberührbaren“ stoppen ohne die agrarischen Beziehungen auf dem Lande und das tief verwurzelte Kastensystem überhaupt anzutasten? Kann man die ethnisch-religiösen Unruhen stoppen, ohne gegen die feudalen Überbleibsel zu kämpfen? Kann man die Arbeitslosigkeit senken, ohne unsere wirtschaftlich-sozialen Einrichtungen zu ändern? Kann man die Besitzunterschiede verringern, ohne die sozialökonomischen Prioritäten zu ändern?

Die rechte Opposition gibt auf diese Fragen jedoch keine Antwort. Die linke Opposition aber, die für die beschleunigte Beseitigung der sozialen Ungleichheit und für die Lösung des akuten Problems der Lebensmittelversorgung für Millionen Menschen eintritt, ist in bedeutendem Maße zersplittert.

„Die pakistanische Karte“

Dennoch stellt jeder, mit dem man in diesen Tagen spricht, unabhängig

von seiner innenpolitischen Einstellung immer den unbestreitbaren Fortschritt der Republik fest. Und er fügt hinzu: Er könnte größer sein, gäbe es nicht die erzwungene Erhöhung der Verteidigungsausgaben. „Jetzt müssen wir mehr für Verteidigungszwecke ausgeben“, unterstrich Indira Gandhi am 14. Januar in einem Appell an die Nation anlässlich des zweiten Jahrestages ihres Amtsantrittes.

Das hängt unmittelbar mit der hemmungslosen Militarisierung des benachbarten Pakistans zusammen. Aber wirklich Schuld daran, daß Indiens Ressourcen der Produktion weggenommen und aus diesem Grund einige Programme nicht erfüllt werden, daß die Lage an den Grenzen sich verschärft, tragen die Vereinigten Staaten und China. Weshalb?

Washington will Pakistan in ein wichtiges Glied der „strategischen gegenseitigen Verständigung“ verwandeln, in die die USA mehrere Länder Süd- und Südwestasiens hineinzuziehen versuchen. Besonders Pakistan möchte es die Rolle einer Transitbasis für die US-Eingreiftruppe zuweisen, die von den Basen auf Diego Garcia und den Philippinen in das Gebiet des Persischen Golfs verlegt wird. Peking seinerseits vergibt an Pakistan die Rolle eines „Unruhestifters“ in der Region und beutet es im Interesse der Errichtung seiner Hegemonie in Südasien aus.

Islamabad wiederum bemüht sich, unter Ausnutzung des Interesses der USA und Chinas die eigenen, lokalen Ambitionen zu befriedigen. Aus Peking erhielt es bereits verschiedene Waffen für 2 Md. Dollar. In Erfüllung der vor kurzem geschlossenen Abmachung über Militär- und Wirtschaftshilfe an Pakistan im Wert von 3,2 Md. Dollar beginnt die Lieferung von Rüstungen aus den USA, zusätzlich zur Lieferung einiger Arten von Militärtechnik auf kommerzieller Grundlage. Das Land ist bereits in ein Lager der afghanischen Konterrevolution verwandelt. Gleichzeitig aber muß man beachten, daß die Hauptmasse der pakistanischen Streitkräfte an der Grenze zu Indien zusammengezogen wird. Gerade dorthin gehen vor allem die amerikanisch-chinesischen Waffenlieferungen!

Im Gegenzug für die Befriedigung der den Frieden in Hindustan gefährdenden Ambitionen der soldatischen Herrscher Pakistans erhalten die USA, um einen Ausdruck der indischen Wochenzeitschrift „Organizer“ zu verwenden, eine „strategische Kompensation“ — das Einverständnis Islamabads zur Benut-

zung des Landes im Rahmen der allgemeinen US-Strategie in Asien.

Natürlich ist Indien über die pakistanische Hochrüstung besorgt und ergreift entsprechende Maßnahmen. Aber Delhi blickt weiter. Man erkennt hier, daß Pakistan nicht nur zu einem antiindischen Aufmarschgebiet, sondern zu mehr wird: zu einem Vermittler des militaristischen Kurses der USA in Asien. Deshalb ist Indien nicht nur um die eigene Sicherheit besorgt. Es sieht in den gegenwärtigen US-Schemata eine Untergrabung der Stabilität in der ganzen Welt. Aus diesem Anlaß sagte Indira Gandhi Ende 1981 im Parlament: „In den letzten 10 Jahren verdoppelte Pakistan seine Verteidigungsmacht. Wir protestierten damals nicht. Aber die heutigen Schritte unterscheiden sich qualitativ davon. Es sieht so aus, als ob die Streitkräfte Pakistans wieder Teil einer größeren strategischen Umverteilung der Kräfte in der Region werden, die sich vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean erstreckt, vom Indischen Ozean zwischen ihnen ganz zu schweigen. Das ist es, was uns beunruhigt.“

Gleichzeitig begann Indien mit Pakistan Vorverhandlungen über einen Nichtangriffspakt. Dazu kam Ende Januar Pakistans Außenminister Agha Shahi nach Delhi. Es wurde vereinbart, eine ständige gemeinsame Kommission für Handelsförderung, andere zweiseitige Kontakte und die friedliche Lösung strittiger Probleme einzurichten.

So sind also die hier ergriffenen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit, die Entlarvung des Hintergrundes der Militarisierung Pakistans und diplomatische Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu diesem Lande Ausdruck des friedlichen Charakters der Politik Indiens und seiner Entschlossenheit, die weitreichenden Pläne der USA und Chinas zur Destabilisierung der Lage in Asien zu durchkreuzen.

Hinter den amerikanisch-chinesischen Intrigen auf dem Subkontinent verbirgt sich noch ein weiteres Ziel.

Der Direktor des Indischen Instituts für Weltfriedensforschung, Harbhajan Singh, sagte mir: „Manch einer möchte offenbar Indien die Hände und Füße binden und dieses Land von Weltrang zwingen, sich ausschließlich um die an seinen Grenzen geschaffenen Probleme zu kümmern, es von der Teilnahme an der Lösung der Kardinalfragen der Gegenwart abhalten und seine Tätigkeit in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen paralisieren...“

Das ist nicht zufällig. Der Beitrag des nichtpaktgebundenen Indiens zum Kampf der Völker gegen den Kolonialismus und für die Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf gerechter Basis ist bekannt. Auch jetzt regte es an, Ende Februar in Delhi eine Konferenz der Entwicklungsländer zu Problemen der Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen ihnen sowie zum Problem der Beziehungen zwischen dieser Ländergruppe und den kapitalistischen Industriestaaten abzuhalten.

Engere Beziehungen zur UdSSR

Die Entwicklung der sowjetisch-indischen Beziehungen in den letzten Monaten kann man symbolisch nennen, weil sie die Tiefe und

Monat applaudierten die Inder dem Start des indischen Sputniks „Bhas-kara-2“ mit einer sowjetischen Trägersrakete von einem sowjetischen Kosmodrom.

Im Dezember fand in ganz Indien ein Monat der sowjetisch-indischen Freundschaft von wahrhaft grandiosen Ausmaßen statt. Er war zwei Jubiläen gewidmet: dem 20. Jahrestag des ersten Besuchs Leonid Breschnews in Indien und dem ersten Jahrestag seines letzten Besuchs in diesem Lande. Als Leonid Breschnew seinen 75. Geburtstag feierte, erschien in Delhi im Verlag „Allied Publishers“ das ihm gewidmete Buch „Ein treuer Freund Indiens“. Darin heißt es, „das Volk Indiens weiß seine hervorragenden menschlichen Eigenschaften, seine edlen Anstrengungen zur Erhaltung und Festigung des Friedens auf der Erde und seine aktive Rolle bei der Stärkung der indisch-sowjetischen Beziehungen hoch zu schätzen.“

Diese Beziehungen werden von Tag zu Tag enger.

* * *

Der 26. Januar, der Tag der Republik, wurde in Delhi mit einer Militärparade und einer farbenfreudigen Manifestation von Abgesandten aller indischen Staaten begangen. Die Demonstranten gingen oder fuhren auf speziellen Wagen auf der breiten Allee, die sich vom Tor Indiens zum Präsidentenpalast erstreckt. Unter ihnen war auch der 19jährige Paul Gautam aus dem Staat Panjab. Ich lernte ihn schon

einige Tage davor in einem Lager für die zur Teilnahme an den Feierlichkeiten eingeladenen Jugendlichen kennen. Als die Parade vorbei war, fragte Paul: „Haben Sie gesehen, wo die Sonne bei uns aufgeht?“ Er wies mit dem Arm in die Richtung der von der untergehenden Sonne erleuchteten Tore Indiens.

Delhi, im Januar

Mehr als anderthalb Jahre brauchte das Bundesgericht des Ostdistrikts des Staats New York, um am 31. Juli v. J. das Urteil zu fällen, dem US-Bürger Karl Augustovich Juliusovich Linnas, geboren in Tartu, Estnische SSR, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Der Fall wurde unter Beteiligung der verantwortlichen Mitarbeiter des Büros für Sonderuntersuchungen der Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörden im Justizministerium der USA Rodney Smith und Martha Talley geprüft, die in die Estnische SSR fuhren, um dort Material über Linnas zu sammeln.

Kapriolen der US-Justiz

Formell begann die Sache für die amerikanische Rechtsprechung am 17. Mai 1951, als Karl Linnas im USA-Konsulat in München erschien und eine eidesstaatliche Erklärung abgab, in der er behauptete, eine „Displaced Person“ zu sein. Am gleichen Tag erhielt er mit Hilfe eines Mitarbeiters des militärischen Abwehrdienstes der USA ein Einreisevisum.

In dem Gerichtsurteil wird festgestellt, Karl Linnas habe damals vor dem US-Konsulat falsche Angaben gemacht und danach unter Eid Mitarbeiter der Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörde belogen. Anhand von Sach- und Schriftbeweisen konnte das Gericht feststellen, Karl Linnas sei ein Lügner und Meineidiger, der außerdem mehrfach gerichtlichen Ladungen nicht nachgekommen war, sich weigerte, Dokumente und Zeugnisse vorzulegen, also das Gericht mißachtet habe. Der amerikanischen Gesetzgebung nach steht darauf eine Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren. Die US-Justiz jedoch zeigte dem Verbrecher gegenüber ungewöhnliche Milde. Sie beschränkte sich lediglich darauf, Karl Linnas die US-Staatsbürgerschaft zu entziehen, ohne die Verbrechen des Angeklagten zur Kenntnis zu nehmen. Diese aber sehen so aus:

Seit Juli 1941 hatte Karl Linnas, wie das während des Verfahrens unwiderlegbar festgestellt wurde, Führungsposten in der faschistischen estnischen Organisation „Omakaits“ (Selbstschutz) inne und war ein ergebener Diener seiner Naziherren. Besonders zeichnete er sich als Chef des KZ Tartu aus, in dem über 12 000 Menschen ausgerottet wurden.

Gemäß einer Aussage des SS-Obersturmführers von Bodmann bestanden am 1. Februar 1944 im faschistisch besetzten Estland mehr als 20 solche Lager.

Im Juli 1942 schleppten die deutschen Faschisten 3000 Menschen auf die Kalevi-Hügel und erschossen sie dort. 1943 und 1944 wurden auf diesen Hügeln von den Faschisten systematisch friedliche Bürger ausgerottet.



Die indische Ministerpräsidentin I. Gandhi empfing die Vorsitzende des Präsidiums des Verbands der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, Sinaida Kruglowa, die Ende Januar nach Delhi kam, um an der Eröffnung des Hauses für sowjetische Wissenschaft und Kultur teilzunehmen.

Foto: TASS

Breite der vielfältigen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und Völkern widerspiegelt.

Im November begrüßte das Land die Eröffnung einer Linie der troposphärischen Verbindung zur Sowjetunion. Die Presse nannte sie eine „Brücke der Freundschaft“, die den Hang unserer beiden Völker zur Verständigung zeigt. Im gleichen

VERHÖHNUNG DER GEFALLENEN

Michail RAGINSKI, Berater
des Hauptanklägers der UdSSR
beim Nürnberger Prozeß

Die Henkerrolle spielten spezielle „Einsatzkommandos“ Himmlers und des Generalstabs des Heeres. Die „Einsatzgruppe A“ hatte, wie es im Gerichtsurteil zum Fall Linnas heißt, eine Hauptaufgabe auszuführen. Mitte Januar 1942 meldete der Gestapo- und SD-Chef, daß Estland judenfrei sei.

Während des Gerichtsverfahrens wurde anhand von Beutedokumenten und anderen Beweisstücken geklärt, daß Linnas freiwillig zur SS gekommen war, wo er den Rang eines Untersturmführers hatte und bis zum Juli 1944 im 38. Polizeibataillon diente. Allein das wäre Anlaß gewesen, gemäß dem Urteil des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg und dem Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats in Deutschland vom 20. Dezember 1945 (das übrigens auch die Unterschrift des Vertreters des US-Präsidenten trägt) Linnas als Mitglied einer verbrecherischen Organisation des deutschen Faschismus vor Gericht zu stellen und zu einer Haftstrafe zu verurteilen. Außerdem wurde eindeutig bewiesen, daß Linnas unmittelbar an Massenerschießungen und Greueltaten beteiligt gewesen war und sich das Eigentum Ermordeter angeeignet hatte.

Zeugen sagen aus

Im April 1981 erhielten Rodney Smith und Martha Telly Protokolle von Zeugenaussagen sowjetischer Bürger, die auf Bitte der amerikanischen Seite, Rechtshilfe im Fall des faschistischen Kriegsverbrechers Karl Linnas zu leisten, befragt worden waren. Smith und Telly wohnten nicht nur den Zeugenverhören bei, sondern beteiligten sich mit aktiven Fragen daran, wobei sie sehr hohe Versiertheit und Rechtskenntnisse an den Tag legten. So wurden dem Zeugen Oscar Art, Fahrer des Busses, der auf Befehl von Linnas die Opfer zum Hinrichtungsort brachte, und der beim Verhör erklärte, diese seien von „Leuten der Omakaitse“ erschossen worden, von Smith rund 70 und von Telly über 15 Fragen gestellt.

Der ehemalige Lagerschutzmann und Angehörige der „Omakaitse“ Hans Laats sagte aus, etwa zweimal pro Woche seien Menschen zur Erschießung geführt worden, an der Karl Linnas persönlich beteiligt war. Hier Auszüge aus dem Vernehmungsprotokoll Laats: „Er gab den Schießbefehl und versetzte den Menschen, die noch Lebenszeichen

von sich gaben, Genickschüsse. Unter ihnen waren auch schwangere Frauen. Im KZ hat Linnas Häftlinge geschlagen... In dem Mordkommando, dessen Anführer Linnas war, gab es begeisterte Mörder, blutrünstige Leute.“ Das Eigentum von Erschossenen, so versichert Laats, sei Linnas in die Hände gefallen.

Ein anderer KZ-Wächter, den Linnas selbst in Dienst genommen hatte, war Olav Karikosk. Er erhielt im Oktober 1941 von Linnas den Befehl, zusammen mit ihm zum Hinrichtungsort zu fahren. Die Erschießungen gingen genauso vor sich, wie sie Laats geschildert hatte. Karikosk identifizierte Linnas eindeutig als Lagerchef.

Elmar Puusepp sagte aus, der Mann, den er als Linnas gekannt hatte, habe im Tartuer KZ persönlich Häftlinge aus den „Todesbaracken“ zum Ort der Massenerschießungen gebracht. Der Zeuge erinnerte sich, daß Linnas ein 5- bis 6jähriges Mädchen mit einer Puppe von etwa dergleichen Größe wie es selbst in den Bus setzte. Am gleichen Abend brachte einer der Wächter die Puppe zusammen mit der Kleidung und den persönlichen Dingen der Erschossenen in die Lagerdeponie.

Der Zeuge Artur Jaske gibt an, er habe selbst gesehen, wie Linnas zusammen mit einem deutschen Helfer in seinem eigenen „Adler“ hinter dem Bus hergefahren sei, der die Häftlinge zur Erschießung brachte.

Auf die Frage von Smith: „Wissen Sie nicht, wo Linnas sich jetzt aufhält?“ antwortet der Zeuge: „Ja, ich kenne seine Adresse. Darüber haben sogar die Zeitungen geschrieben.“

Eine bemerkenswerte Aussage! Jeder wußte, daß in den USA ein faschistischer Henker lebt, den niemand belästigte. Die Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörde gab sich den Anschein, den Aufenthaltsort von Linnas nicht zu kennen.

Die Helfershelfer des Henkers

Bereits 1970 stellte der Mitarbeiter des Büros für Sonderuntersuchungen im US-Justizministerium Tony Devito fest, daß seit 1950 unter dem Namen Ryan die ehemalige Aufseherin der Todeslager Maydanek, Ravensbrück und Dachau Hermina Braunsteiner in den USA lebte, die an Quälereien und der Er-

mordung von Häftlingen beteiligt war. Devito machte Augenzeugen ausfindig, und als seine Vorgesetzten diesen Zeugen die Reisekosten verweigerten, wandte sich der Untersuchungsrichter an seine Bekannten um Geldspenden. Eine aus Polen angereiste ältere Frau hatte selbst gesehen, wie die Braunsteiner in Maydanek Kinder auf einen Lastwagen geworfen hatte, der sie zu den Gaskammern fuhr. Ein Kind war vom LKW gesprungen und wollte sich verstecken. Die Aufseherin holte es ein, schlug es nieder und zerschmetterte ihm mit einem Nahschuß den Kopf. 1974 endlich wurde die Braunsteiner in die BRD ausgewiesen (neben Polen hatten auch bundesdeutsche Gerichte ihre Auslieferung beantragt, obwohl es kein zwischenstaatliches Abkommen über die Auslieferung von Verbrechern zwischen den USA und der BRD gab).

Tony Devito sammelte Dokumente über 144 Kriegsverbrecher, die unbeteiligt in den USA leben. Unter ihnen waren so eingefleischte Henker, denen gegenüber die Braunsteiner, wie Devito sagte, geradezu ein ABC-Schütze war. Er besaß auch ein Dossier zu Karl Linnas, der in der Stadt Greenlawn wohnte. Über Devitos, den man wegen seiner Enthüllungen entlassen hatte, berichtete die „Prawda“ vom 11. September 1977.

Während des kalten Krieges wurden ehemalige Hitleranhänger und ihre Helfershelfer fast in ganzen Schiffsladungen in die USA verfrachtet. Vielleicht hätten sie bei der Bekämpfung des Kommunismus gebraucht werden können. Nach Angaben des Mitarbeiters der Washingtoner „Star News“ M. Satchell decken die US-Behörden bis zu 1000 Kriegsverbrecher, von denen viele für die CIA arbeiteten und arbeiten. So den Kriegsverbrecher Edgars Lapieniks, der freimütig damit prahlt, die CIA habe ihm eine Art Schutzbrief „bis zum Tode“ ausgestellt. Beweise für die eindeutige Rücksichtnahme der Behörden in den USA, in Großbritannien, der BRD und einigen anderen Ländern gegenüber Nazihebern gibt es mehr als genug.

In London und Washington unlängst freigegebene Regierungsdokumente seien, wie ein bekannter Publizist in der „New York Times“ schrieb, ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die USA und Großbritannien in Verletzung ihrer Bündnisverpflichtungen und ihrer moralischen Pflicht vor der Menschheit Hunderten Naziverbrechern ermöglichten, der gerechten Vergeltung zu entgehen, und die faschistischen Mörder deckten.

Urteil ohne Strafe

Wenden wir uns jedoch wieder dem Urteil des Bundesdistriktsgerichts der USA im Fall Linnas zu. Dessen Verteidiger Ivars Bergins weigerte sich, an der Zeugenvernehmung in Estland teil-

zunehmen. Er gab die provokatorische Erklärung ab, „jegliches Gerichtsverfahren in der UdSSR ist eine Farce“ und verlangte vom Gericht den Ausschluß aller aus sowjetischen Quellen stammenden Beweise. Im Gerichtsurteil heißt es dagegen, weder der Angeklagte noch Zeugen der Verteidigung hätten einen einzigen Fall anführen können, in dem dem Gericht oder den Behörden von der Sowjetunion „fabrizierte oder andere falsche Beweise“ vorgelegt worden wären.

Das Gericht glaubt, heißt es im Urteil, daß die Unterstellungen der Verteidigung des Angeklagten keine Beachtung verdienen. Verschiedene Dokumente, die die Unterschrift von Linnas tragen und die von dem Sachverständigen Richard Siebach angefertigte Expertise bestätigen die Aussagen der sowjetischen Zeugen über Dienstgrad und Funktionen von Linnas im KZ Tartu. Eindeutig festgestellt wurde, daß der Angeklagte dem Gegner bei der Verfolgung der Zivilbevölkerung half, daß er vor seinem Eintreffen in den USA freiwillig an durch nichts gerechtfertigten Verbrechen gegen Männer, Frauen und Kinder teilgenommen hatte.

Karl Linnas ist also ein gefährlicher Naziverbrecher. Nach mehr als 19 Jahren hat damit das Bundesdistriktsgericht festgestellt, was bereits am 20. Januar 1962 unwiderlegbar vom Obersten Gericht der Estnischen SSR bewiesen worden war. Es hatte den Fall Karl Linnas und anderer mit ihm verbundener Kriegsverbrecher in einer offenen Sitzung in Tartu verhandelt, ihn in den Anklagepunkten für schuldig befunden und in Abwesenheit zur Todesstrafe verurteilt.

Die sowjetische Regierung hatte, beginnend mit dem 11. Oktober 1961, in Noten an die US-Regierung mehrfach die Auslieferung von Karl Linnas gefordert. In einer Note des UdSSR-Außenministeriums vom 10. Dezember 1981 hieß es:

„Ungeachtet unseres mehrmaligen Ersuchens an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika um Auslieferung des in den USA befindlichen Kriegsverbrechers Linnas, Karl Augustovich-Juliusovich (geboren in Tartu, Estnische SSR), kommt die amerikanische Seite bisher dieser legitimen Forderung nicht nach... Die Justizorgane der USA waren schließlich gezwungen, Linnas die amerikanische Staatsbürgerschaft zu entziehen... Die Gerechtigkeit verlangt jedoch, daß der Verbrecher seine verdiente Strafe erhält. Das UdSSR-Außenministerium besteht darauf, daß die amerikanische Seite ihre Pflicht erfüllt und Maßnahmen zur sofortigen Auslieferung des der amerikanischen Staatsbürgerschaft ledigen Kriegsverbrechers Linnas an die sowjetischen Behörden ergreift.“

Eine klare, vom rechtlichen wie vom moralischen Standpunkt her eindeutige Haltung. Die Kriegsverbrecher ihrer

verdienten Strafe zuzuführen, war eines der Ziele des gerechten Befreiungskampfes des sowjetischen Volkes und anderer Völker. Millionen Menschen, die die Uniform angezogen hatten, um die Menschheit vor der braunen Pest zu retten, hatten sich geschworen, daß nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus alle bestraft werden würden, die im zweiten Weltkrieg schwerste Verbrechen begangen hatten.

Als Antwort auf das Verlangen des UdSSR-Außenministeriums kam am 24. Dezember 1981 aus der US-Botschaft in Moskau die Mitteilung: „Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika weist kategorisch die in der Note des Ministeriums enthaltene Andeutung (Hervorhebung des Verfassers) zurück, daß die Regierung der USA nicht bereit sei, Kriegsverbrecher in vollem Umfang dem Gericht zuzuführen.“

Diese Formulierung ist jedoch nichts anderes als der erneute Versuch, die Weltöffentlichkeit irrezuführen. Die Note des UdSSR-Außenministeriums enthält nicht die Andeutung, sondern die fundierte Behauptung, die auch früher mehrfach ausgesprochen wurde, daß die US-Behörden vorsätzlich Kriegsverbrecher decken. Wie könnte man das auch anders bezeichnen, daß Linnas frei herumläuft und ähnliche Hiflerschergen in den USA ein gutes Leben führen?

In dem Schreiben der US-Botschaft heißt es: „Wie dem Ministerium bekannt ist, wurde Linnas vor kurzem juristisch die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten entzogen.“ Bekannt ist allerdings auch anderes. Daß nämlich die Behörden der USA dazu 20 Jahre brauchten und Linnas eigentlich straflos davonkam. Dabei ist Linnas keineswegs eine Ausnahme. Wen von den Nazikriegsverbrechern hat man denn in den USA vor Gericht gestellt? Wen von ihnen hat man an Polen, die Tschechoslowakei, die UdSSR oder andere sozialistische Staaten ausgeliefert, in denen sie ihre Verbrechen begingen?

Herausforderung des Völkerrechts

Die Weltöffentlichkeit beschuldigt die USA sehr zu Recht, daß sie zwar verschiedene internationale Abkommen über gerichtliche Verfolgung und Bestrafung von Nazikriegsverbrechern unterzeichnet haben, die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen jedoch vorsätzlich sabotieren.

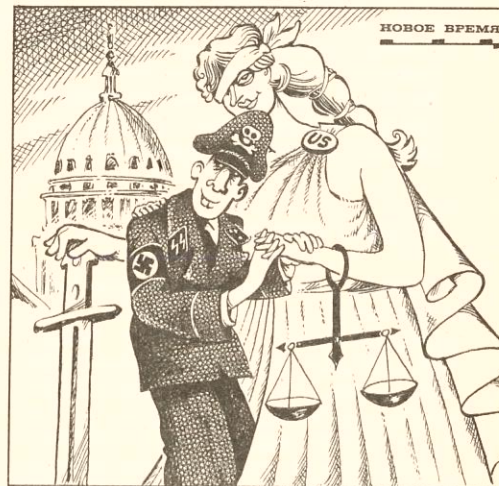
Die von Roosevelt, Stalin und Churchill am 30. Oktober 1943 unterzeichnete Deklaration legte fest, daß die Naziverbrecher „an die Orte ihrer Verbrechen zurückbefördert und an Ort und Stelle von den Völkern gerichtet werden, an denen sie Gewaltverbrechen verübten“, und daß „die Alliierten sie bestimmt auch am Ende der Welt finden

und sie den Anklägern überstellen werden, damit Recht gesprochen werde“.

Auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam verpflichteten sich die drei Staatsscheffe der Alliierten — der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens — Kriegsverbrecher und ihre Mittäter zu verfolgen und zu bestrafen.

Eine analoge Verpflichtung ergibt sich aus den Resolutionen der UNO-Vollversammlung über Auslieferung und Bestrafung von Kriegsverbrechern vom 13. Februar 1946, 11. Dezember 1946, 31. Oktober 1947, aus der Konvention über die Verhütung von Völkermordverbrechen und deren Bestrafung von 1948 sowie aus einigen anderen internationalen Verträgen, Abkommen und Konventionen.

Auf dem Nürnberger Prozeß sagte der von Präsident Truman ernannte Hauptankläger der USA Jackson: „Könnten sie“ (die nazistischen Kriegsverbrecher) „etwa meinen, daß wir unsere amerikanischen Haftanstalten in Stätten verwandeln würden, in denen unsere Feinde Zuflucht finden würden vor dem gerechten Zorn unserer Verbündeten? Haben wir etwa das Leben von Amerikanern geopfert, um diese Leute einzig zu dem Zweck gefangenzunehmen, sie der Bestrafung zu entziehen?“



Zeichnung: N. Stscherbakow

Doch es verging nur eine kurze Zeit, da machten die USA ihr ganzes Land zu einem Asyl für Kriegsverbrecher.

In der Note der US-Botschaft vom 21. Dezember 1981 heißt es, daß „die Gesetze der Vereinigten Staaten die Auslieferung von Personen, die unter ihre Jurisdiktion fallen, an solche Staaten wie die Sowjetunion nicht zulassen, mit denen die Vereinigten Staaten von Amerika keinen Vertrag über die Auslieferung von Verbrechern ausgearbeitet oder ratifiziert haben.“

Das ist nichts anderes als ein neuer Versuch, die Institutionen der Auslieferung von Verbrechern, ein bekanntes

Völkerrecht durch viele Jahrhunderte, zu verzerren. Es ist allgemein anerkannt, daß ein Auslieferungsverlangen bei Bestehen spezieller internationaler Abkommen zwischen den interessierten Staaten und nicht nur bei zweiseitigen Verträgen erfolgen kann. Es geht also nicht um einen fehlenden Auslieferungsvertrag zwischen der UdSSR und den USA. Laut modernem Völkerrecht ist die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechern die internationale Pflicht jedes Staates.

Warum hat man in den USA diese Pflicht vergessen? Noch während des Krieges gegen Hitlerdeutschland, am 27. Juli 1943, sagte auf einer vom Verteidigungs- und vom Außenministerium der USA einberufenen Konferenz der Pentagonvertreter Oberst Winlock: „Wir haben die Aufgabe, aus den Deutschen Personal heranzuziehen, das zur Stärkung des Prestiges Amerikas benutzt werden könnte... Die Nationalsozialisten können und werden nützlicher und angenehmer als allerlei Antifaschisten und Demokraten überhaupt sein... Wir brauchen viel und uns in Geist und Überzeugung nahestehendes Personal...“

Das ist mehr als deutlich. Die USA mißachten ihre internationalen Verpflichtungen, lassen die Millionen toten und gemarterten Opfer des Faschismus der Vergessenheit anheimfallen und haben die Nazikriegsverbrecher in ihre Offensive gegen die Kräfte des Friedens und des Fortschritts eingeschaltet. Deshalb ignorieren sie das vom Obersten Gericht der Estnischen SSR verhängte Urteil über den Mörder, Räuber und Sadisten Karl Linna.

* * *

Der gefährliche Verbrecher also ist noch immer in Freiheit, und das löst tiefe Beunruhigung aus, weil die Bestrafung von Kriegsverbrechern nicht nur ein juristisches Problem ist. Sie gehört zum Kampf für einen dauerhaften Frieden, für die Verhütung eines neuen Aggressionskriegs. Millionen Menschenleben hat der Hitlerfaschismus dahingerafft. Schon das, so betonte der Leiter der sowjetischen Delegation auf der Internationalen Konferenz zu Fragen der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern Roman Rudenko, läßt jedem ehrlichen Menschen die Forderung nach Bestrafung aller Hitlerverbrecher als natürlich und einzig gerecht erscheinen. Es wäre allerdings falsch zu glauben, daß der Wunsch, die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der Nazikriegsverbrecher zu Ende zu führen, sich nur auf die Pflicht gegenüber der Vergangenheit und ihrer unzähligen Opfer beschränkt. Nein, hier geht es um die Zukunft, um unaufschiebbare Maßnahmen, damit militaristische und neonazistische Kräfte nicht erneut den Weltfrieden bedrohen können, damit sich die von der Menschheit durchlebte Tragödie nicht wiederhole.

Wohin die Fäden führen

Boris ANTONOW

Die Wühlätigkeit der USA und ihrer NATO-Partner gegen die sozialistischen Länder hat eine lange Geschichte. Schon in den 50er Jahren begannen die Imperialisten die Vorbereitung einer großangelegten Operation zu dem Zweck, in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei Aktionen gegen die Volksmacht zu provozieren. Nach dem Scheitern der Konterrevolution in Ungarn und der Tschechoslowakei wurde Polen in den Plänen der westlichen Geheimdienste zum Objekt Nr. 1. Besonders aktivierten sich die Pläne, den Sozialismus in diesem Land zu liquidieren, in den 70er Jahren. Dieses Thema behandelt der nachstehende Beitrag.

Der Zeuge Josef Hodic

Josef Hodic, Offizier der Tschechoslowakischen Volksarmee, empfing mich in seiner Prager Wohnung, in die er mit seiner Frau einzog, seit er nach jahrelanger Arbeit in Divisionszentralen der Emigranten heimgekehrt ist.

Vor diesem nicht mehr jungen, sehr höflichen Mann, der eher wie ein Wissenschaftler aussieht, hat man heute im Westen große Angst. J. Hodic zeigte mir eine Ausgabe des österreichischen „Kurier“ mit seinem großen Foto auf erster Seite: Der Abgebildete sei schwerkrank und befinde sich zur Zeit in einer Nervenheilanstalt.

„Typisch für die Geheimdienste“, kommentiert Hodic schmunzelnd die „Sensation“. „Eine gemeine Art, das, was ich sage, in Zweifel zu ziehen. Ich glaube nicht, daß ernsthaft Menschen ihnen das abkaufen. Ich verfüge ja über unwiderlegbare Fakten und Dokumente. Viele Geheimnisse der CIA und anderer Spionagedienste waren für mich keine. Vieles habe ich teils mit eigenen Augen gesehen, teils von anderen Menschen erfahren, die nicht einmal ahnten, daß ich Offizier der tschechoslowakischen Armee bin. Ich konnte umfangreiches Material sammeln, das bezeugt, daß die CIA einen Langzeitplan der Wühlätigkeit gegen Polen ausgearbeitet hatte.“

Des weiteren zitiere ich unser Gespräch, wie ich es aufgezeichnet habe.

„Wer beteiligte sich an der Ausarbeitung des Plans der Unterminierung des Sozialismus in Polen?“

J. Hodic: Der Plan wurde in den CIA-Abteilungen ausgearbeitet. Be-

kannt ist aber auch, daß daran die mit der CIA verbundene Forschungsorganisation Rand Corp. teilnahm. Ihr Hauptquartier befindet sich in Santa Monica (Kalifornien). Ich erfuhr davon von einigen ihrer Mitarbeiter, die Forschungen für den USA-Spionagedienst durchführten. An der Aufstellung des Plans wirkte u. a. der einstige Oberst der polnischen Armee Michał Chęciński mit. Schon als er in Polen diente, trieb er Spionage für den Westen. Im Jahre 1977 verließ er das Land und verfaßte für die CIA eine weitläufige Studie über die Polnische Volksarmee und ihre Rolle in den Streitkräften des Warschauer Vertrages.

„Ich sah bei Ihnen ein Foto, auf dem Sie neben Jiří Pelikán, einem Rädelsführer der konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei, aufgenommen sind. Haben Sie einander gut gekannt?“

J. Hodic: Pelikán glaubte, es mit einem ebensolchen Renegaten zu tun zu haben wie er. Er verbarg vor mir seine Kontakte zur CIA nicht. So erzählte er, daß diese ihm schon 5 Jahre früher in Paris ein heimliches Treffen mit Adam Michnik organisiert hatte. Damals war die Rede davon, wie die Lehren aus dem Scheitern der Konterrevolution in der Tschechoslowakei 1968 bei der Vorbereitung von Maßnahmen zur Liquidierung des Sozialismus in Polen berücksichtigt werden mußten. Beobachtet man das spätere Treiben Michniks, eines Chefs der antisozialistischen Kräfte in Polen, so kann man sagen, daß jener „Erfahrungsaustausch“ seine Früchte getragen hat: Die Taktik des Kampfes gegen den Sozialismus in Polen ist ausgeklügelt genug.

„Was wissen Sie von Verbindungen polnischer Emigranten mit der CIA?“

J. Hodic: Erstens finanziert die CIA die sogenannte Polnische Sozialistische Partei, eine Emigrantenorganisation mit Sektionen in England, der BRD und in Schweden. Gerade diese Partei deponierte das von der CIA erhaltene Geld in englischen Banken, damit diese es später an die Führer von „Solidarność“ und von KSS-KOR überweisen konnten.

Ich habe lange Zeit in Österreich gearbeitet. Dort wurde aus CIA-Mitteln eine Informationszentrale gegründet. Sie gibt Wühlschriften heraus und schleust sie nach Polen ein. Behauptet wird, daß dieses Geschreibsel aus Polen stamme und dort von der Opposition herausgegeben werde. Die Tätigkeit mehrerer konterrevolutionärer Gruppen in Polen wird von einem „Zentrum für die Kontrolle der Entwicklung in Polen“, das westliche Spionagedienste geschaffen haben, koordiniert. In diesem Zentrum ist u. a. der alte CIA-Agent Tadeusz Walędowski beschäftigt.

„Wie denken Sie, ist man sich in den Kreisen im Westen, in denen Sie verkehrten, darüber klar, daß ihre Tätigkeit auf das grösste gegen die Helsinki-Schlußakte verstößt?“

J. Hodic: Sehen Sie, mir scheint, daß die westlichen Geheimdienste gerade die Helsinki-Vereinbarungen als spanische Wand für ihre Diversionen benutzen. So werden die Vereinbarungen über den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zur Zersetzung der polnischen Jugend mißbraucht. Jedes Jahr stellt die CIA eine Million Dollar bereit, die als Stipendien und Beihilfen jungen Polen, die an USA-Hochschulen studieren, ausgezahlt werden. Unter der Flagge des „Informationsaustausches“ werden in Paris aus dem CIA-Geld die Zeitschriften „Kultura“ und „Dialog“ in polnischer Sprache herausgegeben. Beide Ausgaben betreiben Hetzpropaganda. Unter derselben Flagge segeln die polnischsprachigen Redaktionen der Sender „Free Europe“ in München und der „Stimme Amerikas“ in Washington. Dabei sitzen dort notorische Spione. Bei „Free Europe“ produzierte sich jahrelang Andrzej Chyliński, der in Polen wegen Spionage verurteilt worden war. Zum Stab dieses Senders gehört Tadeusz Podgórski, langjähriger USA-Agent. Geleitet wird der Sender von Glenn Walker Ferguson, einem hochgestellten CIA-Mitarbeiter. Er steht in ständigem Kontakt mit dem Residenten William Lonam, gibt dem Chef der polnischen Redaktion Zygmunt Michalew-

ski Anweisungen und versorgt die für Polen bestimmten Sendungen mit jeder Art von Desinformation.

RFE-Kartei

Dieser Sender hat eine Abteilung Analysen und Studien. Der polnische Aufklärer Andrzej Czechowicz, der dort seinerzeit tätig war, hat viele sehr wichtige Angaben darüber gesammelt. Wie er feststellen konnte, besteht in der Abteilung eine Kartei über rd. 60 000 Funktionäre der PVAP und des polnischen Staates, über Leiter von Industrie-, Transport- und Agrarbetrieben, für Wissenschaftler, Kulturschaffende, Künstler, Literaten, hohe Militärs, Kommandeure der Miliz und Geistliche. Jede Karteikarte enthält neben den üblichen Angaben zur Person noch Angaben über das Privatleben, den Bekanntenkreis, die Neider, die besonderen Charaktereigenschaften. Es wird darüber Evidenz geführt, ob

Aus der Personalakte des BND-Agenten Feldhuzen

einer öffentlich und im engen Kreis gleiche Ansichten äußert, wie er zu den USA und zur UdSSR steht. Besonders sorgfältig werden alle kompromittierenden Angaben gesammelt. Die Karten werden laufend ergänzt; die Quellen sind die polnische Presse und Denunzianten. Die Abteilung, über die Czechowicz berichtete, gehört zur Europa-Abteilung Analysen und Studien. Damals wurde sie von Oberst James Brown von der CIA geleitet.

„Free Europe“ unterhält zahlreiche Informanten unter den polnischen Emigranten in verschiedenen Ländern. So wurde in der österreichischen Presse folgendes über die Wiener Niederlassung des Senders mitgeteilt: „Free Europe“ sei über die Ankunft jedes Zuges, jedes Omnibusses, jeder Touristengruppe aus dem

Osten informiert. Mitarbeiter des Senders machen sich auf dem Wiener Bahnhof, in Hotels zu schaffen, heften sich Touristen an die Fersen. Die Agenten interessieren sich für alles: innere Fragen der kommunistischen Parteien, Wirtschaftsprobleme, Kultur, Angaben über Flughäfen und Militärobjekte, Ursachen für Zugverspätungen, Lebensmittelpreise und Wohnverhältnisse.

Gewöhnlich schöpfen Uneingeübte keinen Verdacht: Man stellt ihnen die harmlosesten Fragen. Nur — keine einzige wird ohne Hintergedanken gestellt. Es handelt sich um eine abgefeimte Methode der politischen Spionage. Wie aus Materialien des westdeutschen Geheimdienstes BND hervorgeht, interviewen Mitarbeiter von „Free Europe“ rd. eine Million Touristen, die in Polen waren, jährlich. Nur 20% der so gewonnenen Information wird in Sendungen verwendet, den Rest benutzen die Spionagedienste. Wie durchorganisiert das ganze System war, schilderte mir Ursel Lorenzen, ehemalige Mitarbeiterin des NATO-Hauptquartiers, die jetzt in der DDR lebt:

„Seit 1968, d. h. nach der Niederlage der Konterrevolution in der Tschechoslowakei, aktivierte die NATO ihre Handlungen gegen Polen. Auf meinem Tisch landeten immer häufiger vertrauliche Berichte über die Lage in diesem Land. Sie handelten vor allem von Eingriffen ins Wirtschaftsleben des Staates. Die NATO-Länder waren bestrebt, ihre Investitionen in der Wirtschaft Polens und ihre Kredite zu benutzen, um die Polen später bei den Verrechnungen vollends zu verwirren. Das Ziel war, durch Schwächung der Wirtschaft, verstärkte propagandistische Bearbeitung der Intelligenz und die Einwirkung auf die Geistlichkeit Unzufriedenheit auszulösen. Durch ihre Agenten in Polen hetzten die NATO-Ämter die konterrevolutionären Kräfte gegen die PVAP auf. Kurz, alles wurde getan, um den antisozialistischen und antisowjetischen Kräften später bei der Machtergreifung zu helfen.“

George Meanys Nachfolger

Zur Wühltätigkeit gegen Polen mobilisierte die CIA ihre recht ansehnliche Agentur in der Gewerkschaftsbewegung. George Meanys Tod schwächte die alten Verbindungen der CIA mit der AFL/CIO nicht. Der General- und der Exekutivrat der Gewerkschaftsvereinigung werden nach wie vor von Leuten aus Langley dirigiert. Kein Wunder, daß die AFL/CIO als Kanal zur Finan-

zierung der Konterrevolution in Polen diene.

In Paris entstand ein „Zentrum der AFL/CIO-Dokumentation“. Eine seiner Hauptaufgaben bestand darin, regierungsfeindliche Aktionen in Polen aufzuziehen. Zum Leiter des „Zentrums“ wurde Irving Brown, AFL/CIO-Vertreter in Europa, ernannt. Von seinen langjährigen Kontakten mit der CIA erzählte Thomas Braden, ein früherer leitender Mitarbeiter dieser Spionagezentrale, in der Zeitschrift „Counterspy“. Er hatte Brown mehrmals selber beträchtliche Geldsummen aus der CIA-Kasse überreicht: für die Bestechung entsprechender Leute, die Organisation der Spionage usw.

Als der Nationale Sicherheitsrat der USA beschloß, „Solidarność“ zu finanzieren, war der AFL/CIO-Vorsitzende Lane Kirkland sofort damit einverstanden, daß die amerikanische „Hilfe“ über die Gewerkschaften erwiesen werde. Mehr noch, Kirkland erleichterte die Finanzlast der CIA: Er organisierte in den USA eine Spendensammlung unter dem Motto „Hilfe für hungernde Polen“. Tausende rotweiße „Solidarność“-Abzeichen wurden zu je 1 Dollar, T-Shirts mit Bildnissen der polnischen „Rebellen“ zu je 5 Dollar verkauft. Der Fonds der „Hilfe für die polnischen Arbeiter“ war in Wahrheit ein Diversions- und Spionagefonds. Wie sein Direktor Tom Kahn mitteilte,

den Ankauf von Handfeuerwaffen verausgabt wurde. Sie sollten, als „Lebensmittelpakete“ maskiert, unter Vermittlung der Firma Steyer über Österreich nach Polen gehen.

Im Juni 1981, als sich die Vorbereitungen auf einen konterrevolutionären Putsch aktivierten, wurde bei München ein als „Gewerkschaftsschule“ getarntes Ausbildungszentrum für Diversanten und Terroristen eröffnet, die in Handlungen „unter polnischen Bedingungen“ gedrillt wurden. Halsabschneider aus den Emigrantenreihen übten sich unter Aufsicht amerikanischer und westdeutscher Ausbilder darin, Waffen verschiedener Systeme und Diversionsmittel zu handhaben. In der BRD bestand ein Zentrum zum Einschmuggeln von zusammenklappbaren MPis, Sprengstoff, Splitterbomben, Verzögerungsminen und Behältern mit CS-Gas nach Polen. Ähnliche Stellen wurden auch in Wien, Stockholm und Genf eingerichtet.

Mit Hilfe der AFL/CIO-Führung drückte die CIA die Idee koordinierter Aktionen westlicher Gewerkschaften in bezug auf „Solidarność“ durch. Mit der Koordinierung wurde der Zentralverband Schwedischer Gewerkschaften beauftragt. Der britische TUC schuf einen „Unterstützungsfonds“, aus dem Wühlaktionen gegen Volkspolen finanziert wurden. Der (west)Deutsche Gewerkschaftsbund beförderte nach Polen illegal Rundfunkausrüstungen für 25 000 DM zur Erweiterung der antiozialistischen Propaganda.

Gegenwärtig stacheln die USA-Gewerkschaftsböden die westeuropäischen Verbände zur Verstärkung des wirtschaftlichen Druckes auf Polen und die UdSSR auf. Unter dem Aushängeschild der AFL/CIO ist zu diesem Zweck eine „Liga für industrielle Demokratie“ — in Wahrheit eine CIA-Organisation — ins Leben

gerufen. Ihr steht Tom Kahn vor.

Das Hauptquartier in Pullach

Die CIA bereitete einen antiozialistischen Umsturz in Polen gemeinsam mit anderen Geheimdiensten des Westens vor. Davon zeugen publik gewordene vertrauliche Dokumente des Bundesnachrichtendienstes mit Sitz im Münchener

Vorort Pullach. Die Rede ist von Materialien einer BND-Abteilung unter dem Codenamen „Forum“. Zu ihr gehört eine Abteilung Emigration, geleitet von Diethelm Keil (Dienstnummer 40194), alias Dr. Wernberg, alias Dr. Klein.

Keils Laufbahn als Spion begann schon im Gehlen-Apparat. Heute leitet er das BND-Agentennetz unter den polnischen Emigranten in den westeuropäischen Ländern und den USA. In den von der europäischen Presse veröffentlichten BND-Instruktionen wird der Agentur vorgeschrieben, mit allen Mitteln zum „Zusammenschluß der antikomunistischen Kräfte“ in Polen beizutragen sowie antisowjetische Stimmungen zu entfachen und zu schüren.

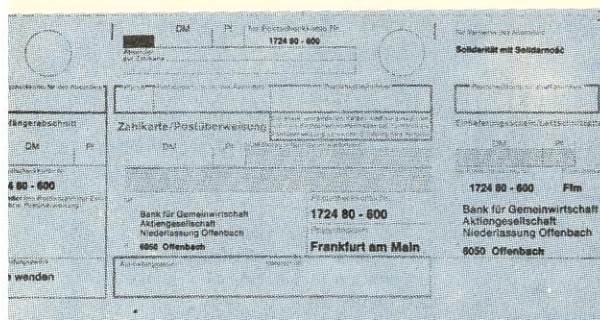
Neben „Forum“ wirkt in der BRD eine weitere Stelle gegen Polen: die Abteilung für Wühlaktionen in Köln. Ihr Leiter war lange Zeit Oberst Günter Baltutis (alias Utrech). Die Abteilung erfaßt Personen, die auf hohen Stufen der gesellschaftlichen und politischen Leiter stehen und entweder in Polen leben oder mit ihm verbunden sind.

Der BND stellte seinen langfristigen „Zielplan Polen“ Anfang der 70er Jahre auf: Förderung von Machtkämpfen, Bildung von Fraktionen und Gruppierungen sowie von Unruheherden, Komplizierung der Beziehungen zwischen den Behörden und der Bevölkerung. Besonders ausführlich wurde der Widerstand gegen die Tätigkeit von Polizei und Sicherheitsorganen ausgearbeitet. Auf jede Weise wurden „Aktivitäten illegaler Oppositionsgruppen“ und „politische Aktivitäten katholischer Organisationen“ ermuntert.

Gleich nach Unterzeichnung der Vereinbarungen von Helsinki verlangte der damalige BND-Präsident Gerhard Wessel von den Leitern der Dienststellen und Abteilungen, die Spionage „in den Ostblockstaaten“ zu intensivieren und dort nicht nur „hochrangige Quellen“, sondern auch Personen anzuwerben, die aufgrund ihrer Positionen, Beziehungen und Verbindungen „in Bereichen des internationalen Kommunismus und der Emigration“ Einfluß sowie Zutritt zu verschiedenen Informationen haben.

Unter den konkreten Objekten, die besonders zu beachten waren, wurden aufgezählt: der Verband polnischer Journalisten, die Polnische Agentur Interpress, die Gesellschaft für die Verbindungen mit dem Auslandspolentum die Medienvertretung der VR Polen in London, die Botschaft der VR Polen in Washington und ihre Ständige Vertretung bei der UNO in New York.

Der BND vernachlässigte auch



Mit Hilfe solcher Schecks wird den Menschen Geld „für die polnischen Arbeiter“ aus der Tasche gezogen

wurden 250 000 Dollar für den Ankauf von Druckereiausrüstungen, Druckerschwärze, Papier und Schreibmaschinen für „Solidarność“ verwendet. Diese Organisation erhielt aus dem Westen Kraftfahrzeuge, über 100 Vervielfältigungsapparate, Dutzende Fotokopieranlagen und mehrere Hochdruckmaschinen.

Auch andere „Gaben“ wurden zur Absendung nach Polen vorbereitet. Bekannt ist, z. B. daß mit Hilfe des Bankiers Van Stefański aus Cleveland eine halbe Million Dollar für

polnische Emigranten im Westen nicht. In der solche Handlanger des westdeutschen Spionagedienstes erfassenden Kartei figuriert Witold Lech-Zahorski (Berger), Leiter einer reaktionären Organisation polnischer Emigranten in Italien und Korrespondent von „Free Europe“. Im Jahre 1977 wurde er Vertrauensmann der „Konföderation Unabhängiges Polen“ und sorgte für ihre Kontakte mit ausländischen Emigrantenorganisationen. Außerdem verbreitete er antisozialistische Propagandamaterialien Adam Michniks.

Schon 1960 hatte der BND in London den polnischen Emigranten Tadeusz Gregory Horko (Deckname Hobel, V-Nummer 62172) angeworben. Wie es in seiner Agentenkarte heißt, zahlte der BND ihm über 60 000 DM jährlich für geleistete Dienste. Nach seinem Tod setzte seine Frau, Mitglied des Königlichen Instituts für Internationale Beziehungen, die Arbeit für den BND fort.

In Rio de Janeiro wirkt der BND-Agent Maciej Feldhuzen (Deckname Mac). Dieser Emigrant ist Vizepräsident des Auslandspressclubs in Rio de Janeiro und Korrespondent der in London erscheinenden Zeitung „Dziennik Polski“. Er stellt Kontakte mit Personen her, die Informationen für den BND sammeln.

Der BND koordiniert seine Wühlaktionen gegen Polen mit der CIA. Über die CIA-Residentur, die als Abteilung des USA-Generalkonsulats in München, Königinstraße 5, rangiert, kommt es zu einem ständigen Informationsaustausch zwischen dem westdeutschen und dem amerikanischen Spionagedienst. Der Chef der CIA-Residentur Lönam trifft sich regelmäßig mit BND-Leitern.

In dem von der Abteilung Emigration vorbereiteten Dokument 5/77 wird der Philosophieprofessor Leszek Kolakowski von der Universität Oxford erwähnt. Er lebt in England seit 10 Jahren. Kolakowski inspiriert die in Polen illegal wirkende konterrevolutionäre „Polnische Unabhängigkeitsbewegung“. Im Dokument wird besonders hervorgehoben, daß Kolakowski radikale Veränderungen im politischen System Polens, die Entmachtung der Kommunisten und die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung für notwendig hält. Im BND-Geheimdossier über Kolakowski ist folgendes fixiert:

— 1971 setzte sich Kolakowski dafür ein, „in Polen die Opposition zu inspirieren“ und „revolutionäre Stimmungen zu verbreiten“ (BND-Dokument „Informationen über Emigration“ 3/1976);

— Ende September 1976 nahm Kolakowski am „Kolloquium 56“ in

Paris teil, das von der polnischen Emigrantenzeitung „Aneks“ unter dem Motto „Erinnerungen über die Ereignisse in Polen und Ungarn“ durchgeführt wurde. Dort entwickelte Kolakowski die Hauptthesen seiner Konzeption des Kampfes gegen den „Moskauer Kommunismus“ („Informationen über Emigration“, 5/1977).

Im Dokument 4/1976 der „Informationen über Emigration“ sind die Aufrufe Kolakowskis enthalten: „...es ist notwendig, verbotene Bücher nach Polen zu senden“, „Informationen zu verbreiten, die die Behörden verschweigen oder verbieten“, „Diskussionen über verbotene Themen zu organisieren“.

Um Kolakowski zu ermuntern, deichselten Spionagedienste des Westens seine Auszeichnung mit dem „Friedenspreis“ des Börsenvereins des (bundes)Deutschen Buchhandels.

Kolakowski ist mit Prof. Gotthold Rhode von der Universität Mainz verbunden. Rhode beschäftigt sich mit Polen seit der Hitlerzeit. Als Sonderführer nahm er am Überfall Nazideutschlands auf Polen und an dessen Okkupation teil. Seine Personalakte enthält Angaben darüber, daß er ab November 1939 in einem SA-Verband in Breslau (heute Wrocław) diente und ab August 1940 im „Reichsamt für Fragen der Volksdeutschen-Übersiedlung“ tätig war.

Wie tief all diese „Sachwalter“ Polens aus der konterrevolutionären Emigration gefallen sind, veranschaulicht der Umstand, daß Kolakowski in der neonazistischen Presse veröffentlicht. So brachte er am 25. März 1977 in einem Blatt der Neonazis seinen „heißen Dank“ für die Unterstützung der konterrevolutionären Tätigkeit von KOR zum Ausdruck. Es störte den Professor nicht, daß das Blatt das polnische Volk angeiferte und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze forderte.

Die Verschwörung der Reaktion gegen Volkspolen war weit verzweigt. Der Anschlag auf den Sozialismus wurde nicht nur in den Hauptquartieren der konterrevolutionären Gruppierungen im Lande selbst vorbereitet. Dokumente und Aussagen von Augenzeugen werfen ein Schlaglicht auf die Pläne, die die CIA und andere westliche Geheimdienste als Komplizen der Vorbereitung des gescheiterten konterrevolutionären Umsturzes ausheckten.



Manche sowjetische Kommentatoren konstatierten den Wunsch der Reagan-Administration, ihre Politik gegenüber Lateinamerika auf der „Monroe-Doktrin“ basieren zu lassen. Worum handelt es sich dabei?

J. MASLOW
Moskau

Die „Monroe-Doktrin“ ist eine Deklaration der Prinzipien der US-Außenpolitik, die der Präsident der USA James Monroe bereits 1823 vor dem Kongreß darlegte. Darin wird das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung von Ländern des amerikanischen und des europäischen Kontinents in ihre inneren Angelegenheiten verkündet. Konkret lief das auf drei Punkte hinaus:

Erstens: Die Unzulässigkeit der Gründung neuer Kolonien durch europäische Staaten in der westlichen Hemisphäre.

Zweitens verlangten die USA, daß europäische Staaten sich nicht in die Angelegenheiten amerikanischer Länder einmischten. Die USA ihrerseits verpflichteten sich zur Neutralität, falls es zu einem Krieg zwischen Spanien und den von ihm gelösten ehemaligen Kolonien kommen sollte, unter der Voraussetzung, daß sich andere europäische Mächte nicht in den Konflikt einmischen.

Drittens versprachen die USA, sich der Einmischung in europäische Angelegenheiten zu enthalten.

Die Formel, unter der diese Doktrin in der politischen Literatur bekannt wurde — „Amerika den Amerikanern“ — entwickelte sich zu dem die Ideen des Pan-amerikanismus tarnenden Prinzip „Amerika den Nordamerikanern“. Jetzt will Washington die „Monroe-Doktrin“ zur Bekämpfung der zunehmenden nationalen Befreiungsbewegung in Lateinamerika und zu Anschlägen gegen Kuba ausnutzen. Das geschieht unter dem Vorwand des „Schutzes der Unantastbarkeit der westlichen Hemisphäre“ vor einer äußeren Einmischung. Die US-Propaganda behauptet z. B., Kuba sei der „Arm der UdSSR“, über den die Revolution nach Lateinamerika exportiert werden solle.

In ihrer heutigen Form dient die „Monroe-Doktrin“ wie auch früher den expansionistischen imperialen Bestrebungen der USA.

Eine umfassende Regelung im Nahen Osten tut wirklich not, und die Camp-David-Abkommen reichen da nicht aus, obwohl sie doch von Nutzen waren: Erstens gibt es im Nahen Osten seit einigen Jahren keinen Krieg, und zweitens wurde ein Teil der Sinai-Halbinsel von israelischer Okkupation befreit. Vielleicht sollte man den Camp-David-Kurs in Richtung Frieden weitergehen!

P. TELLIEZ
Marseille, Frankreich



Es diskutiert
Mitglied
des NZ-Redak-
tionskollegiums
Dmitri
WOLSKI

Wir wollen auf Ihre Erwägungen näher eingehen, Herr Telliez.

Es gab im Nahen Osten seit 1973 keinen großen Krieg, also auch in den 5 Jahren vor Camp David nicht. Dafür waren aber während der Vorbereitung und nach der Unterzeichnung dieser Abkommen Aggressionsakte gegen die Araber zu verzeichnen: 1978 brachen israelische Truppen in Südlibanon ein; im Sommer 1981 überfiel die israelische Luftwaffe das nukleare Zentrum im Irak; im Herbst desselben Jahres griffen Düsenjäger der US Air Force Flugzeuge der libyschen Luftstreitkräfte an.

Das Wettüben ist in dieser Region noch rasanter als anderswo in der Welt. Die amerikanische TV-Gesellschaft NBC meldete Ende Januar, daß gegenwärtig die „Hälfte aller ins Ausland verkauften Rüstungen auf den Nahen Osten entfällt“. Rädelsführer ist dabei Washington, der Initiator von Camp David. Es liefert Kriegstechnik nach Ägypten und Saudi-Arabien, in besonders großen Mengen jedoch nach Israel, um ihm eine militärische Überlegenheit über die Araber zu sichern.

So wird in Israel der Chauvinismus geschürt. Tel Aviv maßt sich ganz offen das Recht an, in den von ihm 1967 okkupierten arabischen Gebieten zu schalten und zu walten. Die Knesset beschließt zuerst die Annexion Ost-Jerusalems, darauf die der Golan-Höhen. Tel Aviv betreibt seinen Annexionskurs mit dem Segen und der politischen Unterstützung Washingtons. Davon zeugt ein übriges Mal das von den USA gegen die Sicherheitsrats-Resolution über Sanktionen gegen Israel eingelegte Veto. Als Entschädigung für die Räumung Sinais (der faktisch unter militä-

rische Kontrolle der USA geht, die sie durch die „multinationalen Streitkräfte“ ausüben werden) bekommt Israel von den Amerikanern das Mandat zur Kolonisierung anderer arabischer Territorien, die es 1967 an sich gerissen hat, einschließlich des Westufers des Jordan und des Ghaza-Streifens. Gerade diese Territorien will sich Tel Aviv im Ergebnis der im Einklang mit Camp David eingeleiteten Verhandlungen über die „palästinensische Autonomie“ einverleiben. So sieht der Weg aus, den Sie empfehlen, Herr Telliez, er führt aber nicht zum Frieden.

Wie liegen nun die Dinge? Die israelischen Militaristen wollen alles aus dem Wege räumen, was die Verwirklichung ihrer wachsenden Ambitionen stört. Sie möchten gegen palästinensische Einheiten in Libanon und gegen das progressive Regime Syriens — die Hauptstütze des Widerstandes gegen die israelische Expansion — losschlagen.

Zeitungen melden, daß die Regierung Begin Luftüberfälle auf einige strategische Objekte in Libyen plant. Man würde natürlich gemeinsam mit der 6. US-Flotte vorgehen, deren Kommando bereit ist, die Kriegsschiffe an der libyschen Küste aufkreuzen zu lassen und Flugzeuge einzusetzen, wie es im vergangenen Herbst der Fall war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wieder einmal versucht wird, Sudan und Ägypten gegen Libyen auszuspielen, um unter anderem bestimmte positive Änderungen in Kairo Außen- und Innenpolitik zu behindern. Man will, daß Kairo in der Camp-David-Sackgasse bleibt und daß sich einige andere arabische Länder mit konservativen Regimes in derselben Sackgasse festfahren. Das würde aber lediglich neue interarabische Konflikte nach sich ziehen, die ohnehin schon manchmal akut werden.

Der ganze Kurs verfolgt auch das Ziel, zwischen die arabischen Völker und die Sowjetunion einen Keil zu treiben und Moskau von der Lösung der Nahost-Probleme abzudrängen. Es wäre aber „absurd zu denken, daß der Frieden im Nahen Osten ohne eine Garantie von seiten der Sowjetunion herge-

stellt werden kann“. Das sagte Claude Cheysson, der französische Außenminister.

Nicht minder absurd wäre anzunehmen, daß sich die Araber mit der Blockierung des Palästina-Problems und der Okkupation ihres Territoriums abfinden werden. In unserem Zeitalter, da das nationale Selbstbewußtsein wie nie zuvor erstarkt ist, kann ein dauerhafter Frieden nur durch die Achtung der legitimen Rechte und der Souveränität aller Völker erreicht werden. Das bezieht sich auch auf das israelische Volk. Darf man die heutigen militaristischen Tendenzen in Israel als fatal und unumkehrbar betrachten? Mitnichten. Die Erfahrungen mehrerer Länder zeigen, daß derartige Tendenzen bekämpft werden können, obwohl das nicht leicht ist. Auch unter den heutigen Verhältnissen, da der chauvinistische Rausch um sich greift, wirken in Israel auch friedensdienliche Kräfte, allen voran die Kommunisten. Natürlich haben die separaten Abkommen bei vielen Israelis die Illusion aufkommen lassen, daß für sie heutzutage alles erlaubt ist, sogar eine dauerhafte Okkupation fremden Bodens. Aber das Leben zeigt, wie gefährlich derartige Illusionen sind. Das veranschaulichen die Massenstreiks und -demonstrationen der Araber im Westjordanland, im Raum der Golan-Höhen und in Ghaza, wo die Okkupanten keinen ruhigen Tag mehr haben.

Es geht natürlich nicht um die Ruhe für Okkupanten. Ruhe müssen endlich die Völker im Nahen Osten und in der ganzen Welt haben. Sie brauchen den Frieden. Ein neuer Krieg in einer Region, wo sich drei Kontinente berühren, könnte einen globalen Konflikt auslösen, besonders bei den heutigen internationalen Spannungen. Deshalb wird die Notwendigkeit einer umfassenden Regelung der Nahost-Probleme allgemein anerkannt. Das geht auch aus Ihrem Brief hervor. Die Frage ist also nur, wie diese Regelung vorgenommen wird, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und des Völkerrechts, oder aber aufgrund separater Abkommen, deren Unhaltbarkeit und Gefährlichkeit bereits bewiesen wurde. Sie werden wohl einsehen, daß die Frage rein rhetorisch ist.

Festessen?



Eine private US-Informationsagentur hielt eine Meinungsumfrage zum Thema: Mit welchem lebenden Präsidenten würden Sie gerne dinieren? Über die Hälfte der Befragten wollte nicht an einem Tisch mit dem jetzigen Bewohner des Weißen Hauses sitzen. Jeder fünfte würde Richard Nixon Gesellschaft leisten. Noch weniger haben Lust auf ein Mahl mit Carter und Ford. 12% der Befragten erklärten, sie würden es vorziehen, allein zu speisen.

Geisterleben

Die "Pariser Zeitschrift „Point“ meldete, das jetzige Oberhaupt der Herrscherdynastie der Kapetinger, Graf de Paris, habe ein Manifest über die Thronfolge des „Französischen Hauses“ veröffentlicht. Der Graf sieht sich als ersten Anwärter auf den „französischen Thron“. Wer aber soll ihn nach ihm bestiegen? Das unkönigliche Gebaren seiner Söhne und die zarte Gesundheit des älteren Enkels, Prinz François, bestimmte den Grafen, seinen jüngsten Enkel Jean zum Erbprinzen zu machen. Jean ist 16 Jahre alt, geht zur Schule, treibt Sport und weiß sehr gut, daß nicht einmal die kühnsten Astrologen eine Erneuerung der Monarchie in Frankreich voraussagen.

Modernes Mittelalter

Die Büffel wurden einer nach dem anderen abgestochen. Jedes Orakel betropfte die Erde mit noch frischem Blut und murmelte irgend etwas dazu. Die Opfergabe war großzügig: Den Göttern wurden 120 Büffel hingegeben... Diese Schilderung stammt nicht etwa aus der fernen Vergangenheit. Das Opfer wurde in unseren Tagen im chinesischen Gebiet Guongxi Zhuang gebracht, und die Zeitung „Zhongguo Nongmin bao“ berichtete darüber. Der chinesischen Presse läßt sich auch entnehmen, daß Aberglauben, Hexerei, Weissagungen und andere „feudale Hinterlassenschaften“ neuerdings weite Verbreitung finden.

Vorsicht: Kamera



Im Zusammenhang mit dem Spektakel um die „libyschen Verschwörer“ betrachten manche Berichterstatter und Kameramänner der US-Fernsehgeseilschaft CBS, die über die Tätigkeit Präsident Reagans berichten, ihre Arbeit als lebensgefährlich. „Newsweek“ meldet dazu, sie hätten kugelfeste Westen angefordert. CBS ging darauf ein und bat ihre Mitarbeiter, Angaben über Grö-

ße, Gewicht und andere Maße zu machen. Ihr Arbeitsschutz wird also jetzt gesichert sein.

Wer ist schlimmer?



„Apelsin-82“ heißt die Sicherheitsoperation anlässlich der Fußballweltmeisterschaften im Sommer d. J. in Spanien. 30 000 Polizisten werden die Fußballer bewachen und während der Spiele für Ordnung sorgen. Zu den Weltmeisterschaften werden einige Millionen Touristen erwartet. Die schwedische „Dagens Nyheter“ vermutet, die spanischen Ordnungshüter müßten gleichermaßen Terroristen wie britische und schottische Fußballfans fürchten, die durch ihre „Lebhaftigkeit“ bekannt sind.

Für Frauen...

Der Leutnant der indischen Luftstreitkräfte Brij Bhusan Vij hat, wie „International Herald Tribune“ berichtet, einen von ihm entwickelten neuen Kalender auf metrischer Grundlage vorgelegt. Danach soll der Tag in 20 metrische Stunden, diese Stunden in 100 Minuten und die Minuten wieder in 100 Sekunden eingeteilt werden. Statt der Woche wird es einen „Dekatag“ geben, der aus 10 metrischen Tagen besteht. 73 Dekatage machen ein Jahr aus. Der Erfinder meint, das neue System müsse bei Frauen Anklang finden, da die Jahre länger werden.

Gewußt wie

In der belgischen Hauptstadt Brüssel wird eine Rauschgiftschmuggelbande abgeurteilt, die illegal 2,5 t indischen Hanf, 250 kg Haschisch, 30 kg Heroin,

25 kg Morphin und 7 kg Kokain einfuhrte. Ferner werden die Bandenmitglieder der Urkundenfälschung, der Unterschlagung und Gaunerei angeklagt. Boss war der Chef des Büros zur Rauschgiftbekämpfung Léon François.

Emanzipation im Vormarsch

Der amerikanische Verein der Sherlock-Holmes-Fans „Baker Street Irregulars“ hat zum erstenmal in seiner 50jährigen Existenz eine Frau aufgenommen. Vereinspräsident Julian Wolfe teilte mit, er habe dem neuen Mitglied Lisa McGaw den Ehrentitel „Mrs. Hudson“ verliehen — so hieß die Haushälterin von Holmes. Auf diese Weise hofft man vielleicht, der Kritik der heftigsten Antifeministen zu entgehen.

Neujahrsandenken



Der Anbruch des neuen Mondjahres wurde in China am 25. Januar begangen. Radio Peking erinnerte rechtzeitig daran, daß gewöhnlich an diesem Tage viele Ehen geschlossen werden und auch Ehegatten zusammentreffen, die der Arbeit wegen getrennt leben. Der Sender erinnerte dabei, das nach solchen Begegnungen viele Schwangerschaften auftreten. Deshalb müßten Jungvermählte und zusammentreffende Ehegatten „der Familienplanung besondere Aufmerksamkeit schenken“ und an die Kampagne „Ein Kind pro Familie“ denken. Ferner wurde mitgeteilt, die pharmazeutische Industrie werde zu Neujahr zusätzlich Antibabypillen „Tanqin“ (Familientreffen) liefern.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Ваше путешествие